

Wahlprogramm

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt Landtagswahl 2016

Präambel 2016

Liebe Wählerin,
lieber Wähler,

wenn Sie an Sachsen-Anhalt denken, denken Sie vielleicht an die Elbauen, die guten Böden in der Altmark, Bauhaus, Burgen und Schlösser im Saaletal, Waldhänge im Harz. Vielleicht denken Sie auch daran, dass das Land Vorreiter ist bei den Erneuerbaren Energien, dass Industrie und die exzellenten Hochschulen im globalen Wettbewerb gut dastehen.

Bewahrer dieser Schätze sind Sie, die Menschen, die in Sachsen-Anhalt leben.

Sie denken aber vielleicht auch daran, dass im Land längst nicht alle die Chancen und den Respekt bekommen, die sie verdienen. Dass die große Koalition Probleme aussitzt, sich durchwurschtelt und mit Kürzungen das Land spaltet. Für CDU und SPD ist die kurzfristige Bilanz wichtiger als gute Bildung für unsere Kinder.

Lebensfreude und Schaffenskraft: So sind wir in Sachsen-Anhalt

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind der frische Wind. Unser Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem alle Menschen ihre Schätze und Stärken nutzen und gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

Lebensfreude ist unser Antrieb, Schaffenskraft unser Treibstoff und eine bessere Zukunft unser Ziel. Die beginnt mit guter Bildung. Gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas sollten ebenso selbstverständlich sein, wie ein gesundes Mittagessen für alle Kinder. Schulen brauchen ausreichend Personal, damit kein Unterricht ausfällt. Kinder sollen gemeinsam lernen und sich individuell entwickeln können. Mitbestimmung vor Ort ist dabei ein zentraler Punkt. Deshalb muss in den Orten gemeinsam entschieden werden, ob eine Grundschule erhalten bleibt und wie der Unterricht organisiert wird.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt ziehen kluge junge Menschen an. Das macht Universitäten und Fachhochschulen zu einem unbezahlbaren Innovationsmotor für die Zukunft. Damit das so bleibt, brauchen sie ausreichende Finanzierung und vor allem genug und exzellent ausgebildetes Personal.

Politik sind alle -mitmachen und mitgestalten

Unsere Politik ist eine, die Gemeinsinn stiftet. Die Ihnen und Ihren Kindern Erfolgchancen bietet und sich für mehr Gerechtigkeit stark macht. Eine Politik, die den Menschen auch dann zuhört und ihnen mit Respekt begegnet, wenn sie anders denken als die Landesregierung. Heute, morgen und übermorgen.

Mit uns wird Sachsen-Anhalt zu einem Land, in dem Mitmachen im Mittelpunkt steht. Kinder sollten in der Kita über ihren Alltag mitbestimmen können. Schülerinnen und Schüler, Studierende und Eltern brauchen mehr Mitspracherechte. Ausländerinnen und Ausländer, die länger bei uns leben, sollten wählen dürfen. Bei Planungsentscheidungen müssen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig echte Möglichkeiten zur Mitwirkung erhalten.

Wir GRÜNE stehen für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt, in dem Menschen ein

Zuhause finden und gerne bleiben. Jeder Mensch der zu uns kommt, um hier zu leben, ist ein Geschenk für unser Land.

Natur- und Klimaschutz sind echte Chancen

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Nur mit wirksamem Klimaschutz können Menschen und Tiere überleben. Diese Erkenntnis treibt DIE GRÜNEN seit jeher an.

Der Schutz der Umwelt ist heute auf der ganzen Welt ein wichtiges politisches Ziel. Aber ausgerechnet in Sachsen-Anhalt geht es nicht voran. CDU und SPD halten noch immer an der Braunkohle fest und verbauen so die Chancen, die uns die neuen Energien bieten. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: 100 Prozent Erneuerbare Energien sind machbar. Dafür muss die Frage der Energiespeicher gelöst werden und das ist eine echte Chance - auch für unsere Unternehmen im Land.

Eine Landwirtschaft ohne Tierquälerei ist besser für Menschen, Tiere und Umwelt. Sie sorgt für gesunde Lebensmittel, sichert den Bäuerinnen und Bauern ein Einkommen und hilft, unsere Landschaften zu erhalten. Aber klar ist auch: eine ökologischere Landwirtschaft kann es nur mit den Bäuerinnen und Bauern in Sachsen-Anhalt geben. Wir werden gemeinsam mit ihnen daran arbeiten.

GRÜNE Ideen sind gut für unser Land

Statt weiter auf einen Großinvestor zu warten und die angespannte Wirtschaftssituation rosarot zu malen, wie die große Koalition es tut, muss das Land seine eigenen Stärken weiter entwickeln. Wir GRÜNE wollen Betriebe durch Forschungs- und Innovationsförderung unterstützen und ihnen helfen, neue Märkte zu erschließen. Mit Weltoffenheit, bester Bildung und seinen motivierten Menschen hat Sachsen-Anhalt eine gute wirtschaftliche Zukunft.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit hat Sachsen-Anhalt viel erreicht und Neues aufgebaut. Aber es sind auch falsche Entscheidungen getroffen worden. In Sachsen-Anhalt muss nicht alles anders werden, doch vieles könnte besser gemacht werden. Wir wollen für unser Land einen Politikwechsel mit klarer sozial-ökologischer Handschrift. Wir setzen uns ein für Klimaschutz, Bildung, nachhaltiges Wirtschaften und gegen Rechtsextremismus.

Wenn Sie in fünf, zehn oder zwanzig Jahren an Sachsen-Anhalt denken, sollen Sie vor allem eines sein: stolz auf das Erreichte. Sie sollen optimistisch in die Zukunft schauen und wissen, dass Sie mit Ihren Kindern in einem lebens- und liebenswerten Land leben. Dafür bitten wir Sie am 13. März 2016 um Ihre Zweitstimme.

Kapitel 1: Umwelt und Tiere schützen -Erneuerbare nützen

1. Umwelt und Tiere schützen - Erneuerbare nützen

Sachsen-Anhalt beeindruckt mit seiner Natur- und Landschaftsvielfalt. Zwischen Elbaue und Harz leben eine große Zahl von Pflanzen- und Tierarten an und in Flüssen, Wäldern, Dörfern, Städten, Feldern oder Naturschutzgebieten. Tiere brauchen Schutz - seien es Rotmilan, Luchs und Feldhamster - sie alle haben ein Lebensrecht und ihre Existenz ist ein Wert an sich. Sie gehören zu unserem Naturerbe und helfen - jede Art auf ihre Weise - das Netz des Lebens zu erhalten. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen ist ein zentraler Gründungsimpuls und nach wie vor zentrales Anliegen grüner Politik. Diesen Anspruch haben wir nicht nur für Schutzzonen, sondern für alle Landschaften unseres Landes, auch für intensiv genutzte Räume wie Ortschaften und landwirtschaftliche Nutzflächen. Intakte Landschaften, eine gesunde Umwelt und saubere Gewässer sind nicht nur bestimmend für die Lebensqualität in Sachsen-Anhalt, sondern auch die Grundlage für die einheimische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, Tourismus sowie Freizeit- und Erholungsnutzung. Die Zukunftsaufgabe, sich für Umweltschutz zu engagieren, erwächst aber vor allem aus der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, deren Lebensgrundlagen wir nicht gefährden dürfen. Unser heutiges Energie- und Wirtschaftssystem schädigt das Klima. Um unsere Existenzgrundlagen zu sichern, werden wir schnellstmöglich aus den fossilen Energien wie der Kohle aussteigen und in eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien wechseln. Wir wollen eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft.

a) Umwelt, Klima und Tiere schützen

Umweltschutz geht alle an

Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und erhalten. Schädliche Umweltwirkungen gehen von Abfallstoffen aus der industriellen Produktion und unserem Alltag aus, von Feinstaub und Stickoxiden, von Pestiziden und Herbiziden und auch von Lärm oder künstlichem Licht zu Nachtzeiten. Alle diese unnatürlichen Einträge machen Mensch, Tier und Pflanze krank, schädigen unsere Umwelt und mindern letztlich unsere Lebensqualität.

Gesunde Wälder, saubere Flüsse und schadstofffreie Luft gibt es in unserer industrialisierten Zeit nicht mehr von allein. Wir setzen uns daher grundlegend für die Reduzierung von Emissionen aller Art in Luft, Böden oder Gewässern ein. Umweltüberwachungsmaßnahmen müssen intensiv fortgeführt, Informationen verfügbar gemacht und Verfehlungen schnell abgestellt werden. Wir werden dafür sorgen, dass Naturschutzmaßnahmen auch umgesetzt werden. Dazu werden wir die Behörde mit den notwendigen Strukturen, personellen Kapazitäten und Kompetenzen ausstatten. Konkret fordern wir außerdem Modellprojekte für eine Weiterentwicklung der Abfall- hin zu einer Wertstoffwirtschaft, eine Stärkung von Beteiligungs- und Informationsrechten ohne abschreckende Kosten, eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Umweltzonen, eine zügige Erstellung von Lärmaktionsplänen, ein Förderprogramm für Maßnahmen zur Lärminderung und

43 ein generelles Nachtflugverbot.

44 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Flächenverbrauch drastisch zurückfahren.
45 Sachsen-Anhalt verfügt mit seinem hohen Anteil besonders fruchtbarer
46 Schwarzerdeböden über ein einzigartiges Naturgut. Wir setzen uns für eine
47 Bodennutzung ein, die dessen natürliche Funktionsfähigkeit erhält. Hierzu muss
48 sowohl die exzessive Neuversiegelung von Boden eingedämmt, als auch das
49 „Flächenrecycling“ – die Wiedernutzbarmachung von brachliegenden
50 Siedlungsflächen – deutlich ausgeweitet werden. Wir wollen die
51 Lebensgrundlagen in Sachsen-Anhalt auch für kommende Generationen erhalten und
52 brauchen deswegen eine nachhaltige Politik, die unsere natürlichen Ressourcen
53 schont. Die Landesverwaltung muss dabei mit einer ehrgeizigen
54 Nachhaltigkeitsstrategie eine Vorbildfunktion einnehmen, indem das Prinzip der
55 Nachhaltigkeitsabschätzung für sämtliche Handlungsfelder eingeführt und
56 insbesondere im Beschaffungswesen vorbildwirkend umgesetzt wird.

57 **Natur braucht Schutz**

58 Tiere und Pflanzen verdienen besonderen Schutz. Doch immer mehr Pflanzen- und
59 Tierarten aus Sachsen-Anhalt sind zunehmend vom Aussterben bedroht. So hat
60 sich beispielsweise die Anzahl der Vögel in unserer Agrarlandschaft halbiert.
61 Dies ist die Folge großräumiger Veränderungen mit dem Verlust natürlicher
62 Lebensräume, einer zu intensiven Landwirtschaft, einer naturfernen
63 Bewirtschaftung der Wälder und noch immer zu häufigen Versiegelungen von
64 Flächen aufgrund unsinniger Baumaßnahmen. Der Rückgang des Rotmilans, Sachsen-
65 Anhalts heimliches Wappentier, ist ein Beispiel für die zu intensive
66 Landwirtschaft und eine naturferne Bewirtschaftung der Wälder. Der Rotmilan
67 ist eine von 19 Tierarten, für die wir hier in Sachsen-Anhalt besondere
68 Verantwortung tragen. Eine besondere Verantwortung für den Erhalt einer
69 Tierart ist z. B. darin begründet, dass diese Tiere fast nur in Sachsen-Anhalt
70 vorkommen oder sie hier ihre Jungen aufziehen. Mit speziellen Maßnahmen wollen
71 wir Biodiversität bei gleichzeitiger weiterer Nutzung erhalten. So fordern wir
72 z. B., dass der gesamte Landeswald nach FSC-Standard zertifiziert wird und
73 dass Gebiete des Natura 2000-Netzes (FFH- und Vogelschutzgebiete) einzeln als
74 Schutzgebiete ausgewiesen werden. Außerdem wollen wir mindestens zehn Prozent
75 des Waldes aus der Nutzung herausnehmen, damit sich ein wertvoller und
76 schützenswerter Naturwald entwickeln kann.

77 CDU und SPD sehen Natur- und Umweltschutz in Sachsen-Anhalt nur unter
78 negativen Vorzeichen – und als lästigen Verwaltungsakt. Wir wollen einen
79 Paradigmenwechsel, indem wir die Chancen des Natur- und Artenschutzes für das
80 Land Sachsen-Anhalt hervorheben. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für
81 ein Ende der Ausbeutung unserer Natur ein: Flüsse brauchen ihren natürlichen
82 Raum, Tiere und Pflanzen einen geeigneten Lebensraum, der nicht übernutzt
83 wird. GRÜNE Naturschutzpolitik hat im Regierungshandeln in Sachsen-Anhalt
84 schon viel zu lange gefehlt! Die Artenvielfalt sichert das Überleben auf
85 unserem Planeten. Natürlichere Fließgewässer, Grünbrücken, naturnahe
86 Brachflächen, und biologischer Landbau sind der richtige Weg.

87 Dies gilt insbesondere für die in Sachsen-Anhalt befindlichen Flächen des
88 Nationalen Naturerbes – speziell für das Grüne Band entlang der früheren
89 innerdeutschen Grenze. Wir wollen das Grüne Band entsprechend seiner
90 naturschutzfachlichen und zeitgeschichtlichen Bedeutung als Nationales
91 Naturmonument ausweisen. Damit fördern wir auch den Tourismus zu den
92 Naturschönheiten Sachsen-Anhalts und setzen ein Zeichen, wie nachhaltiges
93 Wirtschaften Realität werden kann. Außerdem setzen wir auf Biotopverbünde als

94 wichtiges Instrument und werten damit jedes einzelne Biotop auf. Bundesweit
95 machen wir uns für einen Biotopvernetzungsplan stark.

96 Wir wollen auch die Anstrengungen verstärken, um das Biosphärenreservat
97 Karstlandschaft Südharz als UNESCO-Biosphärenreservat anerkennen zu lassen.
98 Die Chancen, die sich damit verbinden, wollen wir vor Ort stärker betonen und
99 damit die Menschen von dieser Idee weiter überzeugen. Wir unterstützen die
100 Initiative, den Naturpark Drömling zu einem Biosphärenreservat
101 weiterzuentwickeln und in der Colbitz-Letzlinger Heide - als einer der größten
102 zusammenhängenden unzerschnittenen Räume in Deutschland - einen Naturpark
103 auszuweisen. Der Nationalpark Harz war in der Vergangenheit eine
104 Erfolgsgeschichte. Dies darf nicht durch Infrastrukturprojekte, die die
105 Qualität des Nationalparks beeinträchtigen, auf das Spiel gesetzt werden.

106 Wir tragen in Sachsen-Anhalt für eine Reihe seltener Tier- und Pflanzenarten
107 eine besondere Verantwortung. Doch die Biodiversitätsstrategie des Landes ist
108 vollkommen unverbindlich. Sie muss deshalb grundlegend überarbeitet und dann
109 auch umgesetzt werden. Besonders wichtig ist es, Maßnahmen zur Verbesserung
110 der Lebensbedingungen der „Verantwortungsarten“ zügig umzusetzen. Zudem wollen
111 wir das Förderprogramm für die Erhaltung historischer Nutztierassen
112 weiterführen, um auch in der Landwirtschaft unsere heimische Artenvielfalt zu
113 bewahren.

114 In Sachsen-Anhalt sind die meisten Flächen bewirtschaftet, unser Land braucht
115 aber auch Wildnis. Unser Ziel ist ein sachsen-anhaltisches Netz von
116 Wildnisflächen als Refugium bedrohter Arten und Biotope.
117 Wenn wir Naturräume zerschneiden, greifen wir massiv in den Lebensraum unserer
118 Wildtiere ein. Deshalb setzen wir uns an den Autobahnen und an der B 6n für
119 den Bau weiterer Wildbrücken ein, um wichtige Wanderkorridore für das Wild zu
120 verbessern. Sie dienen auch einem besseren Biotopverbund.

121 Die anerkannten Naturschutzverbände erledigen wichtige gesellschaftliche
122 Aufgaben. Deshalb muss ihre finanzielle Förderung durch das Land aufgestockt
123 werden. Die Naturschutzbeiräte haben sich als Instrument des kooperativen
124 Naturschutzes bewährt und sollen deshalb flächendeckend in allen Landkreisen
125 eingeführt werden. Auch vielfältige Bürgerinitiativen im Land leisten
126 wertvolle Naturschutzarbeit. Deshalb müssen diese unterstützt und nicht
127 behindert werden.

128 **Unser Klima - unsere Zukunft**

129 Der Klimawandel ist die weltweite Herausforderung dieses Jahrhunderts. Der
130 Klimawandel betrifft nicht nur Menschen auf anderen Kontinenten oder in
131 späteren Zeiten, sondern wirkt sich schon jetzt in vielen unserer
132 Lebensbereiche negativ aus - zum Beispiel auf Gesundheit, Stadtklima, Land-
133 und Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft. Erste Auswirkungen sind
134 auch längst in Sachsen-Anhalt spürbar - das Hochwasser im Jahr 2013 hat
135 gezeigt, dass extreme Wetterereignisse immer häufiger und intensiver werden.
136 Wir sind gefordert, Vermeidungs- und Anpassungsstrategien zu entwickeln und
137 den Katastrophenschutz anzupassen.
138 Bis zum Jahre 2050 müssen in den Industrienationen die klimarelevanten
139 Emissionen wie CO₂ drastisch reduziert worden sein, um wenigstens die
140 unkalkulierbarsten Folgen des Klimawandels zu vermeiden (2-Grad-Obergrenze).
141 Doch Sachsen-Anhalt hat bundesweit mit die höchsten pro Kopf-
142 Kohlendioxidemissionen - trotz des hohen Anteils der Erneuerbaren Energien.

143 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vehement, dass Sachsen-Anhalt sich endlich
144 seiner Verantwortung stellt und sich zum Vorreiter bei der Klimaschutzpolitik
145 wandelt. Dazu werden wir die Anstrengungen auf Landes- und kommunaler Ebene
146 deutlich verstärken und eine neue Energiepolitik und ambitionierte
147 Energiesparmaßnahmen auf den Weg bringen. Diese würden mittel- bis langfristig
148 auch die öffentlichen und privaten Haushalte entlasten.

149 Glaubwürdige Klimaschutzpolitik braucht verbindliche Ziele. Diese sollten
150 durch ein Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden, mit dem bis 2050 der
151 Ausstoß von Treibhausgasen weitgehend eingestellt wird.

152 **Hochwasserschutz naturnah**

153 Sachsen-Anhalt braucht angesichts des Klimawandels dringend einen vorsorgenden
154 ökologischen Hochwasserschutz. Wo Flüsse natürlich fließen können, sind
155 Hochwasserschäden viel geringer. Ziel muss es sein, den Flüssen mehr Raum
156 durch zusätzliche Überflutungsflächen zu geben und sie so weit wie möglich
157 natürlich und frei fließen zu lassen. Denn ansonsten nehmen sich die Flüsse im
158 Hochwasserfall den Raum zurück. Wir werden deswegen die richtigen Prioritäten
159 im Hochwasserschutz setzen und Deichrückverlegungen zügig umsetzen und auch
160 weitere Überflutungsflächen wieder nutzbar machen.

161 Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen sind zwar unverzichtbar, das
162 Hochwasser 2013 hat aber gezeigt, dass technische Maßnahmen allein den
163 notwendigen Schutz der Bevölkerung nicht herstellen können. Zudem wollen wir
164 ein öffentlich zugängliches Kataster der Hochwasserschutzanlagen
165 („Deichkataster“) erstellen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit
166 über die jeweiligen Schutzanlagen vor Ort informieren können.

167 Notwendig ist auch eine bessere Information über Maßnahmen zur Eigenvorsorge,
168 die von potenziell gefährdeten Hauseigentümern umgesetzt werden können.
169 Bebauung von Überschwemmungsgebieten und von Vernässungsgebieten mit neuen
170 Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten darf es zukünftig nicht geben.
171 Vorhandene Bauleitpläne müssen im Hinblick auf vorhandene Hochwasserrisiken
172 überarbeitet werden. Hochwasserschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er
173 länderübergreifend erfolgt. Deshalb muss insbesondere der Dialog mit den
174 Landesregierungen in Sachsen (z. B. zum Hochwasserschutz an Elbe und Mulde)
175 und Thüringen (u.a. zur Verbesserung der Rückhaltefunktion der Saaletalsperren
176 für den Hochwasserschutz) intensiviert werden.

177 **Elbe schützen**

178 Die Elbe ist einer der letzten naturnahen Flüsse Europas und ein unfassbarer
179 Schatz für Sachsen-Anhalt. Ihre Auen haben eine herausragende Bedeutung für
180 den Schutz der biologischen Vielfalt, doch leider stehen heute nur noch ca. 20
181 Prozent ihrer ehemaligen Überflutungsflächen zur Verfügung – das erhöht auch
182 die Hochwassergefahr beträchtlich und nimmt Tieren und Pflanzen Lebensraum.
183 Wir wollen daher die Auen wieder naturgemäß an die Elbe anbinden.

184 Die Elbe ist ein natürlicher Niedrigwasserfluss. Aufgrund dieser natürlichen
185 Bedingungen kann es keine verlässliche Schiffbarkeit der Elbe für den
186 Güterverkehr geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen daher jeglichen Ausbau der
187 Elbe ab. Dies betrifft Maßnahmen wie Buhnenverlängerung, Uferschotterung,
188 Ausbaggerung sowie neue Staustufen. Diese Maßnahmen würden die letzten
189 Auenlandschaften, darunter die Auenwälder, durch Wasserentzug und Austrocknung
190 gefährden. Der Lebensraum für die vielen seltenen Tier- und Pflanzenarten
191 würde verschwinden. Die Elbe braucht ein politisches Gesamtkonzept und eine

192 Idee, um die einzigartige, naturnahe Elbe als Natur- und Kulturerbe der
193 Menschheit zu bewahren.

194 **Gewässerzustand verbessern**

195 In Sachsen-Anhalt existieren zahlreiche Fließgewässer. Durch Ausbaumaßnahmen
196 in der Vergangenheit ist deren Qualität jedoch teilweise beeinträchtigt. Eine
197 Verbesserung ihrer Gewässerstruktur und -qualität ist daher vielerorts
198 dringend geboten. Auch die Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln
199 belastet die Gewässerqualität und sollte in Gewässerrandstreifen grundsätzlich
200 untersagt werden.

201 Wir wollen die Flüsse und Bäche in Sachsen-Anhalt renaturieren. Das Anpflanzen
202 von Bäumen und Sträuchern im Gewässerrandstreifen darf deswegen nicht länger
203 durch die Unterhaltungsordnungen der Landkreise behindert werden. Weitere
204 Ausbauprojekte wie den Saalekanal lehnen wir ab. Die Herabstufung der Saale in
205 der Nutzwässerkategorie halten wir, unter der Voraussetzung des
206 Schleusenerhalts, für einen Gewinn für den naturnahen Tourismus in unserem
207 Land.

208 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Umsetzung der europäischen
209 Wasser-Rahmenrichtlinie für eine nachhaltige und umweltverträgliche
210 Wassernutzung.

211 **Wildtiere gehören in die Natur**

212 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Haltung, Mitführen, Dressur
213 und Verwendung von Wildtieren in Zirkusbetrieben beendet werden. Tierhaltung
214 zur Pelzgewinnung lehnen wir ab. Wir möchten uns im Bundesrat (auch weiterhin)
215 dafür einsetzen, ein generelles Wildtierverbot für Zirkusse auf Bundesebene
216 einzuführen. Des Weiteren unterstützen wir die Kommunen bei lokalen
217 Auftrittsverboten von Zirkussen mit Wildtieren auf kommunalen Flächen.

218 Der Handel mit exotischen Tieren nimmt enorm zu. Millionen von Wildtieren
219 werden unter fragwürdigsten Bedingungen privat gehalten. Auf Tierbörsen können
220 auch völlig unerfahrene Besucherinnen und Besucher hochgiftige Tiere erwerben,
221 ohne einen Sachkunde-Nachweis erbringen zu müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
222 wollen deshalb den Kauf und Verkauf giftiger und exotischer Tiere
223 reglementieren.

224 **Verantwortung für Wild-, Wald- und Heimtiere übernehmen**

225 Der Wolf ist zurück in Deutschland. Sachsen-Anhalt gehört mit zu den Ländern,
226 in denen sich der Wolf wieder angesiedelt hat. Auch der Luchs konnte nach über
227 200 Jahren wieder im Harz angesiedelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
228 sich für den Schutz dieser Tiere ein. Wir müssen ihnen in Sachsen-Anhalt ein
229 Zuhause bieten. Von Wildschäden betroffene Tierhalter sollen schnell,
230 unbürokratisch und ausreichend entschädigt werden. Wir wollen Maßnahmen
231 fördern, die Wildschäden zu verhindern helfen.

232 Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien orientieren. Wir brauchen in
233 Sachsen-Anhalt eine Novellierung des Jagdgesetzes. Die Fallenjagd und das
234 Verwenden von bleihaltiger Munition muss unterbunden werden. Jagdhunde dürfen
235 nicht am lebenden Tier ausgebildet werden. Außerdem fordern BÜNDNIS 90/DIE
236 GRÜNEN das Verbot des Abschusses von Haustieren, wie zum Beispiel Hund und
237 Katze.

238 Tierheime erfüllen eine unersetzbare Funktion bei der Gewährleistung des
239 Tierschutzes. Die Tierheime werden vom Land nur gering oder gar nicht
240 unterstützt. Bestimmte Tiere, wie etwa Pferde, können zumeist nicht
241 untergebracht werden und werden aus „Platzmangel“ zum Schlachthof geführt.
242 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Unterhaltung von
243 Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen unter Einbindung ehrenamtlich
244 tätiger Menschen öffentlich gefördert wird.

245 Das Hundegesetz in Sachsen-Anhalt wurde eingeführt, um die Beißvorfälle zu
246 reduzieren. Die Rasseliste - als Grundlage für die Beurteilung der
247 Gefährlichkeit eines Hundes - stellt hierfür jedoch kein adäquates Mittel dar.
248 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine Novellierung des
249 Hundegesetzes ein, die ohne pauschale Rasseliste auskommt.

250 **Abfall reduzieren statt importieren**

251 Sachsen-Anhalt darf nicht länger die Müllkippe der Nation bleiben. Die hier
252 entsorgten Abfallmengen und vorhandenen Entsorgungskapazitäten sind deutlich
253 höher als das Abfallaufkommen im Land. Dadurch werden heute die Altlasten von
254 morgen geschaffen, die in Zukunft mit hohen Kosten und Belastungen für die
255 Umwelt verbunden sind. Trotzdem setzen CDU und SPD weiterhin auf ein
256 ungezügelttes Wachstum in diesem Bereich. Das ist nicht weiter hinnehmbar.
257 Insbesondere Schein-Verwertungsverfahren wie der Bergversatz untergraben die
258 Ziele des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Im Bergversatz werden teilweise hoch
259 belastete Abfälle unter dem Deckmantel der Bergsicherung in alten
260 Bergwerksstollen abgelagert. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu
261 solchen Verfahren erschwert wird. Darüber hinaus muss sich die Zahl und Größe
262 von Entsorgungsanlagen nach dem zukünftigen Bedarf richten. Wir wollen das
263 Recycling von wertvollen Inhaltsstoffen im Abfall verbessern und sehen
264 deswegen die thermische Verwertung nicht als vorrangiges Ziel an. Wir setzen
265 auf die echte Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie und werden auch
266 Maßnahmen zur Abfallvermeidung unterstützen.
267 Wir werden uns für flächendeckende Angebote zur getrennten Erfassung und
268 Kaskadennutzung von biogenen Abfällen einsetzen. Auf Bundesebene setzen wir
269 uns für eine Kehrtwende hin zu einem Wertstoffgesetz, weg von dualen Systemen
270 ein. Wir werden die Abfallberatung in den Kommunen fördern. Bestehende
271 Entsorgungsanlagen sollen stärker beaufsichtigt werden.

272 Nicht zuletzt bleibt Abfallvermeidung ein zentrales Gebot der Vernunft und
273 muss entsprechend befördert werden. Zur Vermeidung von Abfall bereits vor der
274 Entstehung eignet sich der Cradle-to-Cradle-Ansatz, welchen wir fördern
275 werden.

276 **Wasserversorgung und Abwasser**

277 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Privatisierung der Aufgaben von
278 Wasserversorgung und Abwasserbehandlung strikt ab. Wir wollen, dass der
279 Bereich der Daseinsvorsorge generell bei der öffentlichen Hand bleibt. Wir
280 sprechen uns dafür aus, den zentralen Anschluss von kleinen Orten und
281 Ortsteilen an zentrale Kläranlagen nur dort vorzunehmen, wo dies die
282 volkswirtschaftlich sinnvollste Lösung darstellt. Ansonsten sind dezentrale
283 Anlagen vorzuziehen und vorrangig zu fördern.

284 Wir wollen eine Konkretisierung des Wassergesetzes. Es soll klargestellt
285 werden, dass der Anschluss- und Benutzungszwang für Anlagen zur Beseitigung

286 des Oberflächenwassers nur dann angeordnet werden kann, wenn das
287 Oberflächenwasser nicht schadlos auf dem jeweiligen Grundstück versickert.
288 Außerdem sollen gemeinnützige Stiftungen und Verbände von der Beitragspflicht
289 für die Gewässerunterhaltung befreit werden. Wir sind gegen die Verwendung von
290 Aluminiumsalzen zur Trinkwasseraufbereitung.
291 Klärschlamm ist eine wichtige Phosphorressource und wir wollen Technologien
292 zur Phosphorrückgewinnung unterstützen. So kann der Einsatz von uranhaltigen
293 Düngern in der Landwirtschaft verringert werden.

294 **Gegen Lärm und für saubere Luft**

295 Lärm macht krank und ist heute eines der größten Umweltprobleme. 70 Prozent
296 der Bevölkerung leiden in Deutschland unter Verkehrslärm. Wir fordern daher,
297 dass die Lärmkarten und -aktionspläne zügig fertiggestellt und dann wirksam
298 umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir ein Förderprogramm etablieren, mit
299 dem Maßnahmen zur Lärminderung finanziert werden sollen.

300 Beim Fluglärm haben für uns die Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und
301 Anwohner Vorrang vor den Interessen der Luftverkehrswirtschaft. Wir engagieren
302 uns für ein Nachtflugverbot. Für den Bahnverkehr fordern wir die Umrüstung auf
303 leise Güterzüge, lärmabhängige Trassengebühren, Tempolimits in der Nacht für
304 laute Güterzüge sowie eine Förderung des aktiven Schallschutzes an den
305 Fahrwegen.

306 Noch immer ist an vielen Stellen die Belastung der Luft durch Feinstaub und
307 Stickoxide viel zu hoch. Dies verursacht schwere Gesundheitsschäden wie Asthma
308 und andere Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
309 stehen deshalb für konsequentes Handeln, damit die Konzentrationen von
310 Schadstoffen in der Luft sinkt. Ein Ansatz dafür sind Dachbegrünungen auf
311 geeigneten Gebäuden.

312 Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Gartenabfallverbrennung landesweit nur
313 noch dann erlaubt wird, wenn dies z. B. für die Bekämpfung von
314 Pflanzenkrankheiten notwendig ist.

315 **Lichtverschmutzung Eindämmen**

316 Lichtverschmutzung hat negative Auswirkungen auf die nachtaktive Tierwelt, den
317 Tag-Nacht-Rhythmus des Menschen und die Sichtbarkeit des Sternenhimmels und
318 stellt zudem eine erhebliche Energieverschwendung dar. Deshalb fordern wir die
319 Begrenzung von Lichtmenge, -intensität und Beleuchtungsdauer für die
320 öffentliche und kommerzielle Beleuchtung während der Nacht und die Nutzung
321 wirkungsminimierender Lichtfarben.

322 **b) Wir wollen 100 Prozent Erneuerbare Energien**

323 Die Zukunft Sachsen-Anhalts liegt in den Erneuerbaren Energien. Wir wollen 100
324 Prozent Erneuerbare Energien und Sachsen-Anhalts Chancen nutzen. 100 Prozent
325 erneuerbar heißt für uns, dass wir nicht mit Statistiken mogeln, sondern alle
326 Bereiche der Energienutzungen einbeziehen, von der Wärme über den Verkehr bis
327 zur industriellen Produktion. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir noch
328 mehr Windenergieanlagen als heute. Da neue Anlagen aber wesentlich größer sind
329 und effizienter Strom erzeugen, brauchen wir nur rund 20 Prozent mehr
330 Windenergieanlagen.

331 Die Windenergie in Sachsen-Anhalt braucht politische Unterstützung, sonst kann
332 sie sich nicht entwickeln. Dazu ist es erforderlich, dass mehr Vorrang- und
333 Eignungsgebiete ausgewiesen werden. Wir wollen außerdem die Abstandsfläche
334 zwischen den Windenergieanlagen auf den Faktor 0,4 der Anlagenhöhe verringern.
335 Der Zubau wird somit erleichtert.

336 Wir wollen sensible Lösungen für den Konflikt zwischen dem Ausbau von
337 Windenergie und dem Naturschutz, denn sowohl der Naturschutz als auch die
338 Erneuerbaren Energien sind existenziell für unser Land und müssen gemeinsam
339 gedacht werden. Für eine gelungene Regionalplanung wollen wir sowohl
340 Landschaftsrahmenpläne als auch Datenbestände, zum Beispiel über das Vorkommen
341 von Vogel- und Fledermausarten, aktualisieren und aktuell halten. Außerdem
342 wollen wir, dass Landschaftsbildanalysen durchgeführt werden, um
343 Landschaftsbilder besser in der Planung schützen zu können. Wo bereits Anlagen
344 stehen, werden wir alles für den Tierschutz tun und beispielsweise die Anlagen
345 bei bestimmten Windgeschwindigkeiten abschalten, bei denen Fledermäuse
346 fliegen.

347 Naturschutzfachlich wertvolle Waldflächen mit Schutzstatus sind für uns tabu.
348 Für Wälder ohne Schutzstatus sollte hingegen die Errichtung von
349 Windenergieanlagen nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Dies gilt
350 insbesondere für artenarme und gleichförmige Nadelholzmonokulturen, wie
351 Kiefern- und Fichtenwäldern.

352 Um 100 Prozent Erneuerbare Energien zu schaffen, wollen wir Photovoltaik- und
353 Solarthermieanlagen auf allen geeigneten Dachflächen und auf sonst nicht
354 nutzbaren Flächen unterstützen. Dabei muss der Artenschutz umfassend beachtet
355 werden und die Nutzung von Dachflächen Vorrang haben. Wir setzen uns auch für
356 eine ausgewogene Energiepflanzenutzung ein. Diese ist ohne Monokulturen oder
357 Raubbau möglich - durch die Nutzung von nicht für den Nahrungsmittelanbau
358 benötigten Landwirtschaftsflächen für einen extensiven, ökologischen Anbau von
359 Energiepflanzen (Miscanthus, Wildkräutermischungen, Sylphie, etc.), die
360 Nutzung von Rest- und Abfallstoffen sowie eines kleinen Anteils vom jährlichen
361 Holzzuwachs aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. So kann vor allem ein
362 Beitrag zum Schwankungsausgleich gelingen.

363 **Energie sparen**

364 An vielen Stellen gehen wir als Gesellschaft noch immer unglaublich
365 verschwenderisch mit Energie um, z. B. schlecht geregelte Heizungen, schlechte
366 Wirkungsgrade bei Elektrogeräten und zu große Autos. Zu unserem Klimakonzept
367 gehört deswegen das Energiesparen. Der aktuelle Stand der Technik lässt schon
368 heute zu, dass bei weniger Energieeinsatz gleiche Ergebnisse erzielt werden.
369 Durch die Reduzierung derartiger Verluste in Wohn- und Nutzgebäuden, bei
370 Alltagstechnik, im Verkehr und in der Wirtschaft können wir eine saubere
371 Energieversorgung der Zukunft erreichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die
372 Senkung des Energieverbrauchs mit einem Klimaschutzgebäudegesetz fördern. Auch
373 für die Landesverwaltung wollen wir ein transparentes und systematisches
374 Energiemanagement einführen, um Erdgas, Heizöl, Fernwärme und Elektroenergie
375 einzusparen. Ein sehr großes Potenzial zur Energieeinsparung ist die
376 Wärmerückgewinnung in Nicht-Wohngebäuden wie Industriehallen, Büros, Schulen
377 und Hotels. Hier wollen wir Pilotprojekte fördern. Im Bereich der Mobilität
378 muss das Land mit positivem Beispiel vorangehen und den Treibstoffverbrauch
379 reduzieren.

380 Wir wollen weiterhin ein systematisches Energiemanagement zur
381 Verbrauchssenkung in allen Landesliegenschaften verbindlich machen. Ein

382 Pilotprojekt zur Wärmerückgewinnung aus Nicht-Wohngebäuden soll deren
383 Schlüsselrolle bei den nötigen Energieeffizienzverbesserungen unterstreichen.

384 **Den Umbau des Energiesystems beschleunigen**

385 Die grundlegenden Techniken für die Erzeugung erneuerbarer Energien sind
386 vorhanden und haben ihr Ertragspotenzial längst bewiesen. Um den
387 versorgungssicheren Umbau des Energiesystems auf 100 Prozent zu erreichen, ist
388 die Forschung an vielen Stellen zu beschleunigen. Wir sehen vorrangig
389 Forschungs- und Entwicklungsbedarf bei Strom- und Wärmespeichern,
390 Wärmerückgewinnung, Flexibilitätsoptionen und Systemdienstleistungen wie
391 Lastmanagement. Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung in Pilotprojekten
392 und eine wirtschaftlich tragfähige Infrastruktur ein.

393 **Netzausbau voranbringen**

394 Wir müssen die Stromnetze optimieren, verstärken und ausbauen, um sie für die
395 erneuerbaren Energien fit zu machen. Erneuerbare Energien stehen in zeitlich
396 schwankender Menge zur Verfügung. Daher wird neben Speichertechnologien auch
397 das Stromleitungsnetz einen wichtigen Beitrag für den Ausgleich zwischen
398 Regionen und Tageszeiten leisten. Ein Netzausbau ist daher sowohl im Lokalen
399 als auch für große Übertragungsleitungen nötig, sollte aber auf das absolut
400 notwendige Maß beschränkt werden.

401 An den Ausbau stellen wir hohe Anforderungen. Die Hochspannungs-Gleichstrom-
402 Übertragungsleitung (HGÜ) von Wolmirstedt nach Gundremmingen in Südbayern
403 beispielsweise darf aus grüner Sicht nur für den Transport von regenerativer
404 Energie gebaut werden. Die HGÜ-Leitung darf nicht der Türöffner für eine
405 langfristige Verstetigung der klimaschädlichen Braunkohleverstromung und schon
406 gar nicht für den Neubau von Kohlekraftwerken werden. Eine
407 Braunkohlestromexporttrasse schließen wir aus. Dieser Ausbau funktioniert nur,
408 wenn die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft beteiligt werden und es einen
409 demokratischen Interessenausgleich gibt. Daher sind wir in sensiblen Bereichen
410 und in der Nähe von Siedlungsgebieten für die Nutzung von Erdkabeln. Wir
411 fordern eine bundesweit gleiche Umlage der Netznutzungsentgelte auf allen
412 Spannungsebenen, damit es keine regionalen Unterschiede mehr gibt.

413 **Aus Kohle und fossilen Energieträgern aussteigen**

414 Eine echte Energiewende ist mit Braunkohle nicht vereinbar, dennoch: Die
415 Braunkohleverstromung feiert im Zusammenhang mit dem halberzigen und zu
416 langwierigen Atomausstieg derzeit eine Renaissance. Als vermeintliche
417 Brückentechnologie würde sie die erreichten CO₂-Einsparungen durch den Ausbau
418 der EE sofort wieder zunichtemachen.

419 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den vollständigen Ausstieg aus der Förderung und
420 Verbrennung von Kohle mittelfristig für erforderlich und machbar. Wir sind
421 gegen neue Tagebaue und gegen den Bau von neuen Kohlekraftwerken. Wir lehnen
422 es deshalb ab, bei Profen im südlichen Sachsen-Anhalt ein neues Kohlekraftwerk
423 zu errichten und einen Tagebau in der Region Lützen aufzuschließen. Wir wollen
424 verhindern, dass noch mehr Menschen für einen Energieträger von vorgestern aus
425 ihrer Heimat vertrieben werden. Röcken und Sössen sind nur einige der
426 gefährdeten Ortschaften, die wir vor der Abbaggerung bewahren wollen. Wir sind
427 die einzige politische Kraft im Landtag, die glaubhaft für den Kohleausstieg
428 kämpft.

429 Wir wollen die Laufzeiten der vorhandenen Kohlekraftwerke bis spätestens 2030

430 begrenzen und alle direkten und indirekten Subventionen für die
431 Braunkohleindustrie schnellstmöglich abschaffen. Das gilt auch für ihre
432 bestehenden Privilegien im Emissionshandel, bei der Erhebung von Feldes- und
433 Förderabgaben bei Wasserentnahmeentgelten.

434 Braunkohle birgt auch erhebliche Gesundheitsrisiken. Daher wollen wir uns
435 gemäß der UN-Quecksilberkonvention von 2013 für einen strengeren Grenzwert für
436 den Quecksilberausstoß einsetzen. Die Novellierung des Bundesbergbaugesetzes
437 ist notwendig, damit die Interessen sowohl der betroffenen Menschen als auch
438 der Umwelt stärker berücksichtigt werden und nicht allein die wirtschaftlichen
439 Interessen der Bergbauunternehmen. Deswegen wollen wir im Zusammenhang mit
440 fossilen Energieträgern auch ein Enteignungsverbot in diese Novelle aufnehmen.

441 Wir nehmen die Zukunftsängste der Menschen ernst, die heute in Bergbau und
442 Kraftwerken tätig sind. Den Menschen muss eine berufliche Perspektive eröffnet
443 werden. Ein wirtschaftliches und soziales Umbaukonzept muss schnellst möglich
444 auf den Weg gebracht werden.

445 Neue Investitionen in fossile Energien lehnen wir ab, da sie den Ausbau der
446 Erneuerbaren Energien verhindern. Wir wollen keine neuen Gasbohrungen in der
447 Altmark. Das geplante neue Erdgasfeld würde sich sogar bis in den Naturpark
448 Drömling erstrecken. Es besteht auch keine Notwendigkeit für das hoch
449 kritische und schädliche Fracking-Verfahren zur Gewinnung von Erdgas, welches
450 wir auch für bestehende Felder ausschließen.

451 Wenn die Verstromung von Braunkohle um das Jahr 2030 ausläuft, stehen für die
452 mögliche stoffliche Verwertung von Braunkohle zur Herstellung von
453 Montanwachsen genug Reserven in bereits aufgeschlossenen Tagebauen zur
454 Verfügung. Allerdings wollen wir die Braunkohle nicht für die
455 Chemiegrundstoffproduktion heranziehen. Denn schon jetzt stehen technologische
456 Alternativen wie die Wasserstoffherstellung durch Elektrolyse über Strom aus
457 Windenergieanlagen zur Verfügung.

458 **Keine Endlagerung von Kohlendioxid**

459 Die Technologiekette zur Abscheidung, zum Transport und zur unterirdischen
460 Verpressung von Kohlendioxid - auch als CCS-Technologie (Carbon, Capture and
461 Storage) bezeichnet - lehnen wir ab. Diese Technologie ist keine Option für
462 angeblich sauberen Strom aus fossilen Energien oder für den Klimaschutz.
463 Vielmehr birgt die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid sehr hohe
464 Risiken für das Trinkwasser oder Ausgasungen an die Oberfläche (zum Beispiel
465 durch Erdbeben). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher weiterhin dafür ein,
466 dass über ein Landesgesetz die Erprobung und Demonstration der dauerhaften
467 Speicherung von Kohlendioxid mittels CCS in den Gebieten des Landes unzulässig
468 wird.

469 Alternativen Ansätzen, um abgeschiedenes CO₂ aus Industrieprozessen dezentral
470 zur Methanisierung mit regenerativ hergestelltem Wasserstoff zu nutzen, stehen
471 wir offen gegenüber.

472 **Atommüll-Endlager Morsleben: Sicherheit muss Priorität haben**

473 Eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen wird es nicht geben können.
474 Deshalb muss die verantwortungslose Atomenergie schnell beendet werden und das
475 weitere Anwachsen von radioaktivem Abfall gestoppt werden.

476 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein tragfähiges Stilllegungskonzept für das
477 einsturzgefährdete Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Da
478 rund 80 Prozent der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus
479 Atomkraftwerken (AKW) stammen, fordern wir, dass die beteiligten AKW-Betreiber
480 angemessen an den Stilllegungskosten beteiligt werden.
481 Wir wollen die sicherste Lösung für das ERAM. Das Bundesamt für Strahlenschutz
482 (BfS) als Betreiber des ERAM sieht die Schließung durch Verfüllung mit
483 Salzbeton vor. Dieses Konzept ist noch nicht genehmigt - aber schon
484 gescheitert. Denn bei Versuchen, Abdichtungsbauwerke zum Ostfeld als Barrieren
485 gegen die Freisetzung radioaktiver Stoffe zu errichten, zeigten sich Risse
486 und mangelnde Abdichtwirkung im verbauten Spezialbeton.
487 Als zuständige Genehmigungsbehörde ist auch das Ministerium für Landwirtschaft
488 und Umwelt besser personell und finanziell für das ERAM auszustatten.
489 Deshalb und wegen der dramatischen Entwicklungen in der Asse II fordern
490 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Bundesregierung, dass das BfS eine Neubewertung
491 und Neuentscheidung für das ERAM-Schließungskonzept vornimmt, welches
492 Reversibilität und dauerhafte Überwachung vorsieht. Das ehemalige Salzbergwerk
493 Morsleben ist als Atommüll-Endlager ungeeignet und würde selbst nach Aussage
494 des BfS nach heutigen fachlichen Maßstäben nicht genehmigt werden. Daher
495 müssen die zwischengelagerten Abfälle (Radiumfass), für die es keine
496 Endlagerebene gibt, ausgelagert und das nicht genehmigte Ostfeld geräumt
497 werden.

498 Wir sind besorgt über die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, die in der
499 näheren Umgebung mit Schacht Konrad, Asse II und Gorleben weitere atomare
500 Müllkippen akzeptieren sollen. Alle potentiell möglichen Standorte müssen bei
501 der Endlagersuche einbezogen werden.

502 **Wer GRÜN wählt, ...**

503 ... tritt für einen echten Natur-, Umwelt-, Tier und Klimaschutz ein;
504 ... erhält die Elbe als natürlichen Lebensraum und will die Saale naturnah
505 touristisch genießen;
506 ... gibt den Flüssen mehr Raum und gewährleistet funktionierenden
507 Hochwasserschutz;
508 ... stärkt Sachsen-Anhalt als Standort moderner Energietechnologien, die das
509 Klima schützen;
510 ... erteilt CCS und Fracking eine Absage;
511 ... arbeitet aktiv mit dem zivilgesellschaftlichen Natur- und Umweltschutz
512 zusammen.

Kapitel 2: Klasse statt Masse in der Landwirtschaft

513 2. Klasse statt Masse in der Landwirtschaft

514 Fruchtbare Böden, saubere Luft und sauberes Wasser, Tiere, denen es gut geht
515 und eine reiche Tier- und Pflanzenwelt: Diese Art der Landwirtschaft, die gute
516 und gesunde Lebensmittel produziert, wollen die meisten Menschen in unserem
517 Land. Doch die Realität ist davon noch ein viel zu großes Stück entfernt.
518 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt so
519 verändern, dass die Qualität der Arbeit und der Lebensmittel, der Schutz der
520 Umwelt und der Tiere im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass seitens der in
521 der Landwirtschaft Tätigen an das Morgen denken und unser Klima sowie unsere
522 natürlichen Ressourcen geschont werden. Wir wollen öffentliche Mittel viel
523 stärker für eine naturverträgliche Landwirtschaft einsetzen, die die Tiere
524 schützt und ihren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, dem Schutz des Wassers
525 und im Kampf gegen den Klimawandel leistet. Zudem wollen wir, dass alle
526 Landwirte, ihre Familien und Angestellte ein auskömmliches und anständiges
527 Einkommen beziehen, anstatt mit Dumpingpreisen kämpfen zu müssen. Dies stärkt
528 den ländlichen Raum und bietet langfristige Entwicklungsmöglichkeiten. Wir
529 wollen auch kleine und kleinste Landwirtschaftsbetriebe stärken, zum
530 Beispiel durch Modelle zur kommunalen Versorgung und Teilnahme an regionalen
531 Kreisläufen.

532 Tierquälereiische Haltungsbedingungen müssen endgültig beendet werden! Dank
533 unserer Initiativen sind z. B. der Ausstieg aus dem Schnäbelkürzen, die
534 Verbreiterung der Kastenstände und das Verbot des Ferkeltötens aus
535 wirtschaftlichen Gründen beschlossen worden. Darüber hinaus machen wir uns für
536 grundsätzlich bessere Haltungsbedingungen stark: Mehr Platz im Stall, Auslauf,
537 Einstreu, die Abschaffung von Kastenständen und ausreichend
538 Beschäftigungsmaterial. Ein Abschneiden von Körperteilen darf es nicht mehr
539 geben. Das Töten von männlichen Küken bei der Legehennenzucht wollen wir
540 verbieten. Wir setzen auf das Zweinutzungshuhn, das eine mittlere Legeleistung
541 und gleichzeitig einen guten Fleischansatz hat. Diese Vorgaben sollen
542 Grundlage für die Stallbauförderung in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus in
543 Gesamtdeutschland sein. Sie müssen in Gesetzen und Verordnungen
544 festgeschrieben werden – dann sind die Spielregeln für alle gleich und eine
545 tiergerechte Haltung ist kein wirtschaftlicher Nachteil mehr.

546 **Tierschutz erhöhen – Tiertransporte und Qualen in der Zucht verringern**

547 Tiere müssen als fühlende Mitgeschöpfe wahrgenommen werden, und ihren
548 Bedürfnissen muss entsprochen werden, sowohl in den Ställen als auch in den
549 Schlachthöfen. Wir wollen keine Mega-Schlachthöfe, sondern dezentrale
550 Schlachtstrukturen. Das reduziert die Transportzeiten und verringert das Leid
551 der Tiere.

552 Die industrielle Tierhaltung entwickelt sich zu einem Wettlauf um die größten
553 Stallanlagen, wo Tiere eingepfercht sind und zum maximalen Fleischertrag
554 gezüchtet werden. Wir unterstützen ein Klagerecht für anerkannte
555 Tierschutzverbände, damit Tiere bei der Durchsetzung ihrer Rechte eine Stimme
556 haben. Wir wollen einen Tierschutzplan wie in Niedersachsen, welcher konkrete

557 Schritte zur schrittweisen Verbesserung der Tierhaltung vorgibt. Auf
558 Landesebene wollen wir eine unabhängige Tierschutzbeauftragte einsetzen, die
559 sich hauptamtlich für eine bessere Entwicklung der Zustände einsetzt. Zudem
560 wollen wir ab einer bestimmten Tierplatzzahl Präsenztierärztinnen und
561 Präsenztierärzte einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Reform der
562 tierschutzrechtlichen Kontrollen und fordern, dass systematisch
563 vollumfängliche und grundsätzlich unangekündigte Kontrollen durchgeführt
564 werden. Wir wollen, dass bei Tierhaltungsbetrieben zu Erwerbszwecken die
565 entstehenden Kosten kostendeckend über Gebühren finanziert werden.

566 Für den effektiven Vollzug des Tierschutzrechtes wollen wir, dass sich
567 Behörden untereinander in Bezug auf tierschutzrechtliche Kontrollen besser
568 koordinieren, zum Beispiel im Rahmen der Gremien der Länderarbeitsgemeinschaft
569 Verbraucherschutz (LAV). Das verbessert die Gesamtschau auf die
570 Haltungsbedingungen bei einem Tierhalter mit Anlagen in mehreren Landkreisen
571 oder mehreren Bundesländern und erleichtert die Durchsetzung von Anordnungen.

572 Die Tiere und auch wir Menschen haben die Schnauze voll von
573 Antibiotika! Der übermäßige Einsatz verschlechtert die medizinische Wirkung
574 auch für uns Menschen und Tiere brauchen immer höhere Dosen. Wir setzen
575 dagegen auf bessere Tiergesundheit durch bessere Haltungsbedingungen. Dann
576 erübrigt sich der Einsatz von Antibiotika weitgehend. Für kranke Tiere müssen
577 separate Krankenställe für ihre Behandlung bereit stehen, damit Antibiotika
578 gezielt und nicht vorsorglich eingesetzt werden müssen. Mengenrabattierungen
579 auf Antibiotika wollen wir verbieten, damit kein Anreiz mehr besteht, mehr
580 Antibiotika als notwendig zu kaufen und zu verabreichen. Wir wollen
581 überprüfen, ob eine Trennung von Verschreibung und Verkauf von Antibiotika
582 praktikabel ist. Langfristig wollen wir einen Ausstieg aus der Anwendung von
583 Antibiotika anstreben. Es bedarf der Entwicklung neuer, effizienter
584 Heilverfahren.

585 **Klasse Tierhaltung ohne Geruchsbelästigung**

586 Unsere Nase, unsere Gesundheit und unser Ökosystem werden es uns danken: Bei
587 allen großen Tierhaltungsanlagen sollen Filteranlagen verpflichtend eingebaut
588 werden. Bei allen kleinen Anlagen soll geruchsbindende Einstreu eingeführt
589 werden. Filteranlagen können einen Großteil der Ammoniakemissionen und
590 Bioaerosole und damit auch multiresistente Keime zurückhalten. Bislang verfügt
591 nur etwa ein Prozent aller Tierhaltungsanlagen in Deutschland über
592 Filteranlagen. Dort zeigen sie große Wirkung. Geruchsemissionen und die
593 Konzentration von Bioaerosolen in der unmittelbaren Umgebung sind deutlich
594 niedriger als in der Nähe von anderen Tierhaltungsanlagen.

595 **Vielfalt für Biene und Co.**

596 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt und die Renaturierung der
597 Lebensräume einer vielfältigen Flora und Fauna ein, welche von unschätzbarem
598 Wert sind. Feldraine und Wasserrandstreifen sind hierfür wichtige Biotope,
599 da sie zum Beispiel Lebensraum und Nahrung für Bienen und andere Insekten,
600 Kleinsäuger, Reptilien und Amphibien bieten. Für ein Mehr an Ökologie in
601 der Kulturlandschaft fordern wir die Einsetzung von Wildlebensraumberatern,
602 die helfen sollen, die Artenvielfalt zu erhalten und zu verbessern. Honig
603 und Wildbienen am Feldrand sind nicht nur Symbol für eine naturnahe
604 Landwirtschaft, sondern wegen ihrer Bestäubungsleistung auch Garant für
605 wirtschaftlichen Erfolg. Rinder, Ziegen und Schafe gehören auf die Weide.
606 Deshalb werden wir uns für den Grünlanderhalt und die finanzielle
607 Unterstützung der Weidehaltung (Weideprogramme) einsetzen. Risiken, die von

608 wildlebenden Tieren z.B. Wolf, Fuchs, Marderhund und Waschbär ausgehen,
609 sollen bei Auslauf- und Weidehaltung ermittelt und die Landwirte adäquat
610 entschädigt werden. Dazu muss ein Konzept erarbeitet werden. Außerdem setzen
611 wir uns für ein Maßnahmenpaket für die Bienen ein, das unter anderem die
612 Unterstützung der Bienensachverständigen, ein besseres Blühstreifenprogramm
613 und die Förderung des Anbaus von Eiweißpflanzen enthält.

614 **Sauberes Wasser statt Nitratbelastung**

615 Wir wollen unsere Böden und unser Wasser schützen und treten daher für
616 eine bodengebundene Landwirtschaft ein. Der Anbau von Futtermitteln und
617 die Ausbringung von Wirtschaftsdünger müssen eine ökologisch sinnvolle
618 Kreislaufwirtschaft ergeben.
619 Für Wirtschaftsdünger muss ein funktionierendes Kataster aufgebaut werden, um
620 die anfallenden Mengen und Im- und Exporte je Tierhaltungsbetrieb zu
621 erfassen. So kann die Einhaltung der Düngeverordnung besser kontrolliert und
622 die Nitratgrenzwerte im Grundwasser eingehalten werden. Mais für
623 Biogasanlagen soll maximal 10 Prozent der Ausgangsmasse betragen, denn Mais
624 benötigt viel Dünger (Stickstoff) und nimmt dabei kaum Stickstoff auf. Das
625 erhöht das Risiko hoher Nitratkonzentrationen im Grundwasser.

626 **Heimische Eiweißpflanzen statt Sojaimporte**

627 Heimische Eiweißpflanzen, sogenannte Leguminosen, sind die Lösung vieler
628 unserer ökologischen Sorgen. Körnerleguminosen können Sojaimporte aus
629 Übersee ersetzen und feinsämige Eiweißpflanzen können teilweise als
630 Grundfutter statt Maissilage eingesetzt werden. Eiweißpflanzen lassen sich
631 gut in Fruchtfolgen integrieren. Sie tragen zur Artenvielfalt auf dem Acker
632 bei und verbessern die Böden. Auch Schädlinge können sich dann nicht mehr so
633 stark vermehren. Da der Anbau dieser Pflanzen eine emissionsarme und
634 umweltschonende Stickstoffdüngung darstellt, wollen wir den Anbau von
635 Eiweißpflanzen auch als Hauptkultur, also über die gesamte
636 Vegetationsperiode, fördern. Weiterhin wollen wir an einheimischen
637 Eiweißpflanzen forschen, um sie gegen die Folgen des Klimawandels fit zu
638 machen und den Landwirten eine verlässliche Ernte gewährleisten zu können.
639 Gentechnisch ausgerichtete Forschung lehnen wir hierbei ab.

640 **Gute Böden in Sachsen-Anhalt**

641 Unsere kostbaren Böden sind heiß begehrt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört
642 der Boden in die Hände derjenigen, die ihn bewirtschaften. Daher wollen wir
643 außerlandwirtschaftliche Investorinnen und Investoren vom Bodenmarkt
644 zurückdrängen. Landwirtschaftliche Betriebe sollen die Flächen zu
645 angemessenen Preisen kaufen oder pachten können.
646 Die Bodenerosion durch Wasser und Wind führt zu drastischem Bodenverlust.
647 Katastrophale Erosionsereignisse finden auch in Sachsen-Anhalt statt.
648 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Erosionsschutzmaßnahmen
649 wie Heckenpflanzungen und erosionsmindernde Bewirtschaftungsmethoden stärker
650 gefördert werden.

651 Wir wollen die Vielfalt im ländlichen Raum erhalten und kleine sowie
652 Mittlere Strukturen in der Landwirtschaft schützen. Gemeinden sollen besser
653 mitentscheiden können, ob sie eine große Tierhaltungsanlage auf ihrem
654 Gemeindegebiet haben wollen. Dazu wollen wir ihre kommunale
655 Planungshoheit stärken. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die
656 Änderung des Baugesetzbuches ein, damit die Privilegierung von
657 Nutztierhaltungsanlagen im Außenbereich für alle Anlagen wegfällt, die
658 nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungspflichtig sind.

659 **Mehr Öko in der Landwirtschaft**

660 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung des Ökolandbaus als
661 umweltfreundlichste und ressourcenschonendste Landbewirtschaftung ein
662 und wollen erreichen, dass 20 Prozent der landwirtschaftlichen
663 Nutzfläche nach den Ökorichtlinien bewirtschaftet werden. Damit sich
664 dieser Herausforderung auch kleinere Betriebe stellen, sehen wir in
665 einem pauschalen und erhöhten Kontrollkostenzuschuss pro Betrieb einen
666 Anreiz. Landeseigene Flächen und BVVG-Flächen sollen vorrangig an
667 Ökobetriebe zu solchen Konditionen verpachtet oder verkauft werden, die
668 einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Eine Teilbetriebsumstellung
669 auf Ökolandbau soll wieder möglich werden, damit Betriebe den Schritt zu
670 mehr Ökolandbau wagen. Um dem Ökolandbau einen höheren Stellenwert
671 einzuräumen, soll es dafür einen separaten Ausbildungszweig geben und in
672 den landwirtschaftlichen Ausbildungen soll der Ökolandbau als Fach
673 angeboten werden. Um die wirtschaftlichen Nachteile aufgrund der
674 besonders umweltgerechten Wirtschaftsweise auszugleichen, muss auf
675 Bundesebene auf eine weitere Erhöhung der Ökoprämie hingewirkt werden.

676 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide
677 auskommt. Um auf diesem Weg ein Stück weiter zu kommen, wollen wir die
678 Förderpraxis der EU-Mittel neu ausrichten und einen stärkere Bindung der Mittel
679 für eine Landwirtschaft, die mit dem Naturschutz vereinbar ist, festlegen.
680 Außerdem werden wir uns für ein Glyphosatverbot einsetzen. Wir stehen für eine
681 nachhaltige Ausnutzung der Ressourcen, indem der verpflichtende Einsatz von
682 Einstreu in der Tierhaltung durch die anschließende Ausbringung als
683 Wirtschaftsdünger in räumlicher Nähe mit dem Pflanzenbau kombiniert wird.
684 Alle öffentlichen Förderungen der Landwirtschaft müssen auf die Belange von
685 Natur-, Umwelt und Tierschutz ausgerichtet werden.
686 In etlichen Fällen werden noch immer längst verbotene Pflanzenschutzmittel
687 angewendet. Wir fordern ausreichende Kontrollen bei deren Verkäuferinnen
688 und Verkäufern und Nutzerinnen und Nutzern. Anwendungsbestimmungen wie
689 Abstandsaufgaben zu ackernahen Gewässern und spritzfreie Intervalle vor der
690 Ernte sollen die Umwelt und uns Verbraucher vor unvermeidbaren
691 Auswirkungen der Pestizide schützen.

692 **Natürlichkeit statt Gentechnik**

693 Im Jahr 2012 lagen die drei deutschen Gentechnik-Versuchsfelder in Sachsen
694 Anhalt. Kein Zufall, denn in Sachsen-Anhalt wurde seit Jahrzehnten trotz
695 erheblicher Bedenken und Ablehnung in der Mehrheit der Bevölkerung in
696 diese Technologie und die Gentechniklobby investiert. Wir wollen aus der
697 Agro-Gentechnik aussteigen und uns für Anbauverbote sowohl national als
698 Auch europaweit einsetzen. Unser Ziel ist es, dass Sachsen-Anhalt in das
699 „Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ aufgenommen wird. Zudem
700 müssen Lebensmittel gekennzeichnet werden, wenn die Tiere mit
701 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert worden sind.

702 **Wer GRÜN wählt, ...**

703 ... fordert gesunde, ökologische und regionale Lebensmittel;
704 ... hat ein Herz für unsere tierischen Mitgeschöpfe;
705 ... stimmt gegen Gentechnik.

Kapitel 3: Mit Bildung in die Zukunft

706 3. Mit Bildung in die Zukunft

707 Mehr Gerechtigkeit und höhere Qualität: darauf kommt es uns an. Gemeinsam
708 mit allen Beteiligten wollen wir unsere Bildungslandschaft weiterentwickeln.
709 Sie soll allen Menschen gute Bildungsangebote unterbreiten, sie befähigen,
710 sich zu entfalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. So sind wir den
711 Herausforderungen der Zukunft gewachsen und können ein Leben lang lernen.

712 **Kitas sind der erste Baustein im Bildungssystem**

713 Der positive Bildungseffekt des Krippenbesuchs ist belegt. Insbesondere
714 kann der Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten
715 Verhältnissen deutlich verbessern. Deshalb wollen wir die politische
716 Verantwortung für Krippen und Kindergärten in das Bildungsressort legen.
717 Für uns sind Kitas auch Kinderstuben der Demokratie, in denen Kinder bei
718 allen sie betreffenden Angelegenheiten mitentscheiden und -handeln.

719 Wir begrüßen den Rechtsanspruch für alle Kinder auf ganztägige Bildung und
720 Betreuung in einer Kindertagesstätte. Unsere Kinder brauchen mehr
721 Erzieherinnen und Erzieher, damit jedes Kind angemessen gefördert werden
722 kann. Jede Familie soll sich einen Kitaplatz leisten können. Die Gebühren
723 sind darum nach Einkommen zu staffeln und zu deckeln. Für einen guten Start
724 in die Schule müssen sprachliche und motorische Defizite möglichst früh
725 erkannt und behoben werden. Wir wollen eine verbindliche, qualifizierte
726 Sprachstands-Erhebung bei allen Vierjährigen einführen, damit gezielte
727 Unterstützungsangebote unterbreitet werden können. Die Öffnungszeiten der
728 Kitas müssen sich noch flexibler den individuellen familiären Situationen
729 anpassen. In den Familien vorhandene Potentiale sollen im Sinne von
730 Erziehungspartnerschaften unterstützt und genutzt werden.

731 Die Ausbildungsanforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher wachsen mit
732 Deren Aufgaben. Eine praxisorientierte dreijährige berufliche
733 Erstausbildung muss über die gesamte Ausbildungsdauer einen kontinuierlichen
734 Wechsel von Theorie und Praxis gewährleisten und diese Ausbildung angemessen
735 vergütet werden. Eine Offensive für den Ausbau von pädagogischen
736 Studiengängen und die Nachqualifizierung in der Frühpädagogik an den
737 Hochschulen ist dringend notwendig. Eine der gestiegenen Qualifikation
738 entsprechende Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Vergütung
739 der Vor- und Nachbereitungszeiten müssen selbstverständlich sein.

740 **Qualität in Krippe, Kindergarten und Schule sichern**

741 Durch das Konzept der Ganztagschulen erhält die pädagogische Arbeit an
742 den Schulen eine stärkere Bedeutung, gerade im Grundschulbereich muss das
743 entsprechende Angebot ausgebaut werden. Qualitätsstandards an den Schulen
744 und vorschulischen Bildungseinrichtungen sollen deshalb sowohl die
745 pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, als auch die materielle und
746 personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Der
747 Bildungserfolg misst sich am Kompetenzzuwachs der Schülerinnen und Schüler

748 in den unterschiedlichen Fächern. Multiprofessionelle Teams, ausreichend
749 gut ausgebildetes Personal, sehr gute Fortbildungsmöglichkeiten und
750 inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für Qualitätsstandards
751 in Bildungseinrichtungen. Qualifizierungen hierzu müssen durch das Land
752 zielgenau angeboten werden. Die Eltern können anhand der Konzepte
753 verschiedene Bildungsangebote vergleichen und informiert entscheiden.

754 **Kurze Beine, kurze Wege, lokale Lösungen**

755 Jede lokale Situation sieht anders aus, daher kann direkt vor Ort besser
756 geplant werden, ob eine Schule eröffnet oder geschlossen werden soll, ob
757 es Schulverbünde auch unterschiedlicher Schulformen geben soll und wie der
758 Unterricht organisiert wird. Längeres gemeinsames Lernen wird durch die
759 Gemeinschaftsschule ermöglicht. Verbünde von Grundschulen mit einer
760 Gemeinschaftsschule können darüber hinaus das längere gemeinsame Lernen
761 befördern, so dass alle Schulabschlüsse, vom Sekundarschulabschluss bis
762 zum Abitur, ermöglicht werden. Ganztägiger Unterricht fördert gezielt
763 besondere Fähigkeiten, einschließlich musischer und sportlicher, gleicht
764 Schwächen aus und schließt Wissenslücken. Bürgerinnen und Bürger,
765 Schulträger und Gemeinden vor Ort benötigen von der Landesregierung
766 erheblich mehr Gestaltungsspielräume. Mindestgrößen für Schulen und
767 Klassen sind der falsche Weg.

768 Wir wollen kommunale Bildungslandschaften, die alle Angebote und Ideen von
769 Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und
770 Verwaltung zusammenführt. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen
771 ausgearbeitet und umgesetzt werden. Sie geben mehr jungen Menschen Chancen,
772 beugen Abwanderung vor und verbessern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

773 Auch die Wege zu den weiterführenden Schulen sind zu lang. Ein dichtes und
774 bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen soll entstehen
775 und so zu kurzen Schulwegen führen. Gemeinschaftsschulen können sich zu
776 sozialen und kulturellen Zentren vor Ort entwickeln. Sie können aus bereits
777 existierenden Schulen heraus entstehen und unterschiedliche Profile und
778 Schwerpunkte setzen.

779 **Fördern statt Sitzenbleiben**

780 Wir gestalten in den Grundschulen eine flexible, kindgerechte,
781 jahrgangsgemischte Schuleingangsphase, die je nach Entwicklungsstand und
782 Lerngeschwindigkeit eines Kindes ein bis drei Jahre dauern kann. Durch
783 lückenschließenden Unterricht an der Ganztagschule wird das Sitzenbleiben
784 abgelöst. Studien zeigen: Rückstellungen beim Schuleintritt und Sitzenbleiben
785 fördern die Lernentwicklung nicht, sondern legen den Kindern weitere Steine in
786 den Weg. Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell eingeht und das
787 Lernen voneinander ermöglicht, fördert die Leistungsstarken ebenso wie die
788 Leistungsschwachen.

789 **Länger gemeinsam lernen**

790 Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und allen Kindern eine Bildungschance
791 zu geben, wollen wir das viel zu frühe Sortieren der Kinder beenden. Zumal
792 die Sortierung nach der vierten Klasse stark durch den sozialen Hintergrund
793 bestimmt ist. Dazu schaffen wir das Angebot einer zehn- bis dreizehnjährigen
794 gemeinsamen Lernzeit in der Gemeinschaftsschule. Als Weg dorthin begreifen
795 wir auch Schulverbünde von Grundschulen mit Gemeinschaftsschulen. Wir fordern
796 eine Bildungspolitik, die die Gemeinschaftsschule dauerhaft als zweite Säule

797 neben dem Gymnasium etabliert.

798 Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen.
799 Deshalb sind Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schülerbeförderung für
800 Vollzeitschülerinnen und -schüler aller Schulen im Land bis zum Ende der
801 Schulzeit kostenfrei zu gewähren. Bildungsgerechtigkeit muss auch beim Erwerb
802 von Medienkompetenz hergestellt werden, da diese immer noch zu stark von der
803 sozialen Herkunft abhängt und zudem geschlechtsspezifische Unterschiede
804 verfestigt. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir ein gesundes
805 regionales Essen in allen Kindertagesstätten, Horten und Schulen anbieten,
806 für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos.

807 Gemeinschaftssinn, Gerechtigkeit und Toleranz sind Beispiele für Werte, die
808 im Schulalltag gelebt und altersgerecht reflektiert werden müssen. Zum
809 gemeinsamen Lernen gehört für uns auch, dass nicht wie bisher konfessionell
810 gebundene und nichtreligiöse Kinder getrennt, sondern gemeinsam über Wert und
811 Normen, Religionen und ihre Ausprägungen und über die vielfältigen
812 Möglichkeiten der Lebensgestaltung in einer pluralistischen Gesellschaft
813 sprechen und diskutieren. Wir möchten einen für alle verpflichtenden
814 Werteunterricht einführen. Dies sehen wir, gerade in einer zunehmend
815 multikulturellen Gesellschaft als nötig an. Es wird immer schwieriger
816 werden, allen Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht
817 anzubieten, ohne dabei andere zu benachteiligen. Es muss möglich sein,
818 dass sich die Schülerinnen und Schüler gemeinsam über ihre Werte und
819 gesellschaftliche Gegebenheiten austauschen, eigene Vorstellungen
820 entwickeln sowie über strittige Fragen offen mit Schülerinnen und
821 Schülern anderer Religionen diskutieren.
822 Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss. Zu guten Bedingungen für
823 lebenslanges Lernen gehören die Programme von Volkshochschulen und
824 Seniorenakademien ebenso wie bezahlbare Kursangebote auch im
825 ländlichen Raum.

826 **Schulautonomie fördern**

827 Gute Schulen benötigen mehr eigene Gestaltungsspielräume. Jede Schule sollte
828 unabhängig von ihrer Trägerschaft pro Schuljahr je Schülerin und Schüler
829 einen festen Finanzbeitrag erhalten, mit dem die Schule selbstständig
830 arbeiten kann, sofern sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen
831 unentgeltlichen Zugang zu gewähren. Die Schulen bestimmen dann selbst über
832 Personen und pädagogische Konzepte und darüber, wie viel Geld in Lehrmittel
833 oder in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss das pädagogische Personal
834 von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

835 Freie Schulen müssen allen Kindern unentgeltlich offen stehen. Wir wollen
836 unter dieser Bedingung die freien Schulen weitgehend den staatlichen
837 Schulen finanziell gleichstellen.

838 Die Verantwortung der Schulleiterinnen und -leiter wächst. Sie müssen
839 daher durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang unterstützt werden.

840 **Inklusion ermöglichen**

841 Wir erwarten die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft
842 getretene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie
843 führt zu einer schrittweisen Auflösung von Förderschulen und Verlagerung
844 der Förderangebote an allgemeinbildenden Schulen. Inklusiver Unterricht

845 bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr
846 Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Förderschule vor und
847 verbessert ihre Lebensqualität. Bis zur dieser vollständigen Umgestaltung
848 können wir die Förderschulen nicht alleine lassen und werden sicherstellen,
849 dass die Lern- und Aufenthaltsbedingungen auch an auslaufenden
850 Förderschulen angemessen sind und jedes Kind optimale Förderung erfährt.

851 Bei der Einführung inklusiver Schulkonzepte dürfen wir die Schulen nicht
852 allein lassen, was derzeit leider häufig geschieht. Inklusiver
853 Unterricht erfordert gute Vorbereitung. Die Betreuung an den
854 allgemeinbildenden Schulen muss mit mehr gut qualifiziertem Personal
855 erfolgen. Die für die Förderschulen bisher aufgewendeten Finanzmittel
856 und Personalstellen werden dafür umverteilt. Die baulichen, sächlichen
857 und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für den inklusiven
858 Schulbesuch sind an vielen Orten noch zu schaffen. Es ist zu prüfen, in
859 welchen Fällen spezialisierte Förderklassen für besonders schwere
860 Behinderungen sinnvoll sind.

861 **Demokratie lernen**

862 Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.
863 Hier entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen
864 Umgang miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit
865 Schülerinnen und Schüler ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln,
866 müssen vier Voraussetzungen gegeben sein: Anerkennung der individuellen
867 Persönlichkeit, Beteiligung an Organisation von Schulveranstaltungen und
868 Gestaltung von Unterricht, gelebte Demokratie im Schulalltag und
869 vielfältiger Sozialkundeunterricht.

870 Das Demokratieverständnis und den Gemeinsinn an Schulen wollen wir
871 stärken, indem wir mehr einfache und niedrigschwellige
872 Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Dazu gehört eine gleichberechtigte
873 Teilnahme von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern
874 sowie eine Mitwirkung der sonstigen Angestellten (Drittelparität-Plus) in
875 der Schulkonferenz. An allen Schulen müssen demokratiepädagogische Konzepte,
876 Anti-Mobbing-Projekte und Programme zur Gewaltprävention ermöglicht werden,
877 damit Kinder und Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen
878 erwerben. Jungen Menschen muss freiwilliges gesellschaftliches Engagement
879 außerhalb der Schule ermöglicht werden. Wir prüfen entsprechende
880 Freistellungsmöglichkeiten.

881 **In Umweltfragen (weiter)bilden**

882 Unsere Umwelt bestimmt unsere Zukunft. Für wissenschaftliche und politische
883 Fragen des Klima- und Umweltschutzes, des Naturschutzes, der Kulturlandschaften
884 sowie des Verbraucherschutzes müssen Kinder und Jugendliche altersgerecht
885 sensibilisiert werden. Umweltthemen sind durch lernfeldorientierten Unterricht
886 zwischen verschiedenen Fächern, wie z. B. Biologie, Chemie, Sozialkunde oder
887 Ethik, besser zu berücksichtigen. Auch die Ökoschulen, Umweltbildungszentren und
888 Ökologiestationen des Landes Sachsen-Anhalt leisten einen wichtigen Beitrag zur
889 Umweltbildung. Die Umweltbildungszentren und Volkshochschulen im Land sollen zur
890 Umweltbildung auch Erwachsener stärker gefördert werden.

891 **Homophobie und Geschlechterstereotypen von Anfang an entgegenreten**

892 Schon der Unterricht in der Schule muss unterschiedliche sexuelle
893 Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln. Leitbild und

894 Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung ist die vorurteilsfreie
895 und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität. Den Jugendlichen
896 muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder
897 verbale Gewalt zu befürchten. Fortbildungen sollen die Lehrerinnen und Lehrer
898 befähigen, unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche
899 Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln sowie
900 Geschlechterstereotypen zu erkennen und diesen entgegen zu wirken. Lehrmittel
901 müssen dem entsprechen.

902 **Berufliche Ausbildung für alle**

903 Eine gute Zukunftschance für alle Jugendliche ist ein Gebot der
904 Gerechtigkeit und unserer Solidarität. Es darf niemand abgehängt oder
905 aufgegeben werden. Wenn Unterstützung hilft, dann wollen wir sie ermöglichen.
906 Wir setzen uns deshalb für ein Landesprogramm „Ausbildungsplatzgarantie“ ein:
907 Ausbildung ist das Recht eines und einer Jeden, unabhängig von demographischen
908 und volkswirtschaftlichen Begründungszusammenhängen.

909 Kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen benötigen Unterstützung bei
910 der Ausbildung. Gemeinsame Kooperation in Verbundausbildungen, bei der die
911 Ausbildungsinhalte zusammen mit den Kammern zu Modulen organisiert werden,
912 ist ein vielversprechender Ansatz. Allen jungen Menschen wollen wir zu
913 einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung verhelfen und zwar durch
914 individuelle sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und Ausbildungscoaches.

915 Eine verbesserte verbindliche Berufsorientierung ist beispielsweise durch
916 Praktika und Berufsorientierungstage in allen Schulformen anzubieten: Ab
917 der fünften Klassenstufe, in Gymnasien gleichberechtigt neben der
918 Studienorientierung.

919 **Lehramtsstudiengänge modernisieren**

920 Der Beruf der Lehrerinnen und Lehrer wird anspruchsvoller und
921 vielfältiger. Umgang mit zunehmend heterogeneren Lerngruppen und Inklusion
922 stellen eine Herausforderung an die Ausstattung der Schulen, aber auch an
923 die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer dar. Notwendig ist, die
924 pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile in der Ausbildung
925 zu verstärken. Sie sollen gleichgewichtig neben der fachlichen Ausbildung
926 stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss stärkeres Gewicht
927 bekommen. Inklusion, interkulturelle Kompetenz und Deutsch als
928 Zweitsprache skizzieren die Eckpunkte einer zukunftsfesten Ausbildung. Die
929 Lehramtsstudiengänge orientieren sich zukünftig am Alter der Schülerinnen
930 und Schüler - somit an den entwicklungspsychologischen und didaktischen
931 Unterschieden und nicht mehr an den Schulformen: Das Studium des Lehramts
932 an Grundschulen sowie das Studium des Lehramts an der Sekundarstufe I und
933 II. Die Lehramtsstudiengänge beginnen mit einer gemeinsamen
934 Studieneingangsphase. Für alle Beschäftigten muss es zertifizierte
935 Fortbildungen geben, die es ihnen erlauben, sich den wandelnden
936 Anforderungen kompetent zu stellen.

937 Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit
938 männlichen Vorbildern zu ermöglichen, unterstützen wir alle Maßnahmen mit
939 dem Ziel, den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrerberuf deutlich
940 anzuheben.

941 Sehr viele ältere Lehrerinnen und Lehrer gehen in den kommenden Jahren in

942 Den Ruhestand. Die schwarz-rote Landesregierung hat nicht vorgesorgt.
943 Deshalb nimmt der Unterrichtsausfall an allen Schulformen dramatisch zu.
944 Studien- und Referendariatsplätze müssen weiter ausgebaut werden. Es müssen
945 mehr Pädagoginnen und Pädagogen mit einem Förderschwerpunkt als zweitem Fach
946 ausgebildet und die Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogischen Fachkräfte
947 der Schulen entsprechend fort- und weitergebildet werden.

948 **In Lehre und Forschung investieren**

949 Leistungsfähige sowie international ausgerichtete Hochschulen sind zentrale
950 Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt, in die wir investieren
951 wollen. Die Hochschulen sind in Sachsen-Anhalt erheblich unterfinanziert und
952 die schwarz-rote Landesregierung setzt auf weitere Kürzungen in den
953 Hochschulbudgets. Um die Freiheit von Lehre und Forschung zu gewährleisten,
954 ist eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen zu sichern. Insgesamt
955 ist eine solide Grundausstattung der Hochschulen abzusichern, um auch
956 Forschungsgelder von außen einzuwerben.

957 Mit Gleichstellungspolitik muss endlich Ernst gemacht werden an unseren
958 Hochschulen; Stellenbesetzungen erfolgen nur noch gemäß dem Kaskadenmodell.
959 Danach soll der Frauenanteil jeder wissenschaftlichen Karrierestufe
960 mindestens so hoch sein, wie derjenige der direkt darunter liegenden
961 Qualifizierungsstufe, bis die Professuren geschlechtergerecht verteilt sind.

962 Jegliche Studiengebühren lehnen wir auch künftig ab, weil sie potenzielle
963 Studierende abschrecken. Auch die vorhandenen Langzeitstudiengebühren
964 fördern keine Studienabschlüsse. Stattdessen müssen die Möglichkeiten zum
965 Teilzeitstudium, z. B. für Studierende mit Kindern oder mit teilweiser
966 Berufstätigkeit, weiter ausgebaut werden. Unsere Hochschulen müssen
967 durch geeignete Begleitungsangebote allen Menschen den Weg zu einem
968 erfolgreichen Hochschulstudium eröffnen. Dies gilt auch für Menschen
969 ohne Abitur, für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen mit
970 unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und aus unterschiedlichen
971 Herkunftsländern gleichermaßen. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse
972 an unseren Hochschulen müssen beendet werden. Der wissenschaftliche
973 Nachwuchs braucht international konkurrenzfähige Karrierepfade durch
974 Einrichtung von Tenure-Track-Positionen.

975 **Die Humboldtsche Universität im 21. Jahrhundert etablieren**

976 Bildung ist ein individueller Entwicklungsprozess, dem Gestaltungsspielräume
977 eröffnet werden müssen. Die Ergebnisse des Bolognaprozesses sind Verschulung
978 der Lehre sowie Bürokratisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen.
979 Hochschulbildung muss neu gedacht werden und zwar unter gleichberechtigter
980 Beteiligung der Betroffenen: Studentinnen und Studenten, Forschenden und
981 Lehrenden. Das Mandat der beteiligten Gruppen (Studierende, Professorinnen
982 und Professoren, wissenschaftlicher Mittelbau) ist gegenüber der
983 Hochschulleitung und dem Land zu stärken.

984 Das Bachelorstudium ist heute allzu häufig mit Befürchtungen verbunden,
985 Keinen Masterstudienplatz zu bekommen. Die Hochschulen müssen in
986 ausreichender Zahl Masterstudienplätze zur Verfügung stellen.

987 Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium und lehnen die derzeitig gängige
988 Praxis der Massenabfertigung ab, sowie die Verschulung in den Bachelor-
989 und Masterstudiengängen. Zu einem umfassenden Bildungsverständnis gehört

990 auch das gesellschaftliche Engagement.

991 Die Gewissensfreiheit der Studierenden muss gewahrt bleiben. Wer es nicht mit
992 seinem Gewissen vereinbaren kann, Tiere zu sezieren, der sollte dazu nicht
993 gezwungen werden. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abschaffung der
994 Pflicht zum Sezieren von Tieren in der Ausbildung dort wo es nicht notwendig
995 ist.

996 **Für Nachhaltigkeit forschen**

997 Wissenschaft und Forschung zu Nachhaltigkeit wollen wir in Sachsen-Anhalt als
998 eine zentrale Leitidee zukünftiger Hochschulentwicklung fest verankern. Hierzu
999 benötigen wir konkurrenzfähige Förderprogramme und thematische Schwerpunkte
1000 unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen, ökologischen Lebensweise. Sachsen-
1001 Anhalt soll seine Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien behalten.
1002 Hierbei messen wir der Forschung zu Speichertechniken und intelligenten
1003 Stromnetzen eine besondere Bedeutung zu. Das wird sich langfristig für unser
1004 Land rechnen. Gute Wissenschaft benötigt die Unabhängigkeit der Forschung an
1005 den Hochschulen, deshalb müssen Kooperationen mit Unternehmen transparent
1006 gestaltet werden.

1007 Dem Tierschutz in der Forschung messen wir große Bedeutung zu. Das Öffentliche
1008 Erkenntnisinteresse muss erheblich sein, um den Einsatz von Labortieren in
1009 Ausnahmefällen zu rechtfertigen. Diese Versuchstiere müssen nachweisbar
1010 artgerecht gehalten werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren muss
1011 stärker gefördert sowie die Ersatzmethoden schneller anerkannt werden.

1012 Forschung zu neuen Atomreaktoren und gentechnisch manipulierten Lebensmitteln
1013 lehnen wir grundsätzlich ab. Wir halten Freilandversuche mit gentechnisch
1014 veränderten Organismen überall, besonders aber nahe Gatersleben, dem Ort
1015 einer weltweit bedeutenden Genbank, für unverantwortlich.

1016 **Informationen allen zugänglich machen**

1017 Wir wollen die öffentlichen Bibliotheken erhalten und ihre Angebote ausweiten
1018 und elektronisch zugänglich machen. Wir sehen dies als kommunale
1019 Pflichtaufgabe. Der Zugang zu Wissens- und Informationsbeständen ist ein
1020 elementares Grundrecht. Bibliotheken und Schulen wollen wir vernetzen und
1021 gerade im ländlichen Raum zu Kultur- und Bildungszentren vor Ort entwickeln.
1022 Alle Menschen müssen ungehinderten Zugang zu Informationen im Internet haben,
1023 insbesondere zur ständigen Fortbildung. Bibliotheken verstehen wir daher als
1024 Bildungseinrichtungen und Medienvermittler.

1025 Zum freien Zugang zu Informationen gehören auch verlässliche
1026 Informationsträger. Deswegen wollen wir in unserem Bundesland Werbung,
1027 Sponsoring und andere Versuche der Einflussnahme, wie kostenlose
1028 „Unterrichtsmaterialien“ mit einseitiger Ausrichtung an bestimmten
1029 Interessen, an Kindertagesstätten und Schulen verbieten.

1030 Mit staatlichen Geldern erforshtes Wissen gehört der Allgemeinheit und muss
1031 frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher nachdrücklich „Open Access“-
1032 Initiativen und Netzneutralität.

1033 **Das Bund-Länder-Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen**

1034 Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so
1035 geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik nur schwer engagieren
1036 kann und Länder bei Bildungsinvestitionen kaum durch den Bund unterstützt
1037 werden können. Der Bund muss angesichts knapper Kassen in den Ländern und
1038 Kommunen mehr Verantwortung für die Bildungsfinanzierung übernehmen. Über
1039 den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, diesen Passus wieder ganz zu
1040 streichen. Die Streichung nur für die Hochschulen reicht uns nicht.

1041 Insbesondere die kleinen Fächer, die „Orchideenfächer“, sind besonders
1042 förderungsbedürftig durch den Bund, weil sie den überregionalen Bedarf
1043 abdecken.

1044 **Wer GRÜN wählt, ...**

1045 ... ermöglicht eine Schulstruktur mit leistungsfähigen und inklusiven
1046 Schulen vor Ort;
1047 ... investiert in mehr qualifiziertes Personal für eine bessere Bildung in
1048 jedem Alter;
1049 ... stimmt für zukunftsfähige Hochschulen und bessere Perspektive für
1050 den wissenschaftlichen Nachwuchs;
1051 ... spricht sich für ein Landesprogramm „Ausbildungsplatzgarantie“ aus.

Kapitel 4: Willkommen in Sachsen-Anhalt

1052 4. Ankommen in Sachsen-Anhalt

1053 Wir stellen uns der Verantwortung für die Geflüchteten in unserem Land und
1054 kämpfen für einen Paradigmenwechsel in der Zuwanderungspolitik. Wir setzen auf
1055 ein Sachsen-Anhalt, in dem Weltoffenheit und Vielfalt als gelebte Werte unserer
1056 Demokratie für alle Menschen erfahrbar sind, unabhängig von ihren Fluchtgründen.
1057 Wir setzen nicht auf Abschottung, sondern wir wollen Geflüchtete willkommen
1058 heißen und ankommen lassen. Wir wollen Migration als Chance erfahrbar machen für
1059 uns und die Menschen, die zu uns kommen.

1060 Was heute in vielen Bereichen der Kultur, der Wirtschaft und Wissenschaft längst
1061 selbstverständlich ist, wird auch die anderen Bereiche unseres
1062 gesellschaftlichen Miteinanders in Sachsen-Anhalt bereichern. Interkultureller
1063 Geist tut Sachsen-Anhalt gut. Dabei braucht unser Bundesland mehr Zuwanderung,
1064 um die Zukunft erfolgreich zu meistern.

1065 Zugleich müssen wir mit gestärkten Bürgerrechten und einer vitalen
1066 Zivilgesellschaft entschlossener gegen Fremdenhass und Rassismus in unserem
1067 Bundesland vorgehen.

1068 Integration vom ersten Tag an - für Alle

1069 Wir unterteilen nicht in gute und schlechte Zuwanderer. Alle Menschen, die hier
1070 leben sind gleich wertvoll und genießen die gleiche Wertschätzung. Jede und
1071 jeder, die und der bei uns leben und arbeiten möchte, muss vom ersten Tag an die
1072 Möglichkeit dazu bekommen, unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status. Dies
1073 gilt insbesondere für die mehreren tausend in Sachsen-Anhalt lebenden
1074 Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie „Geduldete“, von denen Integration zwar
1075 häufig gefordert, denen sie tatsächlich aber schwer gemacht wird. Den Zugang zu

1076 Deutschkursen als wichtigste Integrationsvoraussetzung werden wir für alle vom
1077 ersten Tag an ermöglichen.

1078 Die Integration vom ersten Tag für die Kinder Geflüchteter liegt uns besonders
1079 Am Herzen. Für sie müssen ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung gestellt werden.
1080 Alle schulpflichtigen Kinder müssen normale Schulen besuchen können und dort
1081 ausreichend Deutsch als Fremdsprache unterrichtet bekommen. Für interkulturell
1082 geschultes Personal ist zu sorgen.

1083 **Zuwanderung fördern, Hürden senken**

1084 Wir wollen Sachsen-Anhalt für Zuwanderung aus dem In- und Ausland attraktiv
1085 machen. Innerdeutsche Zuwanderinnen und Zuwanderer sollen sich ebenso wie jene
1086 aus EU- und Drittstaaten eingeladen fühlen, sich hier erfolgreich zu
1087 verwirklichen. Sachsen-Anhalt muss mehr dafür tun, dass junge Zuwanderinnen und
1088 Zuwanderer hier leben, Familien gründen, eine Ausbildung absolvieren und
1089 arbeiten.

1090 Die Hürden bei Zuwanderung sollen abgebaut werden. Die Einkommensgrenzen für
1091 Fachkräfte aus dem Ausland müssen gesenkt werden, gerade auch für Angehörige
1092 von Drittstaaten, die etwa die „Blaue Karte EU“ in Anspruch nehmen möchten.
1093 Internationalen Studierenden muss der Verbleib in Sachsen-Anhalt nach
1094 Studienabschluss wesentlich erleichtert werden.

1095 Bildungsabschlüsse aus anderen Ländern wollen wir leichter anerkennen und
1096 Angebote unterbreiten, um sie mit Hilfe von Fortbildungen deutschen
1097 Abschlüssen vergleichbar zu machen. Schließlich müssen Menschen, die hier
1098 arbeiten, wesentlich früher als bisher die Möglichkeit zur Einbürgerung
1099 bekommen, ohne dabei auf den Pass ihres Herkunftslandes verzichten zu müssen.
1100 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Doppelte Staatsbürgerschaft keine
1101 Verhandlungsmasse, sondern Herzensangelegenheit.

1102 **Ausländerbehörden zu Willkommenszentren gestalten**

1103 Behördengänge sind für Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt oft eine
1104 besondere Belastung, weil sie wie „Menschen zweiter Klasse“ behandelt werden
1105 und kaum Wertschätzung erfahren. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür
1106 ein, dass ein Maßnahmenplan für das ganze Land entwickelt wird, damit die
1107 Ausländerbehörden im Land zu echten Willkommenszentren werden. Dazu gehört für
1108 uns insbesondere sprachlich und interkulturell qualifiziertes Personal. Eine
1109 Trennung der aufenthaltsrechtlichen Bearbeitung von allen anderen
1110 Fragestellungen ist dabei unerlässlich, um einen fairen Umgang zu sichern.

1111 **Flucht entkriminalisieren - Geflüchtete aufnehmen**

1112 Derzeit sind weltweit mehr Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Terror,
1113 Hunger und Not, als je zuvor nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Es
1114 ist ein Menschenrecht, Schutz und Zuflucht gewährt zu bekommen. Für uns
1115 ist es ein Gebot der Humanität und Solidarität, dieses Menschenrecht zu
1116 gewähren. Darüber hinaus haben Deutschland und Sachsen-Anhalt die
1117 völkerrechtliche Verpflichtung, Geflüchtete aufzunehmen. BÜNDNIS 90/DIE
1118 GRÜNEN zeigen sich solidarisch mit allen Geflüchteten und setzen sich
1119 Für deren umfassende Integration in Sachsen-Anhalt ein.

1120 Wir widersetzen uns entschieden den Strömungen in Politik und Gesellschaft, die
1121 mit rassistischen, antireligiösen und diskriminierenden Vorurteilen Hass gegen

1122 Geflüchtete schüren und damit das Klima in der Gesellschaft vergiften. Neben
1123 den Fluchtursachen in den Herkunftsländern und den verbrecherischen Praktiken
1124 der Schlepper ist die Abschottung der EU-Außengrenzen mitverantwortlich für den
1125 qualvollen Tod zehntausender Menschen auf dem Mittelmeer. Dieser humanitären
1126 Katastrophe kann nur durch die Einrichtung legaler Fluchtwege nach Europa,
1127 Deutschland und Sachsen-Anhalt Einhalt geboten werden, beispielsweise in Form
1128 humanitärer Visa.

1129 **Dezentrale Unterbringung in Wohnungen**

1130 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Asylsuchenden und Geduldeten dezentral in
1131 Wohnungen untergebracht werden. Damit beenden wir ihre soziale Isolation und
1132 ermöglichen ein gutes Zusammenleben. Wohnungen sind ausreichend vorhanden. Wir
1133 wollen durch eine Änderung des Aufnahmegesetzes Sachsen-Anhalts erreichen, dass
1134 das Land die Unterbringung auf die Städte und Gemeinden überträgt, statt auf
1135 die Landkreise und kreisfreien Städte. Auf dieser Ebene sind die Kenntnisse
1136 über vorhandenen Wohnraum am besten vertreten. Außerdem müssen die Kommunen
1137 ausreichend finanziell dafür ausgestattet sein.
1138 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass bis zu einer vollständigen
1139 dezentralen Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen Qualitätskriterien
1140 verbindlich festgeschrieben werden. Dies betrifft insbesondere die Betreuung
1141 durch mehr qualifizierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Weitere
1142 Kriterien sind die Lage der Einrichtung und der Zugang zu öffentlichen
1143 Verkehrsmitteln, zu Kultureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten. Dazu werden
1144 wir ein unabhängiges Beschwerdemanagement einrichten.

1145 **Faire Asylverfahren für alle**

1146 Alle Geflüchteten müssen das Recht bekommen, frei zu wählen, in welchem
1147 europäischen Land sie ihren Asylantrag stellen möchten. Dort muss sie ein
1148 faires und nach qualitativen Maßstäben ausgerichtetes Verfahren erwarten.
1149 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden pauschale Forderungen nach schnelleren
1150 Asylverfahren nicht mittragen, wenn dies auf Kosten von deren Qualität und
1151 Fairness geht. Ankommende Geflüchtete gelangen in Sachsen-Anhalt zunächst in
1152 die „Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber“ (ZASt) in Halberstadt. Die
1153 dortigen Unterbringungsbedingungen sind insbesondere für Kinder und Familien
1154 weiterhin unzumutbar. Die Unterbringung der Geflüchteten in Containern lehnen
1155 wir ab. Wir setzen uns für umfassende Maßnahmen ein, das Umfeld der ZASt mit
1156 ausreichenden Spiel- und Freizeitmöglichkeiten auszustatten und insbesondere
1157 die Kinderbetreuung und soziale Beratung auszubauen. Da die Kapazitäten einer
1158 Einrichtung erschöpft sind, fordern wir eine Zweite an einem geeigneten Ort in
1159 Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt nimmt derzeit 2,9 Prozent der Asylsuchenden auf,
1160 die nach Deutschland kommen. Es ist in unserem Interesse, diese Quote zu
1161 erhöhen.

1162 **Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten öffnen**

1163 Demokratische Gesellschaft ist kein Privileg, das an den deutschen Pass
1164 gebunden ist, sondern Menschenrecht. Wir wollen Mitbestimmung für alle möglich
1165 machen, die ihren Lebensmittelpunkt in Sachsen-Anhalt haben. Deshalb sollen
1166 künftig Migrantinnen und Migranten, die in Sachsen-Anhalt leben, lernen,
1167 arbeiten oder Steuern zahlen, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

1168 **Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende**

1169 Gesundheitsversorgung ist Menschenrecht. Wir setzen uns für die Einführung
1170 einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein, um den gleichberechtigten
1171 Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten. Nur so können Krankheiten
1172 rechtzeitig erkannt und behandelt werden.

1173 Geflüchtete benötigen darüber hinaus individuelle therapeutische
1174 Unterstützung. Außerdem kann nur geschultes Fachpersonal den besonderen
1175 Bedarfen der Geflüchtete gerecht werden.

1176 **Ein Ministerium für alle Aufgaben**

1177 Willkommen heißen und ankommen lassen - das zeigt sich auch in klaren
1178 Strukturen, die jede und jeder nachvollziehen und verstehen kann. Deshalb
1179 wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landesregierung die Kompetenzen für
1180 Zuwanderung und Integration gebündelt in einem Ministerium zusammenfassen und
1181 im Namen des Ministeriums verankern. Dadurch wird die Verantwortung für
1182 Integration als Querschnittsaufgabe zusammengefasst sowie nach außen und innen
1183 sichtbar.

1184 **Wer GRÜN wählt, ...**

1185 ... stimmt für eine leichtere und schnellere Anerkennung ausländischer Studien
1186 und Berufsabschlüsse;
1187 ... ermöglicht Mitbestimmung durch ein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten;
1188 ... spricht sich für flächendeckenden und frühzeitig beginnenden
1189 Deutschunterricht aus;
1190 ... stimmt für die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete;
1191 ... hilft dabei, alle Geflüchtete dezentral in Wohnungen unterzubringen.

Kapitel 5: Für ein junges Sachsen-Anhalt

1192 5. Für ein junges Sachsen-Anhalt

1193 Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und
1194 Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft
1195 und Politik sich meist von jenen der Erwachsenen unterscheidet. Politische
1196 Entscheidungen sollen daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf
1197 Kinder und Jugendliche in unserem Land haben. Um dies zu erreichen, sind
1198 Kinder und Jugendliche so oft wie möglich und altersgerecht in
1199 Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Denn sie sind bereits jetzt und hier als
1200 Kinder und Jugendliche Bürgerinnen und Bürger und Teil unsers politischen
1201 Gemeinwesens. Zudem brauchen unsere Kinder ein stabiles familiäres Umfeld und
1202 gute Bildung. Familie ist da, wo Kinder sind. Die ganze Gesellschaft muss
1203 sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst sein.

1204 **Kinderrechte stärken**

1205 Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung
1206 sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention
1207 festgehalten und von Deutschland unterschrieben worden. BÜNDNIS 90/DIE
1208 GRÜNEN stehen für die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser Rechte.
1209 Wir wollen sie in der Landesverfassung verankern. Kinder und Jugendliche
1210 ernst zu nehmen bedeutet, sie frühzeitig und altersangemessen an der
1211 Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Wir wollen
1212 deshalb die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche auf Kommunal-
1213 und Landesebene ausbauen. Dazu gehört für uns auch die Absenkung des
1214 aktiven Wahlrechts auf 14 Jahre bei allen Wahlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1215 werden im Bundesrat eine Initiative einbringen, um Kinderrechte auch im
1216 Grundgesetz zu verankern. Ihr Recht auf Bildung und individuelle Förderung
1217 muss gestärkt werden.

1218 Kinderrechte müssen vor Ort erlebbar und realisiert werden, zum Beispiel
1219 durch umfassende Beteiligung bereits im Kindergarten, durch Drittelparität in
1220 der Schule und verbindliche Beteiligung bei kommunalen Planungsprozessen.
1221 Damit dieses Anrecht auf kommunale Beteiligung einklagbar wird, wollen wir
1222 Ein Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände gesetzlich
1223 ermöglichen. Zur Bündelung der Interessen von jungen Menschen sollen
1224 kommunale Kinder- und Jugendgremien gefördert werden. Kommunale
1225 Kinderbeauftragte sind als verlässliche lokale Ansprechpartnerinnen und
1226 Ansprechpartner zu schaffen. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sollen
1227 Beratungs- und Beschwerdestellen (Ombudschaftsstellen) gleiche Augenhöhe
1228 zwischen den jungen Klientinnen und Klienten, dem Jugendamt und den
1229 Einrichtungen schaffen.

1230 Um auch im Landesparlament den Rechten und Anliegen von Kindern und
1231 Jugendlichen mehr Gehör zu verschaffen, wollen wir eine
1232 fraktionsübergreifende Kommission für die Belange von Kindern und
1233 Jugendlichen (Kinderkommission) einsetzen.
1234 Auch Kinder in anderen Erdteilen verdienen Schutz und Rechte. Wir tragen
1235 Durch unsere Lebensweise für sie Verantwortung und werden deswegen Produkte,

1236 die durch Kinderarbeit entstanden sind, zurückdrängen und den Kampf gegen
1237 Kinderarbeit in die Bildungsarbeit einfließen lassen.

1238 **Eltern stärken - Familien unterstützen**

1239 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine
1240 Familiengründung zu entscheiden. Dafür sind gute Rahmenbedingungen zu
1241 schaffen: Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, die
1242 Modularisierung der Ausbildung, die individuelle und zeitnahe Betreuung in
1243 schwierigen Situationen. Wir stehen für ein sicher finanziertes und
1244 engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern
1245 und Kinder ein.

1246 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen familienentlastende Angebote wie
1247 Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen
1248 sowie Familienzentren erhalten und fördern. Angebote der Elternbildung,
1249 Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt
1250 werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig erreichbar sein.
1251 Dazu sind Kindertagesstätten hin zu Familienzentren zu entwickeln. Wir
1252 begrüßen die Förderung von Familienurlaube und möchten damit noch mehr
1253 Familien und vor allem auch Väter erreichen. Generationsübergreifende neue
1254 Wohnformen sollen gefördert werden.

1255 Unterschiedliche Formen von Familie müssen bei allen familienpolitischen
1256 Maßnahmen berücksichtigt werden. Wir wollen alle Lebensformen stärken, in
1257 denen Kinder gewünscht und willkommen sind. Dazu gehört, allen Eltern, ganz
1258 gleich ob verheiratet oder nicht verheiratet und Regenbogenfamilien, die
1259 gleichen Rechte und Pflichten zu gewähren. Auf Bundesebene setzen wir uns
1260 für ein uneingeschränktes Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein.

1261 Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben familienfreundlichen
1262 Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung. Besonders für kleine
1263 und mittelständische Unternehmen muss der Absicherungsfonds der
1264 Versorgungsämter entbürokratisiert und verbessert werden, um den
1265 Arbeitszeitausfall durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Erkrankung des
1266 Kindes abzufedern. Bei der öffentlichen Fördermittelvergabe in Sachsen-Anhalt
1267 soll der Familienfreundlichkeit besonders Rechnung getragen werden.

1268 **Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen**

1269 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr öffentliche Räume für Kinder und
1270 Jugendliche schaffen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder
1271 gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen
1272 gesteuert und vorgegeben wird, damit sie Erfahrungen sammeln und sich
1273 erproben können. Dafür wollen wir ihnen Expertinnen und Experten zur Seite
1274 stellen, die in der Lage sind, ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu
1275 erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt und Hilfestellung bieten, wenn sie
1276 diese benötigen und einfordern. Auch sollen beispielsweise Schulsportanlagen
1277 Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des Unterrichts offen stehen. Wir
1278 wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger
1279 zusammenführen sowie Stadtteile und Innenstädte beleben und begrünen. Davon
1280 profitieren alle, junge und alte Menschen. Zu diesem Zweck erwarten wir in
1281 den Kommunen eine bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, der Stadt- und
1282 der Jugendhilfeplanung. Jugendverbandsarbeit gibt jungen Menschen Raum sich
1283 auszuprobieren und zu beweisen. Wir setzen uns für eine Anschubfinanzierung
1284 zum Strukturaufbau in den Kreisen ein. Zu Freiraum gehört auch selbstständige

1285 Mobilität mit einem SchülerInnenticket, welches auch in der Freizeit gilt.

1286 **Kinder und Jugendliche geschlechtergerecht fördern**

1287 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen geschlechtergerechte Arbeit der Jugendhilfe
1288 fördern. Mädchen und junge Frauen wollen in vielen Lebensbereichen anders
1289 angesprochen, erreicht und motiviert werden als Jungen und junge Männer.
1290 Jede Form sexueller Identität verdient sensiblen Umgang. BÜNDNIS 90/DIE
1291 GRÜNEN wollen entsprechende Einsichten in die Arbeit der Jugendhilfe
1292 integrieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für diese Tätigkeit
1293 qualifiziert werden.

1294 Ein jährlich stattfindender, verbindlicher „Zukunftstag für Jungen und
1295 Mädchen“ bietet für geschlechtergerechte Orientierung gute Möglichkeiten.
1296 Die Schulen werden verpflichtet, Angebote für Jungen in frauentypischen
1297 Berufen und Angebote für Mädchen in männertypischen Berufen zu entwickeln
1298 und den Zukunftstag vor- und nachzubereiten. Die Unternehmen im Land werden
1299 aufgefordert, solche Angebote zu installieren. Dafür machen wir uns stark.

1300 **Kulturräume für Kinder und Jugendliche verstärken**

1301 Kinder und Jugendliche entfalten eigene Kreativität, die für ihre
1302 Persönlichkeitsbildung entscheidend ist. Neue Welten können sie an
1303 Musikschulen, in Jugendzentren, in freien Theater- oder Tanzprojekten usw.
1304 entdecken. Hier werden Teamgeist und Solidarität, Respekt für andere,
1305 Weltoffenheit und Toleranz praktisch erlebt und gelernt. Wir wollen nicht
1306 hinnehmen, dass solche Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht sind. Zugänge
1307 zu den Einrichtungen müssen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht
1308 werden. Ein „Freizeitgutschein“ für alle bedürftigen Kinder kann den
1309 regelmäßigen Besuch von Musik- und Malschulen oder kulturellen
1310 Veranstaltungen erleichtern.

1311 **Jugendstrafrecht - Prävention statt Strafe**

1312 Wir wollen gegen Jugendkriminalität mit der Bekämpfung ihrer Ursachen
1313 vorgehen. Dazu gehören für uns: Verbesserung der sozialen und kulturellen
1314 Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen, lebenswerte Wohnquartiere und
1315 der Kampf gegen das Abkoppeln von Personengruppen und ganzer Stadtteile von
1316 Präventionsmaßnahmen. Wir wollen darüber hinaus die Opferberatung und die
1317 Begleitung von jungen Verbrechensopfern ausbauen.

1318 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschieden gegen eine Verschärfung des
1319 Jugendstrafrechts. Finanzmittel sind in verbesserte Bildung und Ausbildung
1320 sowie in soziale Integration zu investieren. Im Umgang mit jugendlichen
1321 Straftäterinnen und Straftätern muss grundsätzlich Hilfe und Unterstützung
1322 Vorrang vor Bestrafung haben. Die Zusammenarbeit der Polizei untereinander
1323 sowie mit Einrichtungen der Jugendhilfe, den Schulen, Ausbildungsstätten
1324 sowie Vereinen und Verbänden muss erweitert und verbessert werden. Bestehende
1325 Projekte wie „Täter-Opfer-Ausgleich“, „Anti-Gewalt-Training“ und das Projekt
1326 „Schülergremien“, die zu einer Vielzahl von zielgenauen Maßnahmen im
1327 Jugendstrafrecht beitragen, sollen verstetigt und ausgebaut werden. In
1328 Jugendstrafverfahren dringen wir darauf, dass die Gerichte und Behörden bei
1329 aller Sorgfalt die Dauer von Prozessen minimieren. Wir wollen, dass alle
1330 Akteure schon vor dem Prozess strukturiert zusammenarbeiten, um zeitnah mit
1331 den Jugendlichen Lösungsansätze zu entwickeln.

1332 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 1333 ... gibt Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Stimme;
- 1334 ... hilft, den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu stärken;
- 1335 ... setzt sich für mehr Mitbestimmung und ein Wahlrecht ab 14 Jahren ein;
- 1336 ... unterstützt die Mobilität junger Menschen;
- 1337 ... verbessert die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.

Kapitel 6: Mit grünem Wirtschaften zu besserer Lebensqualität

1338 6. Mit grünem Wirtschaften zu besserer Lebensqualität

1339 Unsere Wirtschaft soll für die Menschen arbeiten und im Einklang mit der
1340 Natur stehen. Daher messen wir den Erfolg von Wirtschaftspolitik nicht nur am
1341 Bruttoinlandsprodukt, sondern daran, dass es Mensch und Natur in unserem Land
1342 gut geht. Zusätzlich liegt uns auch die „Eine Welt“ am Herzen. Wir wollen
1343 unsere Wirtschaftspolitik so gestalten, dass unser Handeln Mensch und Umwelt
1344 anderswo nicht schadet und Menschen in anderen Ländern und Kontinenten die
1345 Möglichkeit haben, eine gleichberechtigte Wirtschaft aufzubauen. Wir
1346 berücksichtigen die Begrenzung der natürlichen Ressourcen für eine gute
1347 Lebensqualität der jetzigen und künftigen Generationen. Für uns macht es
1348 einen großen Unterschied, ob unsere Wirtschaft auf Sonnen- und Windenergie
1349 basiert oder aus umweltschädlichen Brennstoffen kommt. Für Jahrzehnte geht
1350 kostbare Natur durch Kohleabbaugebiete verloren. Auch wollen wir eine
1351 erfolgreiche Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen und guten Löhnen. Für ein
1352 zukunftsfestes Sachsen-Anhalt wollen wir Wissenschaft und Forschung gezielter
1353 fördern und unterstützen. Besonders nachhaltige und ökologische
1354 Forschungsinvestitionen sichern uns ein konkurrenzfähiges Land für die
1355 Zukunft. So wollen wir unsere Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien
1356 behalten und langfristig verteidigen und so auch gute Arbeit schaffen und
1357 sichern.

1358 **Erneuerbare Energien als Entwicklungschance**

1359 Bei konsequenter und zügiger Ausgestaltung bedeuten die Erneuerbaren Energien
1360 die einmalige wirtschaftspolitische Chance für Sachsen-Anhalt: Wir können
1361 endlich von einem „Nehmerland“ zu einem Energieexportland mit
1362 kontinuierlichen Einnahmen werden. Wir wollen, dass die Produktion von
1363 Erneuerbaren-Energie-Anlagen weiter einen Platz in Sachsen-Anhalt hat. Auch
1364 die Forschung und Entwicklung von Erneuerbaren Energien wollen wir in diesem
1365 Land vorantreiben.

1366 Windkraft, Solarenergie und ökologisch angebaute Biomasse (keine Monokulturen)
1367 bieten uns eine Entwicklungschance für ein verlässlich wirtschaftliches
1368 Standbein dieser Region. Damit bestehen gute Chancen, Arbeitsplätze in der
1369 Region und der Landwirtschaft zu entwickeln und zu erhalten. Und wenn dann auch
1370 noch dezentrale Organisationsformen wie Stadtwerke oder
1371 Bürgerenergiegenossenschaften besonders gefördert werden, können die Gewinne
1372 dem regionalen Wirtschaftskreislauf zugeführt sowie der bisherige relevante
1373 Abfluss von Kapital für im Ausland eingekaufte Energieträger gestoppt werden.
1374 Kommunale Verwaltungen sollen auf die Nutzung regenerativer Energien festgelegt
1375 werden. Es müsste keine Energie mehr aus dem Ausland eingekauft werden. Dies
1376 kann ein entscheidender Impuls für die Zukunftsfähigkeit vieler Regionen und
1377 damit eine ernsthafte Alternative zu bisherigen Wirtschaftsförderungsansätzen
1378 sein.

1379 **Rahmenbedingungen für innovative und konkurrenzfähige Unternehmen schaffen**

1380 Sachsen-Anhalt hat für zukunftsfähige und innovative Unternehmen viel zu
1381 bieten. Unsere wirtschaftlichen Zugpferde im Land, wie die
1382 Ernährungswirtschaft, die Informationstechnologie, die Chemie-/

1383 Kunststoffindustrie, die Erneuerbaren Energien, die Biotechnologie und die
1384 Pharmabranche, wollen wir stärken und günstige Rahmenbedingungen schaffen. Dazu
1385 wollen wir einen Förderschwerpunkt auf den Bereich Forschung und Entwicklung
1386 legen. Wir wollen, dass gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, die für eine
1387 erhöhte Anziehungskraft des Landes sorgen. Die Förderkriterien müssen so weiter
1388 entwickelt werden, dass Mitnahmeeffekte vermieden und soziale und ökologische
1389 Effekte wirkungsvoller berücksichtigt werden. Für eine wirtschaftliche Zukunft
1390 Sachsen-Anhalts brauchen wir innovative Unternehmen, die es sich auch selbst
1391 leisten können, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Diese Ausgaben
1392 sollen auch steuerlich berücksichtigt werden können.

1393 Der demografische Wandel ist eine große wirtschaftliche Herausforderung für
1394 unser Land. Sachsen-Anhalt kann es sich nicht mehr leisten, junge Menschen im
1395 Bildungssystem zurückzulassen, wenn Unternehmen gut ausgebildete
1396 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort fehlen. Wir wollen eine
1397 Arbeitsmarktpolitik, die auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern auf dem
1398 Arbeitsmarkt bessere Chancen ermöglicht. Außerdem setzen wir uns dafür ein,
1399 dass Berufsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten schneller anerkannt
1400 werden. Wir fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten in
1401 den Unternehmen. Wir stärken die Hochschulen in Sachsen-Anhalt, um die
1402 Attraktivität für Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland zu
1403 erhalten.

1404 Unternehmen brauchen Internet. Doch Sachsen-Anhalt ist Schlusslicht im
1405 bundesweiten Vergleich im Ausbau der Breitbandversorgung. Das verhindert die
1406 Ansiedlung neuer Unternehmen und schwächt die Kreativwirtschaft und die
1407 meisten bestehenden Unternehmen. Hier wollen wir investieren und für
1408 flächendeckend schnelles Internet sorgen.

1409 Kommunen konkurrieren untereinander um die Ansiedlung von Unternehmen auf
1410 ihren wenig genutzten Gewerbegebieten, weil die Koalitionen der Vergangenheit
1411 Ummengen an Landesgeld in zu vielen dieser Betonbrachen versenkt haben. Wir
1412 wollen diese Situation ändern, indem wir die Kommunen darin unterstützen, bei
1413 der Ansiedlung von Unternehmen (noch) mehr zu kooperieren und somit lenken zu
1414 können. Dadurch entstehen Standortvorteile für einzelne Industrien (bspw.
1415 Lieferanten und Kunden an einem Ort), sodass auch die bestehenden
1416 Industriebrachen im ländlichen Raum Entwicklungschancen bekommen könnten.
1417 Größere Unternehmen sollten gezielt auf die schon bestehenden und noch
1418 ungenutzten Gewerbegebieten der Städte gelockt werden. So können wir unnötigen
1419 Verkehr vermeiden und Arbeitsplätze schaffen, die auch mit öffentlichen
1420 Verkehrsmitteln gut erreichbar sind.

1421 **Natur plus Kultur – Nachhaltige Tourismuskonzepte voranbringen**

1422 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Tourismus mit den Schwerpunkten Naturerfahrung,
1423 sportliche Betätigung, Kulturerlebnis und Reise in die Geschichte einen
1424 Wirtschaftszweig, der zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen muss. Schon heute
1425 sind bereits zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt
1426 direkt und indirekt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt.

1427 Sachsen-Anhalt ist in Deutschland für sein einzigartiges kulturelles Erbe mit
1428 vier UNESCO-Welterbestätten, einem Netz von historischen Gärten und Parks sowie
1429 der Straße der Romanik bekannt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und
1430 nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt erhalten. Dabei
1431 sehen wir als besondere Vermarktungsschwerpunkte im Tourismus den Rad- und

1432 Flusstourismus sowie die Weltkulturerbestätten. Während sich die öffentliche
1433 Aufmerksamkeit vorrangig auf den Elberadweg konzentriert, geraten die anderen
1434 Radwege in Vergessenheit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Erarbeitung
1435 eines Unterhaltungskonzeptes für landesbedeutsame Radwege unter Einbeziehung
1436 des Landes, der Kommunen und Landkreise voranbringen. Die kommunale
1437 Einbeziehung soll auch die örtlichen Initiativen umfassen. Ferner wollen wir
1438 den Aufbau eines Leitsystems für Radtourismus initiieren. Ein solches System
1439 soll Hinweise auf örtliche Tourismus-Angebote ermöglichen. Weil die
1440 Elektromobilität zukünftig auch den Rad- und Bootstourismus prägen wird, wollen
1441 wir uns dafür einsetzen, dass der Aufbau eines Netzes von Ladestationen mit
1442 Fördermitteln unterstützt wird.

1443 Im Wassertourismus bietet Sachsen-Anhalt heute schon viele Besonderheiten und
1444 kann mit einigen richtigen Investitionen noch viel für unsere Zukunft
1445 dazugewinnen. Viele unserer Gewässer wie Elbe, Saale und Unstrut sind im hohen
1446 Maße naturbelassen und liegen an einmaligen Kulturstätten. Dies bietet den
1447 Gästen Abwechslung und macht unser Land zum Ziel von Rad-, Kanu- und
1448 Kulturtouristinnen und -touristen. Um dieses Potenzial zu nutzen wollen wir in
1449 die entsprechende wassertouristische Infrastruktur investieren. Beispielsweise
1450 setzen wir uns für den Erhalt und touristischen Betrieb von Schleusen an der
1451 Saale und ein gut ausgestattetes Netz von Kanu-Rast-Stationen ein.

1452 Wir setzen uns auch für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide
1453 ein. Sie soll nicht länger Übungsgelände der Bundeswehr sein, sondern für
1454 naturverträglichen Tourismus erschlossen werden. Touristische Infrastruktur,
1455 insbesondere überregionale Radwege, müssen in Verantwortung des Landes
1456 aufgebaut und gepflegt werden. Tourismusregionen wie z. B. der Harz müssen
1457 stärker länderübergreifend kooperieren, wofür wir uns einsetzen wollen.

1458 **Wissenschaft und Wirtschaft - Innovative Unternehmen gezielter fördern**
1459 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Zukunftsbranchen, die unternehmensnahe
1460 Forschung und Entwicklung, regionale Kooperationen sowie die bedarfsgerechte
1461 Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten stärken. Die Förderung muss
1462 nachhaltig sein. Wir wollen Neuinvestitionen in kleine und mittlere
1463 Unternehmen (KMU), denn diese sind stark mit ihrer Region verbunden und
1464 sorgen für die meisten der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

1465 Die Chancen im Umfeld von Universitäten und Fachhochschulen sollen durch
1466 gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und
1467 wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Erfolgreiche
1468 Unternehmen brauchen gut ausgestattete und breit aufgestellte Hochschulen.
1469 Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen attraktiver für Nachwuchskräfte
1470 aus Wissenschaft und Wirtschaft machen. Wir wollen den Zugang zum
1471 Landesprogramm "Innovationsassistent" erleichtern und damit attraktiver für
1472 Nachwuchskräfte machen.

1473 **Handwerk stärken**

1474 Die Zukunft des Handwerks in Sachsen-Anhalt liegt in guten Arbeitsplätzen
1475 durch gute Aufträge. Ökologischer Umbau und Denkmalschutz brauchen den
1476 verantwortungsvollen Betrieb, der sich fachlich auf dem neuesten Stand hält:
1477 Häuser sanieren sich nicht von allein, Solarmodule kommen nicht von selbst
1478 auf die Dächer. Hier liegen neue Chancen. Bestehende Förderprogramme müssen
1479 in regelmäßigen Abständen mit wissenschaftlichen Methoden auf ihre
1480 Wirksamkeit hin überprüft werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen
1481 effizienten Einsatz der knappen öffentlichen Mittel ein.

1482 Den Meisterbrief wollen wir als eingeführtes Qualitätsmerkmal, das
1483 Verbraucherinnen und Verbrauchern als gute Orientierung dient, beibehalten.

1484 Mit Ausbildungsverbänden wollen wir die Attraktivität von Handwerksbetrieben
1485 steigern, damit sie ihre Ausbildungsplätze besetzen können. Daher wollen wir
1486 diese weiter entwickeln.

1487 **Unternehmensübergabe befördern - Arbeitsplätze sichern**

1488 In Sachsen-Anhalt werden Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger immer
1489 dringender gesucht. Knapp 40.000 Beschäftigte sind von dieser Unsicherheit
1490 betroffen, da dort derzeit noch nicht klar ist, wer innerhalb der nächsten
1491 drei Jahre das Ruder übernehmen wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen
1492 Generationenwechsel aktiv unterstützen. Gemeinsam mit den Kammern und den
1493 Unternehmens-Netzwerken müssen die Strategien für erfolgreiche
1494 Unternehmensübergaben weiterentwickelt werden. Wir wollen
1495 Fortbildungsprogramme, die eine betriebswirtschaftliche Qualifizierung von
1496 Beschäftigten für die Unternehmensführung ermöglichen. Außerdem wollen wir
1497 in einem Pilotprojekt prüfen, ob finanzielle Hilfen die Entscheidung von
1498 Beschäftigten, ein Unternehmen zu übernehmen, positiv beeinflussen können.

1499 **Die Chemie muss stimmen**

1500 Die Chemieindustrie ist in Sachsen-Anhalt ein weiterer erheblicher
1501 Wirtschaftsfaktor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine grünere Chemieindustrie
1502 in Sachsen-Anhalt und so auch ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit
1503 stärken. Chemie, mit grünen Inhalten kann zum Beispiel helfen, Solarstrom zu
1504 erzeugen, umweltfreundlichere Fahrzeuge zu bauen und die Materialeffizienz
1505 zu steigern. Wir setzen auf eine Chemiewende, analog zur Energiewende, zum
1506 Beispiel durch die Gewinnung von Kohlenstoffverbindungen aus nachwachsenden
1507 Rohstoffen und damit den mittelfristigen Ausstieg aus Kohle und Erdöl.

1508 **Regionale Wirtschaftsentwicklung stärken**

1509 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Stärkung von regionalen
1510 Wirtschaftsstrukturen als wichtiges Instrument. Denn es sind größtenteils
1511 die kleinen und mittelständischen Handwerks-, Produktions- und
1512 Dienstleistungsbetriebe, die Sachsen-Anhalts Wirtschaft vor Ort tragen. Sie
1513 sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.

1514 Jeder Region muss die Möglichkeit gegeben werden, eigene Potentiale zu
1515 entwickeln. Die Gewinne wirtschaftlicher Aktivitäten in einzelnen Regionen
1516 sollten auch den Menschen vor Ort zugutekommen. Die räumliche und
1517 branchenübergreifende Zusammenarbeit soll im Fokus des wirtschaftlichen
1518 Handels stehen. So entstehen zukunftsfeste Strukturen, die umweltschonend
1519 und verkehrsentlastend wirken, wie z. B. die Chemieregionen Bitterfeld und
1520 Leuna.

1521 Kommunale Unternehmen gehören auch in Sachsen-Anhalt oft zu den größten
1522 Arbeitgebern vor Ort. Sie sind in einer verzweigten Wirtschaft auch
1523 wichtige Auftraggeber für Handwerk, Handel und Dienstleister. Deshalb
1524 wollen wir die kommunalen Unternehmen stärken, aber auch mehr Transparenz
1525 und Kontrolle möglich machen.

1526 Außerdem setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für genossenschaftliche

1527 Initiativen ein, die neue Wege bei der Selbstversorgung und
1528 Selbstverantwortung gehen.
1529 Damit wollen wir insbesondere im ländlichen Raum das soziale Gefüge festigen.
1530 Beispielsweise wollen wir die Gründung von Dorfläden als sozialen
1531 Kommunikationspunkt unterstützen. Auch Regionalwährungen können
1532 wirtschaftlich nachhaltige Impulse setzen und verdienen Unterstützung.

1533 **Mehr Transparenz und Kontrolle bei der Vergabe von Fördergeldern**

1534 Wir sehen Reformbedarf bei der Fördermittelvergabe. Die Schaffung von mehr
1535 Transparenz und Kontrolle bei gleichzeitiger Entbürokratisierung ist unser
1536 Ziel. Die zuletzt bekannt gewordenen Vorkommnisse um die Vergabe von
1537 Fördermitteln, beispielsweise bei der Jahnsporthalle in Wolmirstedt oder des
1538 IHK-Bildungszentrums in Dessau, zeigen, dass die öffentliche Verwaltung
1539 nicht nur im Vorfeld sondern auch im Nachgang einer Fördermittelgewährung
1540 verstärkt prüfend tätig werden muss. Wir wollen, dass
1541 Verwendungsnachweisprüfungen zeitnah und neutral erfolgen. Wir wollen, dass
1542 in der öffentlichen Verwaltung alle Entscheidungsstrukturen dahingehend
1543 überprüft werden, ob sie Korruption oder Vorteilsgewährung begünstigen.
1544 Hierbei setzen wir uns für ein Maximum an Transparenz ein.

1545 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in diesem Zusammenhang auch die Geschäfte der
1546 Investitions- und Beteiligungsgesellschaft (IBG) des Landes sehr kritisch.
1547 Das Land stellt über die IBG Risikokapital zur Verfügung. Es wurde kein
1548 Start-Up- Klima geschaffen, sondern viel Geld in alte Industriestrukturen
1549 gesteckt. Bei der Vergabe von Risikokapital müssen Innovation und die
1550 Zukunftsperspektiven für Sachsen-Anhalt im Vordergrund stehen. BÜNDNIS
1551 90/DIE GRÜNEN wollen, dass dem Grundsatz der Nachhaltigkeit beim Einsatz
1552 öffentlicher Mittel eine weitaus höhere Bedeutung beigemessen wird als
1553 bisher. Die Vergabe öffentlicher Mittel für Start-Ups gehört in die
1554 öffentliche Hand.

1555 **Wer GRÜN wählt, ...**

1556 ... sichert und schafft Arbeitsplätze;
1557 ... etabliert Sachsen-Anhalt als international beachteten Standort
1558 grüner Technologien;
1559 ... setzt auf eine nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik;
1560 ... will eine neue und transparente Förderpolitik;
1561 ... setzt auf ein nachhaltiges Tourismuskonzept.

Kapitel 7: Für eine nachhaltige Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt

1562 7. Für eine nachhaltige Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt

1563 Wir wollen unseren Kindern und Enkeln ein Land übergeben, in dem sie
1564 selbstbewusst politisch gestalten können. Eine herausfordernde Aufgabe
1565 angesichts der strukturell bedingt geringen sowie der ungenutzten
1566 Einnahmemöglichkeiten, der bereits angehäuften Schulden, des demographischen
1567 Wandels und dem erwarteten Rückgang von Zuschüssen aus dem Solidarpakt und
1568 den EU-Strukturfonds. Doch wir können dies jetzt zusammen bewältigen - durch
1569 GRÜNE Konzepte und eine GRÜNE Wahlentscheidung. Unser Anspruch: Wir
1570 investieren in Köpfe und sparen beim Beton! Wir investieren dort, wo es für
1571 die Zukunft unserer Kinder sinnvoll ist, also vor allem in Schulen,
1572 Universitäten und in den Erhalt unserer Natur. Hingegen sollte Sparen auch
1573 bei Regierung und Verwaltung selbst beginnen. Für die Landesverwaltung wollen
1574 wir schnellstmöglich ein wirksames Energiemanagement einführen. Öffentliche
1575 Gebäude müssen energieeffizient auf Grundlage von Lebenszykluskosten erbaut,
1576 instandgesetzt und modernisiert werden. In der öffentlichen Beschaffung
1577 müssen außerdem Kriterien wie Langlebigkeit und Umweltverträglichkeit eine
1578 größere Rolle spielen, vor allem beim Fahrzeugpark der Landesregierung. Diese
1579 Maßnahmen führen mittel- und langfristig zu einer Entlastung des
1580 Landeshaushaltes.

1581 **In Zukunft investieren**

1582 Mehrausgaben sind für uns immer dann wertvoll, wenn diese einmal unseren
1583 Kindern und Enkeln zugutekommen. Dazu gehören vor allem Investitionen in
1584 Umwelt- und Klimaschutz, bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit und
1585 Teilhabe, weil diese gutes Leben ermöglichen und langfristig zu mehr
1586 wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Stabilität führen.
1587 Verantwortungsvolle Politik muss sich immer auch an der Frage messen
1588 lassen, ob die ihr zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll und effizient im
1589 Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden. Daraus ergibt sich für BÜNDNIS
1590 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit einer stetigen Aufgaben- und
1591 Effizienzkritik.

1592 **Kommunen brauchen Gestaltungsspielräume**

1593 Unsere Kommunen sind angewiesen auf die kommunalen Zuweisungen des Landes, da
1594 sie für viele gesellschaftliche Aufgaben Sorge tragen und dazu relativ wenige
1595 Einnahmemöglichkeiten haben. Viele Kommunen stehen vor großen Schwierigkeiten
1596 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und können kaum die notwendigen
1597 Unterhaltungsaufwendungen und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur,
1598 wie beispielsweise Spielplätze, Straßen und Wege oder kommunale Immobilien
1599 tätigen. Wir wollen - und die Kommunen brauchen - deutlich höhere kommunale
1600 Zuweisungen vom Land, welche bisher stetig gekürzt worden sind, damit das
1601 Land finanziell besser dasteht.

1602 Zugleich wollen wir den Kommunen mehr Anreize geben, ihre Schulden durch
1603 kluges Wirtschaften auch selbst abzubauen. Gutes Wirtschaften darf nicht
1604 bestraft werden. Wenn bei der Erhebung der sogenannten Bagatellsteuern die
1605 Einnahme eines zusätzlichen Euros sofort den Finanzierungsbedarf im

1606 kommunalen Finanzausgleich um einen Euro senkt, dann haben die Kommunen kaum
1607 einen Anreiz, ihre eigene Einnahmeposition zu verstärken.

1608 Darüber hinaus sehen wir im Berechnungsverfahren weiteren Änderungsbedarf,
1609 damit der kommunale Finanzausgleich zu einem verlässlichen und
1610 verständlichem Instrument der Kommunalfinanzen wird und nicht zum jeweiligen
1611 Ausgleich des Landeshaushaltes dient. Mittelfristig zum Beispiel sollten die
1612 anfallenden Abschreibungsbeträge in die Bedarfsberechnung einbezogen werden.

1613 Nachhaltige Finanzpolitik heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch, dass die
1614 öffentlichen Haushalte im Land als Gesamtheit zu betrachten sind. Wir halten
1615 es aus diesem Grund für nicht sinnvoll und auch nicht verantwortbar im
1616 Landeshaushalt Schulden zu tilgen und zugleich die kommunale Verschuldung
1617 hochzufahren. Die von CDU und SPD verfolgte Sanierung des Landeshaushalts
1618 auf Kosten der Kommunen lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

1619 **Schuldenpolitik mit Augenmaß**

1620 Wir wollen in Zukunft ein eigenständiges und selbstbewusstes Sachsen-Anhalt.
1621 Wir wollen keine neuen Schuldenberge hinterlassen. Unsere
1622 Zukunftsinvestitionen wollen wir durch Umschichtung im Haushalt erreichen
1623 und keine neuen Schulden einplanen. Doch Investitionen, die sich langfristig
1624 rechnen, müssen trotzdem möglich sein. Mit Haushaltsüberschüssen wollen
1625 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft
1626 und Umwelt ermöglichen und die finanzpolitischen Vorsorgeelemente wie die
1627 Steuerschwankungsreserve stärken.

1628 **Gleichwertige Lebensverhältnisse anstreben: Gerechter Länderfinanzausgleich**

1629 Die zukünftige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs, der die Umverteilung
1630 von Steuereinnahmen zwischen dem Bund und den Ländern regelt, ist unsicher.

1631 Die Finanzkraft unserer öffentlichen Hand liegt aber immer noch weit unter
1632 dem Bundesdurchschnitt. Wir möchten dafür sorgen, dass der Finanzbedarf
1633 Sachsen-Anhalts in einem neuen Länderfinanzausgleichssystem korrekt erfasst
1634 wird. Dieser muss auch für die Zukunft neu und solidarisch ausgerichtet
1635 werden, unabhängig von den Himmelsrichtungen. Am Ende des Verhandlungsprozess
1636 müssen finanzschwache Länder und Regionen besser gestellt sein, um unter
1637 anderem den immensen Investitionstau zu beheben.

1638 **Aufgabenbezogene Personalpolitik**

1639 Alle Aufgaben des Landes, der Aufbau der Verwaltung und die landeseigenen
1640 Gesellschaften müssen einer genauen Aufgabenkritik unterzogen werden.
1641 Hierarchien müssen flacher werden. Ziel muss sein, all das weiter zu
1642 entwickeln, was die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes fördert
1643 sowie solche Kosten konsequent zu vermeiden, die demographisch unsinnig
1644 und umweltschädlich sind. Die Ergebnisse der Analyse müssen sich in der
1645 Personalpolitik des Landes spiegeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen keine
1646 Personalpolitik nach Kassenlage. Wir stehen für eine Personalpolitik, die
1647 den Aufgaben des Landes entspricht, aber auch ihrer Verantwortung
1648 gegenüber den Beschäftigten nachkommt, ihre Leistungen anerkennt und sie
1649 nicht als wegzukürzende Kostenfaktoren betrachtet.

1650 **Steuern gerecht erheben, Einnahmesituation verbessern**

1651 Das Land muss seine Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung konsequent nutzen.
1652 Das heißt für uns, dass die Finanzverwaltung gestärkt werden muss. Den von

1653 der schwarz-roten Landesregierung geplanten Personalabbau bei der
1654 Landesfinanzverwaltung, insbesondere bei den Prüfungsdiensten, lehnen wir ab.
1655 Wir wollen, dass einem steuerehrlichen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile
1656 entstehen. Außerdem wollen wir, dass die Zuständigkeit zur Prüfung von
1657 Konzernen und Einkommensmillionären zukünftig von den Länderfinanzverwaltungen
1658 auf eine bundesweit tätige Spezialeinheit („Large Tax Payer Unit“) übertragen
1659 wird. Die neue Spezialeinheit muss personell und technisch auf Augenhöhe mit
1660 den Steuerabteilungen der Konzerne sein. Wir wollen Steuervermeidungs- und
1661 Steuergestaltungsstrategien begrenzen. Deshalb wollen uns für eine andere,
1662 nachhaltige und ökologische Steuerpolitik auf Bundesebene einsetzen. Dies ist
1663 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem auch eine Frage der Steuergerechtigkeit.

1664 Zudem muss das Land seine Einnahmesituation auch im Rahmen seiner Pflicht zur
1665 Sicherung einer nachhaltigen Landesentwicklung verbessern. Sachsen-Anhalt
1666 soll nicht länger leichtfertig auf Förderabgaben aus dem Bergbau, z. B. dem
1667 Braunkohletagebau, verzichten.

1668 **Wer GRÜN wählt, ...**

1669 ... investiert in Köpfe statt Beton;

1670 ... fordert eine nachhaltige Haushaltspolitik;

1671 ... setzt sich für eine moderne Finanzverwaltung und mehr Steuergerechtigkeit

1672 ein;

1673 ... stärkt die Kommunen.

Kapitel 8: Für ein mobiles Sachsen-Anhalt

1674 8. Für ein mobiles Sachsen-Anhalt

1675 Mit guter Mobilität verbessern wir die Lebensqualität und ermöglichen
1676 Selbstbestimmung sowie Freiheit der Menschen. In unserem Alltags- und
1677 Arbeitsleben ist sie ein Schlüssel für soziale Teilhabe. Darum werden wir
1678 auch Sozialtickets fördern. Auch Energiewende und Klimaschutz gehen nur mit
1679 einer neuen Verkehrspolitik, die unsere Umwelt schützt, lebenswerte Räume
1680 erhält und attraktive Orte schafft. Mit guter Verkehrspolitik schaffen wir
1681 auch mehr Wirtschaftskraft im Land. Wir wollen die Mobilitätsangebote im
1682 Lande so entwickeln, dass wir Verkehr für alle Menschen umweltfreundlich,
1683 klimaschützend, sicher und bequem gestalten. Dies schaffen wir, indem wir
1684 Verkehr vermindern, verlagern und verbessern!

1685 Unser Ziel ist eine neue Verkehrspolitik für Sachsen Anhalt. Wir werden die
1686 negativen Folgen des Verkehrs mindern, wollen die "vision zero" - null
1687 Verkehrstote - erreichen, die CO2-Emmissionen deutlich senken und
1688 Verkehrslärm besonders in Wohngebieten reduzieren. Dafür sehen wir die
1689 Verlagerung von Verkehr als Schlüssel. Wir stehen für die Förderung von
1690 Alternativen zum Auto. Unser Fokus ist der Ausbau von Bahn-, Bus-, Fuß-, und
1691 Radverkehr sowie die Etablierung neuer Mobilitätsangebote. Wir wollen die
1692 Menschen von Sachsen- Anhalt zum Umstieg begeistern und mit ihnen das
1693 Verkehrsangebot verbessern.
1694 Die Menschen im Land sind oft in ihrem Mobilitätsverhalten weiter als die
1695 derzeitige Politik und gehören stärker beteiligt. Wir wollen das Angebot
1696 im öffentlichen Nahverkehr verbessern, neue Angebote wie Car- und
1697 Ride-Sharing fördern und WLAN in Bus und Bahn einführen.

1698 **Klimafreundlich unterwegs - mit allen Verkehrsmitteln**

1699 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem es möglich ist,
1700 auf ein eigenes Auto zu verzichten, ohne auf bequeme und verlässliche
1701 Mobilität verzichten zu müssen. Deswegen wollen wir den umwelt- und
1702 klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln Vorfahrt geben. Wir sorgen dafür,
1703 dass Fahrradfahren attraktiv wird. Darum setzen wir uns zum Beispiel für
1704 mehr und bessere Fahrradwege und die Öffnung von Einbahnstraßen ein.
1705 Außerdem sollen Fahrräder in allen Nahverkehrsmitteln überall mitgenommen
1706 werden dürfen.

1707 Wir wollen, dass der ÖPNV familienfreundlicher und barrierefrei wird. Dies
1708 bedeutet u.a., dass genügend Stellplätze in Bussen und Bahnen für Kinderwägen,
1709 Rollstühle und Rollatoren vorhanden sind. Ein Umstieg auf Bus und Bahn wird
1710 erst dann zur Alternative, wenn es regelmäßige, modern und komfortabel
1711 ausgerüstete, gut aufeinander abgestimmte und verlässliche Linien gibt. Indem
1712 Bus- und Bahnfahren attraktiver wird, steigen mehr Menschen um vom Auto und
1713 Mobilität in Sachsen-Anhalt wird umwelt- und klimafreundlich. Deswegen setzen
1714 wir uns für das Ende des Tarifdschungels und für ein bezahlbares und in allen
1715 Verkehrsmitteln gültiges Ticketsystem ein. Für uns ist darum klar: Eine
1716 Reduzierung des Bus- und Bahnangebots im Landesnetz wird es mit uns nicht
1717 geben. Wir stellen uns entschieden den Streckenschließungen entgegen und werden
1718 alles tun, damit die schwarz-rote Landesregierung den Bahnverkehr nicht weiter

1719 vor die Wand fahren kann.

1720 Vom Land (mit-)finanzierter und bestellter Nahverkehr auf der Schiene und den
1721 Buslinien des Landesnetzes ist grundsätzlich auszuschreiben. Für den Fall
1722 eines Betreiberwechsels von Bahnstrecken ist sicherzustellen, dass die
1723 bisherigen Standards bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen auch für
1724 den neuen Betreiber weiter gelten. Wir wollen die Bahnhöfe zu
1725 Mobilitätspunkten entwickeln, an dem die Verkehrsmittel optimal miteinander
1726 verbunden sind und es bequem und bezahlbar ist, mobil zu sein. So gelingt der
1727 Umstieg in eine Mitfahrgelegenheit, auf das eigene Fahrrad, in einen Bus oder
1728 in ein Taxi ohne große Probleme.

1729 Zudem ist Car-Sharing besonders im ländlichen Raum ein wichtiger Baustein für
1730 eine bequeme, komfortable und umweltschonende Eigenmobilität: Immer ein Auto,
1731 wenn es gebraucht wird – aber eben nur dann. Das entlastet den Verkehr, die
1732 Kommunen und den Geldbeutel. Deswegen wollen wir ein flächendeckendes Car-
1733 Sharing-Angebot unterstützen, auch in Klein- und Mittelstädten ab 5000
1734 Einwohnerinnen und Einwohnern.

1735 Die Mobilität mit alternativen Antrieben wie dem Elektroauto, ist eine
1736 Alternative für alle, die nicht auf das Auto verzichten möchten. Um sie ins
1737 Rollen zu bringen, werden wir den öffentlichen Fuhrpark schrittweise mit
1738 Elektroautos ausstatten und Extraparkplätze für Elektroautos zur Verfügung
1739 stellen. Natürlich muss so ein Fuhrpark mit Ökostrom betrieben werden. Modelle
1740 zur Nutzung von Car-Sharing sollen geprüft werden.

1741 Wir sehen im Fernbusverkehr eine sinnvolle Ergänzung zur Bahn. Allerdings dürfen
1742 Busse nicht von Straßen-, Park- und anderen Gebühren befreit werden. Dadurch
1743 wird Wettbewerb verzerrt und der Allgemeinheit werden zusätzliche Kosten
1744 auferlegt.

1745 **Vorrang für Fuß- und Radverkehr**

1746 Die meisten Menschen, die sich im Verkehr bewegen, benutzen ihre Füße,
1747 schonen dadurch die Umwelt und tun etwas für ihre Gesundheit und ihren
1748 Geldbeutel. Wir wollen die Gemeinden im Land dabei unterstützen, das
1749 Zufußgehen und das Fahrradfahren angenehmer zu gestalten. Fehlen zum Beispiel
1750 Zebrasteifen oder klaffen Löcher im Gehweg, ist die Lust am Laufen rasch
1751 dahin. Wir wollen, dass Kinder gefahrlos ihre Wohngegend erkunden können und
1752 dass der Weg zur Schule oder zum Arzt nicht zur ungewollten Achterbahnfahrt
1753 wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Tempolimits und Verkehrsberuhigungen
1754 im Innenstadtbereich gezielt für mehr Sicherheit sorgen.

1755 Auch mit dem Fahrrad können wir schnell und umweltschonend weite Wege
1756 zurücklegen. Deswegen wollen wir deutlich mehr Geld für den Radwegebau zur
1757 Verfügung stellen, um den Anteil des Radverkehrs zu erhöhen. Wir nehmen dabei
1758 auch den ländlichen Raum in den Blick und wollen die Nahmobilität dort
1759 stärker forcieren. Es muss möglich sein, von einer Gemeinde in die andere mit
1760 eigener Kraft zu kommen. Wir wollen deswegen mehr Rad- und Fußwege ausbauen
1761 und Radschnellwege aufbauen. Wir wollen, dass neue Radwege und
1762 Radverkehrsanlagen verbindlich und regelgerecht nach den Empfehlungen für
1763 Radverkehrsanlagen (ERA 2010) gebaut werden und die nagelneuen aber viel zu
1764 engen Radwege der Vergangenheit angehören. Damit schaffen wir die Basis für
1765 den Durchbruch der E-Mobilität, wo sie wirklich Sinn ergibt: Beim Fahrrad. Der

1766 Aufbau von Fahrradverleihsystemen auch mit Elektrofahrrädern und
1767 Spezialfahrrädern wie Lastenrädern hat deshalb unsere Unterstützung. Darüber
1768 hinaus wollen wir einen Aktionsplan für einen ganzheitlichen
1769 Landesradverkehrsplan, unter anderem für die touristischen Radrouten,
1770 entwickeln und umsetzen.
1771 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten den Anteil des Fahrradverkehrs deutlich
1772 erhöhen. Dafür sind sichere Fahrradabstellplätze notwendig. Besonders an den
1773 Bahnhöfen fehlen oftmals adäquate Fahrradabstellanlagen. Deshalb treten wir
1774 dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt ein Programm auflegt, mit dem die
1775 Errichtung von Radstationen an Bahnhöfen gefördert wird.

1776 **Straßennetz: Erhalt und Ausbau statt Neubau**

1777 Sachsen-Anhalt verfügt schon jetzt in vielen Regionen über ein gut ausgebautes
1778 Straßennetz. Leider sind aber viele dieser Straßen in einem Zustand, von dem
1779 teilweise akute Gefährdungen ausgehen. So manche Brücke wird nur noch durch
1780 Gottvertrauen zusammengehalten. Die Menschen in einigen Orten leiden unter
1781 einer extremen Verkehrsbelastung, weil nötige Instandsetzungsmaßnahmen nicht
1782 durchgeführt oder Ortsumgehungen nicht angegangen werden.
1783 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf den Erhalt und die Pflege bestehender
1784 Straßen. Dadurch schützen wir unsere Landschaften mitsamt ihren Tier- und
1785 Pflanzenarten vor Eingriffen, die sie unwiederbringlich beschädigen oder
1786 vernichten.
1787 Wo eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur nachweislich erforderlich
1788 ist, wollen wir als Alternative zu extrem teuren Autobahn-Neubauvorhaben
1789 eine kostengünstigere und am tatsächlichen Bedarf orientierte Sanierung und
1790 den Ausbau vorhandener Straßenverläufe.
1791 Durch den Verzicht auf die Verlängerungen der A 71, der A 143, die
1792 Nordverlängerung der A 14 und Verzicht auf die Neutrassierung der B 190n
1793 könnte Sachsen-Anhalt eine Vielzahl wichtiger Verkehrsprojekte finanzieren.
1794 Dazu gehört der mehrspurige Ausbau der B 189 und B 71 bis zur
1795 niedersächsischen Landesgrenze inklusive langersehnter Ortsumgehungen als
1796 bedarfsgerechte Alternative zum Neubau der A 14. Dies ist nicht nur
1797 günstiger, sondern vermeidet weitere Versiegelungen des Bodens und durch die
1798 zumeist parallel zu den Bundesstraßen geplanten Autobahnen das Zerschneiden
1799 von ökologisch wertvollem Lebensraum.
1800 Unserer Meinung nach muss der günstigeren und umweltfreundlicheren
1801 Alternative stets Vorzug gewährt werden. Das käme auch den von Lärm und
1802 Abgasen geplagten Menschen vor Ort entgegen. Gut ausgebaute, mehrspurige
1803 Bundesstraßen mit Ortsumfahrungen sind gute Alternativen zu Autobahnen.

1804 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen mit öffentlichen Mitteln sorgsam um und wollen
1805 die knappen Ressourcen lieber in den Erhalt unserer Landes- und Kreisstraßen
1806 sowie in Fahrradinfrastruktur stecken. Angesichts der knappen Haushaltsmittel
1807 des Landes für den Straßenbau soll auf ein Neubau von Landesstraßen
1808 verzichtet werden und im Bereich der Landesstraßen vorrangig die Unterhaltung
1809 des bestehenden Straßennetzes verbessert werden. Außerdem wollen wir den
1810 Übergang zwischen Auto, Fahrrad und dem öffentlichen Personennahverkehr durch
1811 Park-and-Ride-Plätze und sichere Fahrradparkplätze verbessern.
1812 In Ortslagen, wo der Durchgangsverkehr zur unerträglichen Last für die
1813 Bewohnerinnen und Bewohner geworden ist, befürworten wir den Bau von
1814 Ortsumgehungen und anderen Schutzmaßnahmen. Dabei ist jeder Eingriff so
1815 durchzuführen, dass es zu einem Minimum an Belastungen für Mensch und Natur
1816 kommt. Wo Straßen zu groß für den Bedarf sind, muss auch ein Rückbau und
1817 eine Rückgewinnung von Naturflächen möglich sein.

1818 Wir fordern darüber hinaus ein Programm zur Erhaltung und Nachpflanzung
1819 der Alleeen in Sachsen-Anhalt und ein Modellprojekt zur Umsetzung von
1820 Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen.

1821 **Güter umweltfreundlich transportieren**

1822 Der Güterverkehr gehört auf die Schiene. Das schont unsere Umwelt, unser
1823 Klima und nicht zuletzt unsere Nerven. Um Unternehmen den Umstieg auf die
1824 Schiene zu erleichtern, wollen wir mehr Gewerbegebiete an das Schienennetz
1825 anschließen und Nebenstrecken für den Güterverkehr besser nutzbar machen. Um
1826 die Schiene attraktiver zu machen und bisher mautfreie Straßen zu entlasten
1827 wollen wir, dass über den Bundesrat die LKW-Maut auf alle Straße ausgeweitet
1828 wird. Giga- Liner, also überlange LKW, lehnen wir ab.
1829 Güterverkehr findet aber nicht nur auf den Schienen und Autobahnen des
1830 Landes statt. Die Wirtschaftsverkehre mit großen LKW und Kleintransportern
1831 stellen Gemeinden und Städte vor immer größere Herausforderungen. Sie
1832 verursachen nicht nur Lärm und Abgase, sondern parken oft Fahrbahnen und
1833 Fußwege zu und sind für einen hohen Anteil der Emissionen in der Stadt
1834 verantwortlich. Wir wollen hier neue Wege gehen. Unser Ziel sind CO2-freie
1835 und lärmarme Wirtschaftsverkehre. Dies wollen wir erreichen, indem wir unter
1836 Einbeziehung der wissenschaftlichen Kompetenz im Land Rahmenbedingungen für
1837 neue Güterverkehrskonzepte entwickeln, die die Kooperation und Bündelung von
1838 Warenverkehren über Unternehmen hinweg ermöglichen, den Einsatz von
1839 alternativen Transportmitteln wie Lastenrad oder Elektro-LKW unterstützen
1840 und Räume für Minigüterverkehrszentren und Minidepots eröffnen.

1841 **Flugverkehr begrenzen**

1842 Mit dem Flughafen Leipzig/Halle existiert für Sachsen-Anhalt ein gut
1843 ausgebauter und gut erschlossener Standort. Damit ist nach Ansicht von
1844 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Bedarf an Flughäfen im Land gedeckt. Den Flughafen
1845 Cochstedt lehnen wir ab.

1846 Nachtflüge beeinträchtigen die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner
1847 der Region. Die Maßnahmen zum Lärmschutz sind noch immer unzureichend.
1848 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere aktive und passive
1849 Schallschutzmaßnahmen. Außerdem sind emissions- und tageszeitabhängige
1850 Landegebühren und ein Nachtflugverbot notwendig.

1851 **Wer GRÜN wählt, ...**

1852 ... gibt umweltfreundlicher Mobilität Vorfahrt;
1853 ... investiert in den Erhalt von Infrastruktur statt in Großprojekte;
1854 ... bringt Güter von der Straße auf die Schiene;
1855 ... setzt sich für die Förderung von Sozialtickets ein.

Kapitel 9: Für echte Gleichstellung in Sachsen-Anhalt

1856 9. Für echte Gleichstellung in Sachsen-Anhalt

1857 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es in Sachsen-Anhalt in allen Politikfeldern
1858 immer auch um gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, gleich welchen
1859 Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Herkunft – das ist
1860 eine Frage der Gerechtigkeit. Eine moderne Gleichstellungspolitik gleicht
1861 Nachteile aus, wo Diskriminierung aufgrund des Geschlechts stattfindet. Das
1862 bezieht sich auf existenzsichernde Beschäftigung bei gleichem Lohn für
1863 gleichwertige Arbeit ebenso wie auf den uneingeschränkten Zugang von Frauen
1864 zu verantwortlichen Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.
1865 Frauen, Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender
1866 (LSBTI*) müssen vor jeder Form von Gewalt geschützt werden, ihre Rechte
1867 strukturell verankert werden. Wir treten für die Freiheit unterschiedlicher
1868 Lebensentwürfe und die gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft ein.

1869 Akzeptanz von LSBTI* stärken

1870 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“ und eine
1871 solidarische Gesellschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben die
1872 Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender,
1873 transidenten und intersexuellen Mitmenschen (LSBTI*) in den vergangenen
1874 Jahren maßgeblich vorangetrieben – auf diesem Weg werden wir auch im Land
1875 weitergehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der
1876 sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen wird. Wir setzen uns
1877 dafür ein, dass der von uns in den Landtag eingebrachte Aktionsplan gegen
1878 Homo- und Transphobie zügig entwickelt und in der neuen Legislaturperiode
1879 konsequent umgesetzt wird.
1880 Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTI*
1881 abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in
1882 allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern Homo- und Transphobie zu
1883 bekämpfen.

1884 Wir setzen uns für eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle zur LSBTI-
1885 Thematik mit Netzwerkfunktion zur Sicherstellung einer kontinuierlichen
1886 Zusammenarbeit der Landesregierung mit Nichtregierungsorganisationen, die
1887 sich mit den Problemen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender,
1888 transidenten und intersexuellen Mitmenschen beschäftigen, um den fachlichen
1889 Austausch zu verbessern, gesamtgesellschaftliche Defizite zu analysieren und
1890 Ansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTI* zu entwickeln und
1891 umzusetzen, ein.

1892 Ehe öffnen - Regenbogenfamilien unterstützen

1893 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine rechtliche Gleichstellung
1894 gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Rechtsbereichen. Die
1895 Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist dabei zentrales
1896 Anliegen. Dazu gehören für uns die volle Anerkennung von Regenbogenfamilien
1897 und deren umfassende Gleichstellung im Sozialrecht, im Sorge- und
1898 Adoptionsrecht, im Abstammungsrecht und beim Recht auf Familiengründung
1899 durch Adoption, Insemination und Pflegschaft. Außerdem in den Bereichen

1900 Kindschaftsrecht, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im
1901 Ausländerrecht. Wir werden dazu über den Bundesrat entsprechende
1902 Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

1903 LSBTI*-Eltern sind genauso gute Eltern wie heterosexuelle Menschen. Dennoch
1904 sind Regenbogenfamilien häufig auch anders. Nicht selten übernehmen hier mehr
1905 als zwei Personen Verantwortung für ein Kind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind
1906 daher für die Schaffung eines Instituts für elterliche Mitverantwortung zur
1907 rechtlichen Absicherung der sozialen Elternschaft. Dieses soll neben den
1908 leiblichen Eltern maximal zwei weiteren Erwachsenen elterliche
1909 Mitverantwortung übertragen, wenn sich alle Beteiligten - inklusive des
1910 Kindes einig sind und keine Sorgerechtsstreitigkeiten bestehen. Wie bei
1911 Patchworkfamilien übernehmen weitere Erwachsene Verantwortung für Kinder.

1912 **Gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Bildungsangeboten für LSBTI***
1913 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern auskömmliche und kontinuierliche öffentliche
1914 Mittel für Projekte und Organisationen, die LSBTI* beraten und unterstützen,
1915 oder die in den Bereichen Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung
1916 tätig sind.

1917 Wir zeigen homo- und transphober Diskriminierung und Gewalt die Rote Karte.
1918 Daher fordern wir mehr konkrete und auch finanziell mit eigenem Budget
1919 ausgestattete Ansprechpersonen für LSBTI* in den Polizeidienststellen. Aus-
1920 und Fortbildungen der Polizei und des Justizpersonals zu vorurteilsmotivierten
1921 Gewaltdelikten müssen ausgeweitet werden. Eine Finanzierung von Diskriminierung
1922 jeglicher Art durch öffentliche Gelder darf es nicht geben. Wo Hinweise auf
1923 homo- oder transphobe Betätigungen einzelner Träger vorhanden sind, fordern wir
1924 alle öffentlichen Zuwendungen auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls
1925 unverzüglich zu beenden.

1926 **LSBTI*-Flüchtlinge besser schützen**

1927 Für Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, weil sie aufgrund ihrer
1928 Homosexualität bzw. LSBTI*-Lebensweisen in ihren Herkunftsländern gefährdet
1929 sind oder gar verfolgt werden, fordern wir ein unbürokratisches
1930 Aufenthaltsrecht und von Anbeginn eine dezentrale Unterbringung aufgrund
1931 ihrer besonderen Gefährdungslage innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften. Es
1932 bedarf einer besonderen Berücksichtigung und Unterstützung von LSBTI*
1933 Flüchtlingen sowie umfangreiche Informationen in ihrer Muttersprache über
1934 Beratungs- und Hilfsangebote im LSBTI*-Bereich.

1935 **Opfer von § 175 StGB und § 151 StGB (DDR) rehabilitieren**

1936 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen
1937 nach 1945 in beiden deutschen Staaten bis heute nicht aufgearbeitet. Deren
1938 Opfer wurden trotz Landtagsbeschluss nicht rehabilitiert. Deshalb fordern wir
1939 unnachgiebig eine Aufhebung der nach 1945 aufgrund einvernehmlicher
1940 homosexueller Handlungen ergangenen Urteile wegen §175 StGB bzw. § 151 StGB der
1941 DDR und eine Entschädigung der Opfer durch einen Entschädigungsfond.

1942 **Für Selbstbestimmung und modernes Transsexuellenrecht**

1943 Wir fordern eine Modernisierung des sogenannten Transsexuellenrechts. Die
1944 Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung sind zu beseitigen
1945 und die Würde und das Selbstbestimmungsrecht von Trans*-Menschen in den
1946 Mittelpunkt zu stellen. Auch für Menschen, die mit nicht eindeutigen
1947 biologischen Geschlechtsmerkmalen geboren wurden (Inter*), fordern wir das

1948 Recht auf freie Entfaltung und Selbstbestimmung. Chirurgische und
1949 medikamentöse/hormonelle Eingriffe dürfen nur mit der informierten Einwilligung
1950 der Betroffenen erfolgen.

1951 **Diskriminierungsfreie Schule und Verwaltung**

1952 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen
1953 und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsen-
1954 anhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als
1955 selbstverständliche Lebensweisen fächerübergreifend vermitteln und wertneutral
1956 behandeln. Wir fordern die Verankerung des Themas in den Lehrplänen und
1957 Rahmenrichtlinien aller Schulformen und die stärkere Berücksichtigung dieses
1958 Themas bei der Zulassung von Unterrichtsmaterialien. Die Sensibilisierung von
1959 Lehrenden und Tätigen in Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe zur
1960 Aufklärung in Hinsicht auf sexuelle Vielfalt und gleichgeschlechtliche
1961 Lebensweisen zur Prävention von Diskriminierung und Gewalt, ist uns ein
1962 wichtiges Anliegen. Jugendliche sollen ihre Sexualität vorurteilsfrei und
1963 selbstbestimmt finden können. Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen
1964 ein Coming-out möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu
1965 müssen. Für die Landesverwaltungen müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und
1966 umgesetzt werden.

1967 Die Verbände und Selbsthilfe-Organisationen, die sich um die Belange
1968 von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender kümmern, müssen mit
1969 aufgabenangemessenen Landesmitteln ausgestattet werden.

1970 **Für Frauen existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen**

1971 Die meisten Frauen und Männer wollen und müssen einer existenzsichernden
1972 Beschäftigung nachgehen. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist
1973 darauf gerichtet, der Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter
1974 Frauen entgegenzuwirken.

1975 Eine Voraussetzung dafür ist, gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit
1976 von Familie und Beruf zu schaffen. Dazu bedarf es flexibler Arbeitszeiten für
1977 Frauen und Männer. Neben der ganztägigen Kinderbetreuung müssen flexible
1978 Möglichkeiten für Randzeiten gefunden werden, um die Öffnungszeiten der Kitas
1979 noch mehr an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen.

1980 Geschlechtergerechtigkeit heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
1981 Anhalt auch, gleiche Entlohnung gleichwertiger Arbeit sowie
1982 Qualifizierungs- und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und
1983 Männer, die nach einer Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen
1984 wollen.

1985 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine verbesserte Situation der Förderung
1986 von Frauen in der Privatwirtschaft sowie für eine Überarbeitung des
1987 Frauenfördergesetzes für den öffentlichen Dienst hin zu einem modernen
1988 Gleichstellungsgesetz. Die Ausweitung der gleichstellungs- und
1989 frauenfördernden Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im
1990 Land hat für uns Priorität. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Verteilung
1991 von Familien- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen und eine
1992 gesellschaftliche Neubewertung dieser Tätigkeiten.

1993 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen konsequent

1994 familienfreundlich gestaltet werden und wir werden politische
1995 Leitplanken entwickeln, die auch die Privatwirtschaft auf
1996 Familienfreundlichkeit verpflichtet. Für Familien mit pflegebedürftigen
1997 Angehörigen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Modelle entwickeln, die es
1998 Frauen und Männern ermöglichen, Pflegeverantwortung zu übernehmen.

1999 Wir favorisieren ein Steuerrecht, das Frauen nicht als Zuverdienerinnen
2000 versteht, sondern eigenständige Existenzsicherung und daraus resultierende
2001 eigene Rentenansprüche sichert. Das sogenannte Ehegattensplitting ist aus
2002 unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und daher durch eine
2003 Individualbesteuerung und eine unabhängige Kindergrundsicherung zu ersetzen.
2004 Wir werden uns für entsprechende Initiativen im Bundesrat einsetzen.

2005 Ein besonderes Augenmerk ist auf die in unserem Land besonders große Gruppe
2006 der Alleinerziehenden zu richten. Sie brauchen verlässliche Unterstützung
2007 bei der Kinderbetreuung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und bei der
2008 gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

2009 **Landesprogramm zügig umsetzen**

2010 Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt wurde vor
2011 allem mit unserer Hilfe auf den Weg gebracht und dient der Herstellung von
2012 Geschlechtergerechtigkeit im Alltag. Wir werden uns für seine Umsetzung und
2013 Konkretisierung einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass
2014 alle Maßnahmen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf ihre Auswirkungen
2015 für beide Geschlechter überprüft werden. Landesausgaben sollen künftig
2016 konsequent an Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet
2017 werden. Dies führt zu mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der
2018 Verteilung staatlicher Ausgaben. Geschlechtergerechte Haushaltsführung
2019 (Gender Budgeting) muss gängiges Mittel der Haushaltsaufstellung werden. Alle
2020 Ressorts haben konkrete Projekte hierfür zu benennen.

2021 **Frauen und Männer diskriminierungsfrei bilden**

2022 Geschlechtsbezogene Vorurteile und stereotype Verhaltensweisen sind im
2023 Bildungsbereich nach wie vor verbreitet. Das beeinflusst die
2024 Berufsorientierung von Mädchen und Frauen und erschwert ihren Zugang zu
2025 technischen, naturwissenschaftlichen und gehobenen Berufen. Ebenso muss
2026 die Unterrepräsentanz von Männern in erzieherischen, pädagogischen und
2027 dienstleistenden Berufen beendet werden. Die Vorstellung von typischen
2028 „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ muss bereits in der Kindertagesstätte
2029 und in der Schule aufgebrochen werden. Die weitere Unterstützung des
2030 Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe ist für uns
2031 ein klares Muss.

2032 An Universitäten und Hochschulen des Landes studieren ebenso viele Frauen wie
2033 Männer und erbringen dabei herausragende Leistungen. Trotzdem sind Frauen in
2034 höheren Positionen unterrepräsentiert. Das ist ungerecht und bedeutet einen
2035 wissenschaftlichen und ökonomischen Verlust. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
2036 Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs vertreten sehen. Um mehr
2037 Frauen eine Karriere in der Wissenschaft zu ermöglichen, muss die Förderung
2038 von Frauen verstärkt werden, z. B. durch Mentoring-Programme, Quoten bei
2039 Stellenbesetzungen und die familienfreundliche Gestaltung wissenschaftlicher
2040 Karrieren (Tenure Track).

2041 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für interdisziplinäre Frauen-

2042 und Geschlechterforschung ein.

2043 **Frauen vor Gewalt und Diskriminierung schützen**

2044 Frauenhäuser, Frauenzentren und Beratungsstellen bilden ein gutes Netzwerk
2045 der Antigewaltarbeit in Sachsen-Anhalt. Sie arbeiten an der Grenze der
2046 Belastbarkeit. Für Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind fast keine
2047 Mittel vorhanden. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Barrierefreiheit,
2048 zusätzliche Stellen zur Kinderbetreuung in Frauenhäusern und ein mobiles Team
2049 zur psychosozialen Betreuung für Frauen und Kinder.

2050 Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen
2051 Kindesalter und sollte schon Thema in Kindergarten und Schule sein, wobei es
2052 nach wie vor geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen geben
2053 soll. Auch andere sexuelle Identitäten brauchen eine sensible Ansprache.

2054 Frauen mit Behinderungen haben wie alle Menschen das Recht auf die freie
2055 Entfaltung ihrer Persönlichkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen sie bei
2056 der Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung
2057 sowie bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Besuch von nicht barrierefreien
2058 Einrichtungen. Frauen mit Behinderungen erleben häufiger sexuelle Gewalt und
2059 Diskriminierungen als Frauen ohne Behinderung. Wir setzen uns dafür ein,
2060 dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen für diese
2061 spezifischen Belange sensibilisiert und zu kompetenter Beratung befähigt
2062 werden.

2063 **Fraueninteressen strukturell verankern**

2064 Auf allen Ebenen muss es eine Interessenvertretung für Frauen und ihre Rechte
2065 und Chancen geben. Wir brauchen eine unabhängige Landesbeauftragte für
2066 Geschlechtergerechtigkeit. Die Weisungsungebundenheit und Hauptamtlichkeit der
2067 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten darf nicht in Frage gestellt werden.

2068 Der Landesfrauenrat als größte Dachorganisation für Fraueninteressen im
2069 Land ist anderen Landesverbänden in sächlicher und personeller Ausstattung
2070 gleichzustellen.

2071 **Frauen an Politik und Macht beteiligen**

2072 Seit fast 100 Jahren gibt es in Deutschland das Frauenwahlrecht. Es ist an
2073 der Zeit, die politische Teilhabe von Frauen zu stärken. Wir wollen, dass
2074 mehr Frauen aktive Rollen in Politik und Gesellschaft übernehmen. Bei BÜNDNIS
2075 90/DIE GRÜNEN sind daher mindestens 50 Prozent aller Positionen für Frauen
2076 reserviert. Die „Quote“ ist unser Erfolgsmodell - wie viele profilierte
2077 Politikerinnen unserer Partei beweisen. Wir werden prüfen, wo und wie weit sich
2078 gesetzliche Regelungen zur paritätischen Gestaltung des Politikbetriebes auch
2079 in Sachsen-Anhalt verankern lassen.

2080 **Wer GRÜN wählt, ...**

2081 ... verhilft unterschiedlichen Lebensentwürfen zu Gleichstellung;
2082 ... setzt sich für mehr Frauen in Entscheidungspositionen ein;
2083 ... stimmt für ein gesichertes Netz in der Antigewaltarbeit.

Kapitel 10: Für ein soziales Sachsen-Anhalt

2084 10. Für ein soziales Sachsen-Anhalt

2085 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten entschieden dafür ein, dass alle Menschen
2086 gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ein Leben in
2087 Würde führen können - von der Kindheit bis ins hohe Alter. Unsere
2088 Sozialpolitik schafft Bedingungen für eine angemessene Grundsicherung und
2089 befähigt zu selbstbestimmter Lebensführung. Alle sollen die Unterstützung
2090 bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation benötigen und die ihnen
2091 eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet. Wir setzen uns dafür
2092 ein, dass auf Landesebene verbindliche Sozialziele formuliert werden, z. B.
2093 für Kinder, für junge Menschen, für Erwachsene und für Menschen im Alter.
2094 Wir brauchen einen Wandel weg von einer nachsorgenden Sozialpolitik, die
2095 erst aktiv wird, wenn „das Kind schon in den Brunnen gefallen“ ist, hin zu
2096 einer Sozialpolitik, die präventiv wirkt. Mit der Veränderung der
2097 Gesellschaft durch den demographischen Wandel greifen herkömmliche Familien-
2098 und Nachbarschaftsstrukturen weniger bzw. gar nicht mehr. Wir wollen daher
2099 solche Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen
2100 unterstützen, freiwilliges Engagement fördern und soziale Teilhabe für die
2101 Menschen verbessern. Wichtig sind uns dabei mobile, familienergänzende und
2102 familienentlastende Dienste.

2103 **Sicherung des Existenzminimums**

2104 Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf eine Existenzsicherung von
2105 der Wiege bis zur Bahre. Die soziale Sicherung bedeutet für uns, den Menschen
2106 über ihre gesamte Lebensspanne hinweg den Grundbedarf zu garantieren. Die
2107 Maßnahmen dazu sind sanktionsfreie und armutsfeste Kindergrundsicherung,
2108 Ausbildungsförderung, Grundsicherung und Garantierente. Dafür muss sich
2109 Sachsen-Anhalt im Bund einsetzen.

2110 **Kinderarmut bekämpfen**

2111 Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Auf diesen
2112 sozialpolitischen Skandal hat die schwarz-rote Landesregierung bislang nur
2113 unzureichende Antworten gefunden. Gerade Kinder, die in Armut leben, sind
2114 vielfältigen Formen der Benachteiligung ausgesetzt: Nachteile in der Schule und
2115 Ausbildung, schlechtere Gesundheit oder Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu
2116 Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für
2117 die Kindergrundsicherung und Sonderförderung von Kitas und Schulen in Vierteln
2118 mit besonderem Entwicklungsbedarf. Außerdem wollen wir die Ausbildungssituation
2119 von Alleinerziehenden verbessern und ausbildungsferne Jugendliche mit einer
2120 Stärkung der Teilzeitausbildung und sozialpädagogischer Ausbildungsbegleitung
2121 unterstützen. Auch wollen wir erreichen, dass SchülerInnentickets rund um die
2122 Uhr an 365 Tagen im Jahr gelten.

2123 Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte
2124 Lebensgestaltung eröffnen. Für die Entwicklung einer modernen Sozialpolitik
2125 müssen Menschen die Möglichkeit haben, Netzwerke und individuelle

2126 Unterstützungsangebote kombinieren zu können. Deshalb wollen wir weg vom
2127 Schubladensystem in der Beurteilung von Menschen (Leitsyndrom) hin zu
2128 individueller Beurteilung. Dazu bedarf es regional abgestimmter Angebote und
2129 personenzentrierter Bedarfsfeststellung.

2130 **Gemeinsame Verantwortung statt Konkurrenz**

2131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern lokale Verantwortungsgemeinschaften.
2132 Sozialleistungen sollen nicht weiterhin im Sinne eines Marktes organisiert
2133 werden mit entsprechender Konkurrenz unter den Leistungserbringern. Sondern wir
2134 wollen grundsätzlich umsteuern hin zu einem System geteilter und gemeinsam
2135 getragener, lokaler Verantwortung. Regionale Akteure, sei es im Bereich des
2136 Gesundheitssystems, der Altenhilfe und Pflege sowie der Eingliederungshilfe,
2137 konkurrieren dann nicht mehr um Klienten, sondern steuern in gemeinsamer
2138 Verantwortung die Leistungserbringung in ihrer Region.

2139 Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende
2140 Leuchtturmprojekte prämiieren und eine Diskussion auf Landesebene befördern und
2141 moderieren.

2142 **Für ein würdiges Leben im Alter sorgen**

2143 Wir setzen uns für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft
2144 ein. Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und
2145 Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung bringt
2146 eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft mit sich und bietet gleichzeitig
2147 die Chance, die Seniorinnen und Senioren verstärkt an der gesellschaftlichen
2148 Entwicklung zu beteiligen. Die gesellschaftlichen Veränderungen betreffen viele
2149 Lebensbereiche der älteren Menschen, wie Wohnen, Mobilität, gesundheitliche
2150 Versorgung, aber auch öffentliche Bereiche wie Stadtplanung und Verkehr. Diese
2151 Veränderungen generationenverträglich zu gestalten gelingt nur, wenn alle
2152 Altersgruppen Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen. Uns
2153 ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit
2154 behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert auch
2155 das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Daher wollen wir die Selbstständigkeit im
2156 Alter durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, sozialen
2157 Kontakten, Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und
2158 Freiwilligenengagement fördern.

2159 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die inhaltliche und organisatorische
2160 Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und
2161 Anlaufstellen, wie der Alten- und Servicezentren, der Seniorenvertretung, dem
2162 Seniorenbeauftragten und -beirat in den Kommunen sowie der Freiwilligenagentur
2163 ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden. In
2164 Zusammenarbeit mit Integrations- oder Ausländerbeiräten der Kommunen wollen wir
2165 die besonderen Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten klären und
2166 gezielte Hilfsstrukturen entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für
2167 selbstbestimmtes Leben in allen Phasen ein. Das wollen wir auch im Tod
2168 ermöglichen. Deshalb werden wir die begonnene Diskussion zur Erweiterung der
2169 Bestattungskultur fortführen mit dem Ziel, bei erklärtem Willen die Bestattung
2170 ohne Sarg und das Verstreuen der Totenasche zu ermöglichen.
2171 Palliativversorgung und Hospizarbeit sollen einen höheren Stellenwert
2172 gewinnen.

2173 **Pflege: ambulant und stationär**

2174 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Pflegebedürftige, Pflegende und Angehörige

2175 durch funktionierende Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote
2176 unterstützt werden. Wir wollen die tatsächliche Wahlfreiheit der zu Pflegenden
2177 und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform. Die ambulante
2178 Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung
2179 stellen, um den Automatismus der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden.
2180 Alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der Menschen
2181 erhalten, sind zu fördern.

2182 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Pflege im Quartier als gesundheitspolitisches
2183 Leitbild verankern. Dabei ist ein grundsätzlicher Kurswechsel von Nöten. Der
2184 vorzugsweise Ausbau von stationären Pflegeheimen ist zu stoppen. Wohnen und
2185 Pflege im Alter muss auch dort geschehen können, wo die Menschen leben: In der
2186 eigenen Häuslichkeit, im eigenen Quartier. Dafür ist die Versorgungslandschaft
2187 gezielt zu vernetzen. Tragfähige und sich gegenseitig ergänzende ambulante und
2188 niedrigschwellige Versorgungsstrukturen sind in jeder Region zu schaffen.
2189 Anfänglich sind dafür regionale Pflegekonferenzen ins Leben zu rufen. Das Land
2190 hat diesen Prozess mit klaren Zielvorgaben für alternative Wohnformen aktiv
2191 voran zu bringen. Auch muss das Land endlich seinen gesetzlichen
2192 Verpflichtungen nachkommen und eine Landespflegekonzeption erarbeiten. Im
2193 grünen Sinne wollen wir die wohnortnahe und die ambulante Pflege darin
2194 verankert wissen, mit klarer Ausgestaltung und Finanzierung.

2195 **Für Selbstbestimmung statt Ausgrenzung sorgen**

2196 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt der Grundsatz der Inklusion. Die
2197 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist umfassend und individuell zu
2198 sichern. Menschen mit Behinderungen müssen jederzeit ihr Leben
2199 selbstbestimmt führen können. Dafür ist die Eingliederungshilfe im Land
2200 grundsätzlich zu reformieren. Das Land hat dafür eine Arbeitsgruppe mit
2201 der LIGA der freien Wohlfahrtspflege zu gründen, die einen neuen
2202 Rahmenvertrag erarbeiten soll. Wir wollen eine personenzentrierte
2203 Hilfeplanung, die gemeinsam mit den Betroffenen zu erstellen ist. Dabei
2204 wird der konsequente Ausbau der Gewährung eines auskömmlichen
2205 persönlichen Budgets für behinderte Menschen nach SGB IX angestrebt, um
2206 den Menschen mit Handicap ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

2207 Im Bereich des Arbeitsmarktes wollen wir bestehende Angebote (z. B.
2208 Werkstätten für behinderte Menschen oder Wohnheime) erhalten, statt gänzlich
2209 zu ersetzen und neue Angebote eröffnen, um tatsächliche Wahlmöglichkeit zu
2210 schaffen. Die Anzahl der Integrationskoordinatorinnen und -koordinatoren, die
2211 zwischen den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern mit Handicap, den Angehörigen und
2212 den Leistungsträgern vermittelt, muss deutlich erhöht werden. BÜNDNIS 90/DIE
2213 GRÜNEN unterstützen die freie Wahl behinderter Menschen zwischen
2214 Behindertenwerkstätten und freiem Arbeitsmarkt. Für älter werdende Behinderte
2215 wollen wir ein Ausscheiden aus dem Arbeitsleben individuell organisieren. Wir
2216 kämpfen für eine konsequente barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen
2217 Räume, Gebäude, Einrichtungen und öffentlichen Verkehrsmittel.
2218 Internetpräsenzen und Informationen sowie Kommunikation sollen für alle
2219 Bürgerinnen und Bürger ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Materialien und
2220 Veröffentlichungen, auf die das Land Einfluss hat, sollen auch in leichter
2221 Sprache verfügbar sein. Dies nützt auch Familien mit Kleinkindern und älteren
2222 Menschen. Weiterhin sehen wir in der umfassenden barrierefreien Erreichbarkeit
2223 der touristischen Angebote eine bundes- und europaweite
2224 Profilierungsmöglichkeit Sachsen-Anhalt.

2225 **Für gute Arbeit**

2226 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen mit der Arbeitsmarktpolitik das Ziel,
2227 Arbeitssuchende erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und
2228 Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien-
2229 und ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.

2230 Wir begrüßen alle sinnvollen Modelle der Arbeitszeitumverteilung. Dies fängt
2231 beim Abbau von Überstunden an, schließt Teilzeitarbeit und Arbeitszeitkonten
2232 ein und geht bis zu tariflicher Arbeitszeitverkürzung. Als Arbeitgeber sind
2233 Land und Kommunen gefordert, durch verkürzte Arbeitszeiten Neueinstellungen
2234 von jungen Menschen möglich zu machen. Wir setzen uns für bessere
2235 Zuverdienstmöglichkeiten und für starke Tarifpartner ein.

2236 Betriebsräte sind Teil einer demokratischen Unternehmenskultur. Wir wollen
2237 diese im öffentlichen Bereich stärken und das Personalvertretungsgesetz
2238 entsprechend novellieren. Auch in Sachsen-Anhalt sollen zukünftig nur
2239 Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge
2240 erhalten. Dazu sind im Vergabegesetz soziale und ökologische Vergabekriterien
2241 vorzuschreiben. Wir unterstützen alle europarechtlichen Bestrebungen, in
2242 Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen. Wir
2243 sehen einen hohen Bildungsstandard, der vom Land gewährleistet werden muss, als
2244 den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2245 wird hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige
2246 Arbeitsplätze auch Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische
2247 Arbeitsmarktintegration sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und als
2248 Chance für unseren Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass Mittel des Europäischen
2249 Sozialfonds (ESF) zur gezielten Förderung von Gruppen mit besonderen
2250 Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten beruflichen
2251 Weiterbildung, verwendet werden. Nicht alle Menschen können auf dem ersten
2252 Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum halten wir die Einführung eines sozialen
2253 Arbeitsmarktes für notwendig.

2254 **Leistungsbezug bürgernäher gestalten**

2255 Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denkt das Leistungssystem vom Bürger her.
2256 Nicht vom Rechtskreis. Bisher sind bspw. die Arbeitsmarktinstrumente, die
2257 Behindertenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe sowie Leistungen der Kranken- und
2258 Pflegeversicherung je eigene Rechtskreise und verschiedenen
2259 Verwaltungseinheiten zugeteilt. Diese „Versäulung“ des Leistungsrechts steht
2260 der Tatsache entgegen, dass Personen oftmals mehrfache, multiple und
2261 zusammenhängende Bedarfe besitzen. Daher ist es ein zentrales sozialpolitisches
2262 Anliegen, die rechtskreisübergreifende Leistungserbringung zu stärken. Sowohl
2263 im Bereich Alten- und Behindertenhilfe, als auch im Bereich der Kinder- und
2264 Jugendhilfe ist dies ein notwendiger Schritt, um den Leistungsbezug
2265 bürgerfreundlicher zu gestalten, Synergien zwischen den Leistungssystemen zu
2266 nutzen und Bürokratie letztlich abzubauen.
2267 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Prozess durch Modellprojekte
2268 anschieben. Ausführungsgesetze zu den Sozialgesetzbüchern sind entsprechend zu
2269 überarbeiten.

2270 **Wer GRÜN wählt, ...**

2271 ... stärkt Eigenverantwortung und Teilhabe aller Menschen;
2272 ... setzt sich für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ein;
2273 ... setzt sich für einen sozialen Arbeitsmarkt ein;
2274 ... fordert eine Landespflegekonzeption.

Kapitel 11: Sachsen-Anhalt gesund und munter

2275 11. Sachsen-Anhalt gesund und munter

2276 Den Menschen als Ganzes betrachten, in all seinen Lebensaltern und
2277 Lebenszuständen bestmöglich und mit ihm gemeinsam für seine Gesundheit
2278 sorgen so wollen wir Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt gestalten.
2279 Gemeinsam gilt es, im Land Konzepte zu entwickeln für ein gesundes Sachsen
2280 Anhalt. Heute, morgen und übermorgen. Damit jede und jeder eine bestmögliche
2281 Vorsorge, Behandlung und Pflege genießen kann.

2282 Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern

2283 Wir brauchen weitere Projekte, um junge Ärztinnen und Ärzte im Land zu
2284 halten und wollen andere Berufszweige einbinden, um die vorhandenen
2285 Strukturen zu entlasten. Mobile Praxisassistentinnen und -Assistenten sind
2286 in anderen Bundesländern schon ein Erfolgsmodell, denn sie entlasten
2287 Ärztinnen und Ärzte ebenso wie Patientinnen und Patienten. Gleichzeitig sind
2288 auch die ambulanten Pflegedienste zu stärken: Durch die eindeutige Zuweisung
2289 von Tätigkeiten an Pflegedienste einerseits und Praxisassistentinnen und
2290 Assistenten andererseits. Diese Pflegenden sollten durch Qualifizierungen
2291 ihre Kompetenzen zur Übernahme übertragungsfähiger ärztlicher Aufgaben
2292 stärken. Eine solche Ausweitung ihrer Aufgaben entlastet weiter unseren
2293 Bedarf an Ärztinnen und Ärzten auf dem Lande. Wir setzen uns dafür ein, dass
2294 sich alle Krankenkassen am Vertrag mit dem Hausärzterverband beteiligen und
2295 so zur Finanzierung der medizinischen Versorgung in der Fläche beitragen.

2296 Rettungsdienst

2297 Die Belastungen für die Retterinnen und Retter sowie die Feuerwehren im Land
2298 haben in den letzten Jahren merklich zugenommen. Wir wollen durch eine
2299 zeitgemäße Ausstattung und faire Lohngestaltung den wachsenden Anforderungen
2300 begegnen und die Attraktivität der Berufe erhöhen. Angestellte und freiwillige
2301 Retterinnen und Retter wollen wir besser vor den Folgen der Einsatzrisiken
2302 schützen und deren Arbeitskraft höher versichern. Die Notfallseelsorgeteams
2303 sind als wichtiges Instrument auch zur seelischen Entlastung von Retterinnen
2304 und Rettern zu fördern.

2305 Geburtshilfe aus einer Hand - Hebammen stärken

2306 Seit alters her bringen uns Hebammen auf die Welt. Doch der Berufsstand kämpft
2307 seit langem in Deutschland um seine Existenz. Wir setzen uns für eine bessere
2308 Entlohnung von Hebammen ein. Das Land hat sich aktiv bei der Erarbeitung einer
2309 Lösung der Haftpflichtproblematik auf Bundesebene einzubringen. Denn wir wollen
2310 die Wahlfreiheit der Frauen bewahren. Ob ein Kind zu Hause, im Geburtshaus oder
2311 im Krankenhaus zur Welt kommt, hat allein in den Händen der Eltern zu liegen.
2312 Zur Anerkennung der Hebamme als eigentlich Zuständige für den Bereich Geburt
2313 wollen wir zusammen mit den zuständigen Akteuren den hebammengeleiteten
2314 Kreissaal in Sachsen-Anhalt als Modellprojekt entwickeln. Auch braucht es eine
2315 Landeskampagne zur Stärkung der natürlichen Geburt.

2316 **Gute Pflege muss gepflegt werden**

2317 Ärztliche Leistungen sollen vermehrt auf medizinisches Pflegefachpersonal
2318 übertragen werden: Insbesondere in Pflegeheimen kann durch diese Erweiterung
2319 der pflegerischen Kompetenzen die Versorgungsqualität der Bewohnerinnen und
2320 Bewohner verbessert und können Krankenhauseinweisungen minimiert werden. Die
2321 pflegerische Aus- und Weiterbildung im Land ist an europäischen Standards zu
2322 orientieren. Insbesondere die Akademisierung Pflegender schreitet deutlich zu
2323 langsam voran. Wir wollen, dass Pflegestudiengänge an den Hochschulen des
2324 Landes gefördert und ausgebaut werden. Es bedarf einer starken hauptamtlichen
2325 Interessenvertretung der Pflege und eine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an
2326 die Berufsgruppe. Diese soll über ihre Berufsordnung und die
2327 Qualitätssicherung eigenständig in Form der Selbstverwaltung bestimmen.

2328 **Keine Macht den Drogen und freies Wachsen für Cannabis**

2329 Eine verantwortliche Sucht- und Drogenpolitik bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE
2330 GRÜNEN, dass sowohl illegale Substanzen (z. B. Crystal) als auch legale
2331 (Alkohol, Tabak) oder verschreibungspflichtige Suchtmittel (z. B.
2332 Benzodiazepine, Opiate) wie auch die nicht stoffgebundenen Süchte (z. B.
2333 Glücksspiel-, PC-Sucht) berücksichtigt werden. Dabei setzen wir auf einen
2334 Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung. Anstelle der
2335 gescheiterten repressiven Drogenpolitik bedarf es einer an den tatsächlichen
2336 gesundheitlichen Risiken orientierten Regulierung. Wer abhängig ist, braucht
2337 Hilfe und keine Strafverfolgung. Ein niedrighwelliges Angebot von
2338 Suchtberatung und Hilfestellen hat sich vielerorts bewährt und soll erhalten
2339 bleiben und für die Auseinandersetzung auch mit neuen Formen der Sucht
2340 ausgebaut werden. Ausreichend stationäre, teilstationäre und ambulante
2341 Therapiemöglichkeiten müssen geschaffen und deren Vernetzung verbessert
2342 werden.

2343 Wir werden die Aufklärung über Süchte und gefährliche Substanzen im Schul- und
2344 Jugendbereich vorantreiben. Kinder und Jugendliche stark zu machen, ist die
2345 beste Drogenprävention. Zudem haben wir vor, den privaten (Kleinstmengen)Besitz
2346 und Konsum von Cannabis und anderen, nicht legalen psychotropen Substanzen zu
2347 entkriminalisieren. Deren Vertrieb muss aber mit allen rechtstaatlichen Mitteln
2348 im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität streng verfolgt werden.
2349 Cannabis wollen wir zu privaten Konsumzwecken legalisieren und seine
2350 medizinische Anwendung weiter erproben.

2351 Alkoholkonsum spielt bei 50 Prozent aller Gewaltstraftaten besonders in
2352 Sachsen-Anhalt (Vergleich zum Bund: 30 Prozent) eine Rolle. Diesem muss durch
2353 stärkere drogenpräventive Sozialarbeit entgegengetreten werden.

2354 **Psychiatrische Versorgung verbessern**

2355 Im Bereich der psychiatrischen Versorgung sind gemeindepsychiatrische Verbände
2356 ein Schritt zu besserer Versorgung von Patientinnen und Patienten, die nicht an
2357 Kreisgrenzen endet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich im Gesundheitsbereich für
2358 regionale Gesundheitskonferenzen sowie die Bündelung und Kooperation der
2359 Akteure im Rahmen kleinräumiger regionaler Strukturen ein.

2360 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Kooperation der Akteure fördern und die
2361 Landesgesetzgebung hinsichtlich dieses Ziels evaluieren und anpassen. Die
2362 Vorteile sind, dass die Leistungen aus einer Hand erbracht werden. Träger
2363 können sich gezielter spezialisieren und durch Kooperationen abstimmen.
2364 Dadurch können diese ihre Arbeit sozialräumlich orientieren.

2365 Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende
2366 Leuchtturmprojekte ausbauen und eine Diskussion auf Landesebene befördern und
2367 moderieren.

2368 Eine hohe Qualität in der ambulanten Versorgung seelisch Kranker soll
2369 gesetzlich verankert werden. Wir halten das Einsetzen von
2370 Psychiatriekoordinatoren in allen Landkreisen für ebenso angebracht wie die
2371 Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände im Psychisch-Kranken-Gesetz. Die
2372 Anzahl tagesklinischer psychiatrischer Betten im Krankenhausplan ist zu
2373 erhöhen. Das Land Sachsen-Anhalt soll Modellprojekte im Bereich der
2374 aufsuchenden Behandlung psychisch Kranker (Home-Treatment) initiieren und
2375 fördern. Im Bereich der fachärztlichen und psychischen Betreuung wollen wir
2376 eine Bedarfsplanung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
2377 Beschränkungen, die zu langen Wartezeiten führen, wollen wir abbauen und
2378 setzen uns für flexible Bedarfspläne ein.

2379 **Vorsorge ist die bessere Medizin**

2380 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Gesundheitssystem, das nicht erst dann
2381 greift, wenn Menschen schon krank sind. Vorsorge ist oft die bessere Medizin.

2382 Und auch Umweltpolitik ist Gesundheitsprävention. Kinder sind von Belastungen
2383 wie Lärm, Feinstaub und Umweltgiften stärker belastet als Erwachsene, deswegen
2384 wollen wir eine Umweltpolitik auf Kindernasenhöhe. Nicht zuletzt soll das Land
2385 auch im Bund auf bessere Präventionsangebote hinwirken und für die eigene
2386 Belegschaft sowie für Landeseinrichtungen, Schulen und Kitas mit gutem Beispiel
2387 voran gehen. So können beispielsweise Bewegungsmöglichkeiten in der
2388 Mittagspause oder gesündere Pausenverpflegung eingeführt werden.

2389 Zu Vorsorge gehört auch, der HIV- und AIDS-Prävention angesichts steigender
2390 Infektionsraten mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

2391 **Das sportliche Sachsen-Anhalt fördern**

2392 Sport in der Gruppe und im Verein hat viele wichtige Funktionen: Miteinander
2393 gewinnen und verlieren können, gemeinsam Sport treiben, ein gesunder
2394 Lebensstil für alle Altersgruppen, die Stärkung sozialer Beziehungen und die
2395 Förderung der Integration.

2396 Sportentwicklung muss so ausgerichtet sein, dass Herkunft, Alter, Behinderung
2397 oder sexuelle Identität den Zugang zum Sport nicht einschränken. Als Spiegel
2398 der Gesellschaft spielen Rassismus, Homophobie und andere Formen der
2399 Ausgrenzung leider auch im Sport noch immer eine Rolle. Wir unterstützen
2400 Sportvereine im Kampf gegen solche Einstellungen und setzen uns dafür ein,
2401 dass hier engagierte Vereine und Projekte weiter gefördert werden. Wir
2402 erwarten vom organisierten Sport, dass er hier klare Kante gegen Ausgrenzung
2403 zeigt.

2404 Die Sportförderung in Sachsen-Anhalt muss gerade in finanziell schwierigen
2405 Zeiten eine verlässliche Größe sein. Wir wollen sie aufrechterhalten.

2406 Gezielte Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass der Sport die Freizeit bereichert
2407 und die Gesundheit gefördert wird. Dazu gehört auch, dass Sportstätten,

2408 Spielplätze und Strukturen erhalten werden. Wir sehen besonders die
2409 Sportvereine als förderungswürdig an, die durchgängig Angebote für Kinder und
2410 Jugendliche in allen Altersklassen haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für
2411 sozial gestaffelte Eintrittsgelder bei Schwimmbädern und anderen sportlichen
2412 Einrichtungen ein.

2413 Da immer mehr Vereine in Sachsen-Anhalt die Verantwortung für den Erhalt
2414 kommunaler Sportanlagen übertragen bekommen, muss dies in der Förderpraxis
2415 berücksichtigt werden.

2416 **Wer GRÜN wählt, ...**

2417 ... sorgt für den Ausbau wohnortnaher, ambulanter und aufsuchender Pflege- und
2418 Versorgungsstrukturen;

2419 ... engagiert sich für ehrliche Drogenpolitik mit freiem Hanf und verstärkter
2420 Prävention;

2421 ... unterstützt den Breitensport.

Kapitel 12: Verbraucherschutz ermöglicht Selbstbestimmung

2422 12. Verbraucherschutz ermöglicht Selbstbestimmung

2423 Selbstbestimmtes Leben ist in unserer hochkomplexen Gesellschaft nur
2424 möglich, wenn Bürgerinnen und Bürger relevante, vollständige und
2425 unabhängige Informationen erhalten können, um für sich selbst freie
2426 Einkaufs-, Verhaltens- oder Konsumverzichtsentscheidungen zu treffen. Wir
2427 wollen auch weiterhin gute, faire Produkte und Dienstleistungen, die den
2428 Menschen nützen und nicht zu Gesundheitsschäden, Umweltzerstörung,
2429 Ausbeutung oder finanziellen Verlusten führen. Daher ist aus unserer Sicht
2430 ein starkes Verbraucherschutzrecht eine konsequente Weiterentwicklung
2431 klassischer individueller Schutzrechte zur Sicherung persönlicher Freiheit.
2432 Wir können Machtungleichgewichte zwischen großen Firmen und Individuen
2433 nicht ignorieren. Gemeinsam mit der Politik können wir Bürgerinnen und
2434 Bürger dies ändern. Verstöße und Täuschungen müssen konsequent geahndet und
2435 abgestellt werden.

2436 Gute Produkte erkennen können

2437 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen nicht nur Wert auf eine gesunde und
2438 umweltschonende Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch auf
2439 genaue Angaben zu Inhaltsstoffen über die gesamte Prozesskette hinweg.
2440 Verbraucherinnen und Verbraucher müssen beim Lebensmitteleinkauf
2441 erkennen können, was in den Produkten enthalten ist und welche Zusätze
2442 verwendet wurden. Hier sind Bund und Land verantwortlich, für klare
2443 und verständliche Informationen zu sorgen und irreführende
2444 Bezeichnungen zu verbieten.
2445 Restbestandteile im niedrigen Prozentbereich eines Produkts dürfen nicht
2446 länger dazu dienen, das Produkt als besonders hochwertig zu deklarieren.
2447 Kreativ nichtssagende Namensneuschöpfungen und Irreführungen über zentrale
2448 Bestandteile, wie oft genug viel zu viel Zucker in vermeintlich
2449 gesundheitsfördernden Lebensmitteln und Säften, gehören ins Geschichtsbuch,
2450 aber nicht länger auf den Tisch. Wir wollen die Einführung einer schnell
2451 erfassbaren Kennzeichnung der zentralen Nährwerteigenschaften von
2452 Lebensmitteln (Lebensmittel-Ampel) und setzen uns dafür ein, hier schnell
2453 einen neuen Anlauf zu ihrer Einführung zu unternehmen. Zudem sollen alle
2454 Bestandteile eines Produkts, insbesondere bei komplex weiterverarbeiteten
2455 Nahrungsmitteln, explizit, verständlich, vollständig und in lesbarer Größe
2456 auf der Verpackung aufgeführt sein. Ein Warnsymbol für Produkte mit genetisch
2457 modifizierten Bestandteilen ist längst überfällig.

2458 Wir streben ein regionales Gütesiegel für (Bio-)Produkte aus Sachsen-Anhalt
2459 an. Das macht es Verbraucherinnen und Verbrauchern leichter und stärkt die
2460 regionale Wirtschaft.

2461 Seiner Verantwortung für gute und gesunde Lebensmittel kann unser Bundesland
2462 durch eine gute Ausstattung des Landesamts für Verbraucherschutz sowie der
2463 Ausweitung von Lebensmittel- und Hygienekontrollen nachkommen. Geschulte
2464 Prüferinnen und Prüfer müssen durch ihre stete Präsenz in den
2465 lebensmittelverarbeitenden Betrieben, Imbissen und Restaurants einen

2466 Kontrolldruck erzeugen. So werden die Betriebe motiviert, die vorgeschriebenen
2467 Normen zur Lebensmittelsicherheit einzuhalten und ihrer Verantwortung gegenüber
2468 dem Verbraucher gerecht zu werden. Verfehlungen müssen mit harten Strafen
2469 geahndet werden. Neben der Erteilung hoher Auflagen und Geldbußen gehört dazu
2470 die Veröffentlichung von Verstößen in den Medien und auch im Betrieb selbst
2471 (z.B. eine Hygiene-Ampel für Gaststätten).

2472 Seiner bundespolitischen Verantwortung muss unser Bundesland beim Schutz der
2473 Bevölkerung vor schädlichen Chemikalien insbesondere in Kleidung und
2474 Spielzeug sowie bei Bauprodukten, Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen
2475 nachkommen.

2476 **Verbraucherzentralen stärken**

2477 Die Verbraucherzentralen sind etablierte und verlässliche Anlaufstellen für
2478 Bürgerinnen und Bürger. Sie benötigen dringend mehr Personal und mehr
2479 Ressourcen, um den landesweiten Beratungsbedarf decken zu können. Wir wollen
2480 daher die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale stärken und sie finanziell
2481 besser ausstatten, damit sie ihr Beratungsangebot erweitern und jeden
2482 erreichen kann, gerade auch im ländlichen Raum. Spezifische Informations- und
2483 Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten, Menschen mit geringerer
2484 Bildung und Sinnesbehinderte müssen sie ebenfalls leisten können. Im Kontext
2485 von Klimawandel und Energiewende kommt der Verbraucherzentrale als
2486 unabhängiger Beratungsstelle für Energieverbrauchssenkung und
2487 Energiekostendämpfung zudem eine besondere Rolle zu. Die Inanspruchnahme der
2488 Angebote darf nicht an sozialen Hürden scheitern.

2489 Über die materielle Ausstattung hinaus muss die Verbrauchzentrale in ihrer
2490 Rolle als Advokat der Bürgerinnen und Bürger auch mit einem umfassenden
2491 rechtlichen Instrumentarium ausgestattet werden – welches von einem
2492 vollständigem (Muster-)Klagerecht bis hin zu einem umfassenden, konkreten
2493 Informationsrecht reichen muss. Sie muss bei Pfusch und Betrug öffentlich
2494 Ross und Reiter benennen dürfen.

2495 Ein Verbandsklagerecht müssen auch andere
2496 gemeinnützige Verbraucherschutzverbände erhalten.

2497 **Datenschutz ist der neue Verbraucherschutz**

2498 Die weitgehenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Datenschutz und
2499 informationeller Selbstbestimmung harren noch immer einer starken rechtlichen
2500 Umsetzung. Angesichts der vielfältigen neuen Datenspuren von digitalen
2501 Geräten muss ein echter rechtlicher Anspruch für Bürgerinnen und Bürger
2502 erreicht werden, Herrin beziehungsweise Herr der eigenen Daten bleiben zu
2503 können. Dies beginnt bei einem durchzusetzenden Anspruch auf Datensparsamkeit
2504 bis hin zu einem robusten Informations- und Löschanpruchs gegenüber
2505 öffentlicher Verwaltung, Dienstleistern und Firmen.

2506 Die zunehmende Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens durch
2507 Algorithmen und oftmals nicht mehr kritisch hinterfragte statistische
2508 Bewertungen, ist zurückzudrängen. Scoring-Werte sind nicht mit unserem
2509 Bild von freien Bürgerinnen und Bürgern vereinbar.

2510 Staatliche und private Stellen sind verantwortlich für die Sicherung von
2511 erhobenen Daten. Viel zu häufig sind in der jüngeren Vergangenheit

2512 Datendiebstähle aufgrund schlampiger Sicherheitsmaßnahmen bekannt
2513 geworden, die kostspielige Folgen für betroffene Bürgerinnen und Bürger
2514 haben können. Hier sind verbindlichere Auflagen, verbunden mit Melde-,
2515 Informations- und Entschädigungspflichten, denkbare Lösungsansätze.

2516 Wir wollen, dass die Verbraucherzentralen Bürger und Bürgerinnen unabhängig
2517 zu Themen wie IT-Sicherheit und sicherer Umgang mit E-Government beraten und
2518 sie dafür auch entsprechend personell und sachlich ausstatten.

2519 **Wer GRÜN wählt, ...**

2520 ... stärkt Verbraucherrechte als Werkzeug zur eigenverantwortlichen gesunden
2521 Lebensführung;

2522 ... sorgt für eine starke Verbraucherzentrale;

2523 ... stärkt den Datenschutz.

Kapitel 13: Für ein kulturell vielfältiges Sachsen-Anhalt

2524 **13. Für ein kulturell vielfältiges Sachsen-Anhalt**

2525 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältige Kulturlandschaft Sachsen
2526 Anhalts erhalten und weiterentwickeln. Zu ihr gehören vier
2527 Weltkulturerbestätten, traditionsreiche Festspiele, eine ambitionierte
2528 Musik- und Theaterlandschaft, zahlreiche Museen, bedeutsame Sammlungen, eine
2529 reiche Bibliothekslandschaft und die engagierte Arbeit vieler Vereine und
2530 Förderkreise. Wir brauchen ein umfassendes Kulturkonzept, basierend auf der
2531 Arbeit des Kulturkonvents.

2532 Die Kunst ist grundrechtlich garantiert frei von staatlicher Bestimmung
2533 und hat einen Wert an sich.

2534 Kunst und Kultur sind für uns Daseinsvorsorge, denn sie tragen
2535 entscheidend dazu bei, das Wertefundament unserer Gesellschaft zu sichern.
2536 Sie setzen Kreativität und Fantasie frei, sie konfrontieren uns mit
2537 Geschichte und Gegenwart, mit Tradition und ungewohntem Neuen. Sie
2538 versehen uns mit Kompetenzen und statten uns mit Selbstvertrauen aus. Sie
2539 regen zur Auseinandersetzung an, bringen unterschiedliche Menschen in den
2540 Dialog und fördern so Toleranz und gesellschaftliches Engagement.

2541 **Kulturelle Infrastruktur sichern**

2542 Im Zentrum der Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt steht
2543 die Erhaltung kultureller Räume und deren kultureller Infrastruktur. Dazu
2544 gehören beispielsweise Jugendzentren, Ateliers, Probenräume, Theater,
2545 Bibliotheken, Museen, Aufführungs- und Ausstellungsorte und soziokulturelle
2546 Zentren. Sie ermöglichen ein vielfältiges Angebot, Kultur zu erleben und aktiv
2547 mitzugestalten. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder in angemessener
2548 Entfernung vom Wohnort die für sie oder ihn passenden kulturellen Angebote
2549 nutzen kann. Statt Kürzungspolitik brauchen wir eine visionäre
2550 zukunftsorientierte Stärkung von Kunst und Kultur. Da die lokalen Ausgangslagen
2551 sehr unterschiedlich sind, müssen lokal Konzepte für eine passende
2552 Infrastruktur entwickelt werden.

2553 **Soziale Lage der Kulturschaffenden stärker in den Blick nehmen**

2554 Kulturschaffende brauchen existenzsichernde Rahmenbedingungen, die die
2555 künstlerische Auseinandersetzung erst ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
2556 sich daher für eine stabile soziale Absicherung für Künstlerinnen und Künstler
2557 und der in der Kultur Beschäftigten ein - ob im Kulturbetrieb, in der
2558 Kreativwirtschaft, für Selbstständige oder abhängig Beschäftigte, ob in freier
2559 oder unselbstständiger Mitarbeit oder im Praktikum. Immer dort, wo Landesmittel
2560 fließen, muss tarifgemäß und fair bezahlt werden. Die Landesregierung soll die
2561 Förderung von Kunst und Kultur auch durch die Unterstützung von Initiativen und
2562 durch kreative Modellprojekte unterstützen.

2563 **Niemanden von Kultur ausschließen**

2564 Kultur lebt heute wie zu allen Zeiten von der Bereitschaft der Menschen, sich
2565 an ihr zu erfreuen, sie als nachhaltige Lebensbereicherung zu empfinden und
2566 für sie Verantwortung zu übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher eine
2567 lebendige lokale Kulturlandschaft ermöglichen, die die institutionalisierte
2568 Kultur ergänzt und die alle einbezieht.

2569 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das bürgerschaftliche
2570 Engagement - in allen Kultursparten - mehr Anerkennung und Unterstützung
2571 erhält.

2572 Soziale Stellung oder kulturelle Herkunft dürfen keine Barrieren für den Zugang
2573 zur Kultur sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Heranführung aller
2574 Menschen an Kunst und Kultur ein, unabhängig von deren individuellem
2575 Hintergrund. Eintrittsgelder, Benutzungsgebühren oder körperliche
2576 Beeinträchtigungen dürfen keine unüberwindlichen Schwellen darstellen.

2577 Jede Altersgruppe hat spezifische kulturelle Bedürfnisse und das Recht, dass
2578 auf diese in hoher Qualität eingegangen wird. Vor allem Kinder und Jugendliche
2579 brauchen öffentliche Räume, in denen sie ihre Kreativität entfalten können.
2580 Ihr Zugang zu Musikschulen, Bibliotheken, Theater- oder Tanzprojekten darf
2581 nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Wir wollen im ganzen Land breit
2582 gefächerte kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
2583 sicherstellen.

2584 **Kultur an allen Orten fördern**

2585 Kulturpolitik muss sich angesichts des demographischen Wandels und der
2586 geringen Besiedlungsdichte in Sachsen-Anhalt den Anforderungen der ländlichen
2587 Regionen stellen. Öffentliche Kultureinrichtungen sind aller Orten bedroht.

2588 Vielfältige Kultur gehört in den ländlichen Raum. Dafür treten BÜNDNIS 90/DIE
2589 GRÜNEN ein. Fahrbibliotheken müssen weiter nutzbar sein. Sozio-kulturelle
2590 Zentren, gerade im ländlichen Raum, brauchen eine verlässliche Förderung.
2591 Begegnungsstätten junger Menschen dürfen nicht geschlossen werden.

2592 Für die Entwicklung der Städte ist die Förderung der kulturellen Strukturen
2593 ein wichtiger Motor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich gegen die
2594 zunehmende Verödung der Innenstädte. Wir wollen eine Stadt, in der
2595 innerstädtisches Wohnen, phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, der
2596 Denkmalschutz, die Rückeroberung von Industriebrachen und die Gestaltung
2597 öffentlicher Räume im Vordergrund stehen. In diesem Sinne werden wir kreative
2598 Initiativen fördern.

2599 **Denkmalschutz stärken**

2600 Wir wollen bedeutsame Denkmäler erhalten. Denkmalschutz, wie er bisher
2601 verstanden wird, behindert manchmal einen Erhalt geschützter Ensemble. Wo
2602 Denkmalschutz von Nutzern oder Eigentümern nicht wirtschaftlich realisiert
2603 werden kann, ist politisches Handeln erforderlich. Wächterhäuser und
2604 Quartiersmanagement sehen wir als wichtige Elemente eines lebendigen
2605 Denkmalschutzes an. Ziel aller Maßnahmen muss es sein, das Denkmal zu erhalten
2606 und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen.

2607 Die Gruppe der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Dorfkirchen
2608 und ländliche Bauten befinden sich in einem besorgniserregenden Zustand.

2609 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich der Bedeutung des Baukulturerbes bewusst und
2610 setzen sich für eine entsprechende finanzielle Förderung ein.
2611 Denkmaleigentümer, ehrenamtliche Denkmalpfleger, Stiftungen aber auch die
2612 vielfältigen Bürgerinitiativen wollen wir unterstützen, beraten und
2613 einbeziehen.

2614 **Kultur- und Kreativwirtschaft eine Perspektive geben**

2615 Kultur- und Kreativwirtschaft sind schon heute ein wichtiger Wirtschafts- und
2616 Standortfaktor in Sachsen-Anhalt. Die gewachsenen Strukturen und Potenziale
2617 wollen wir unter Einbeziehung der Kulturschaffenden gezielt fördern. Hier
2618 sehen wir die Möglichkeit, die Entstehung zahlreicher neuer Arbeitsplätze zu
2619 unterstützen.

2620 Der Förderung des Kulturtourismus in Sachsen-Anhalt wollen wir einen höheren
2621 Stellenwert einräumen und dabei neben den Großstädten Magdeburg und Halle
2622 (Saale) auch die Potenziale der ländlichen Regionen stärker aktivieren. Die
2623 Weltkulturerbestätten, die Tourismusrouten sowie die Jubiläen und Festivals
2624 müssen in ein zukunftsfestes Tourismuskonzept integriert werden, das auch die
2625 Flüsse, die Fahrradwege, die Kurorte und den Harz berücksichtigt.

2626 **Jugendkultur unterstützen**

2627 Jugendkultur ist ein sich stetig wandelndes Phänomen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2628 unterstützen selbst organisierte Initiativen junger Kreativer, beharren nicht
2629 auf starren Strukturen und stehen für eine offene generationenübergreifende
2630 Kommunikation über die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse. Kommunale
2631 Infrastruktur muss sich dem anpassen und Freiräume schaffen.

2632 **Kultur finanziell absichern**

2633 Kultur braucht eine auskömmliche Finanzierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es
2634 für erforderlich, dass der Kulturretat mindestens ein Prozent des
2635 Landeshaushaltes beträgt.

2636 **Wer GRÜN wählt, ...**

2637 ... will Kunst und Kultur für alle zugänglich machen;
2638 ... fördert die kulturelle Identität von Stadt, Region und Land;
2639 ... stärkt den Denkmalschutz;
2640 ... will die wirtschaftliche und soziale Lage der Kulturschaffenden
2641 verbessern;
2642 ... sichert die auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur.

Kapitel 14: Ökologisch bauen, gesund wohnen, Städte und Gemeinden nachhaltig entwickeln

2643 14. Ökologisch bauen, gesund wohnen, Städte und Gemeinden 2644 nachhaltig entwickeln

2645 Wie wir unsere bauliche Umwelt entwickeln, beeinflusst in erheblichem Maße
2646 unsere Lebensqualität und die der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit
2647 muss das wichtigste Kriterium sowohl für die Stadtentwicklung als auch für
2648 alles Bauen und Sanieren in unserem Bundesland werden.

2649 Nachhaltige Stadtentwicklung

2650 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Städte und Gemeinden so entwickeln, dass sie
2651 für ihre Bewohnerinnen und Bewohner attraktiv sind und negative Auswirkungen
2652 auf die Umwelt minimiert werden. Dafür ist eine ganzheitliche
2653 Stadtentwicklung erforderlich. Die klimagerechte Stadt, die sowohl dem
2654 Klimawandel entgegenwirkt als auch sich seinen Auswirkungen anzupassen
2655 versteht, muss Ziel des Stadtumbaus sein. Klimatische Gesichtspunkte sind
2656 bei der Durchgrünung der Städte stärker zu berücksichtigen. Dem Straßengrün
2657 kommt eine besondere stadtklimatische und stadtbildprägende Wirkung zu. Der
2658 Biotopverbund in der Stadt und im Stadt-Umland-Bereich ist zu verbessern.

2659 Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Hierzu ist eine gesunde
2660 Nutzungsmischung zu entwickeln: Die Innenstädte sind zu stärken, sie sollen
2661 zum Flanieren, Einkaufen, Arbeiten und Kultur genießen einladen. Aber sie
2662 sind auch als Wohnstandort für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten.
2663 Voraussetzung für attraktive Innenstädte ist die Reduzierung des
2664 motorisierten Verkehrs und der Vorrang für Fußgänger- und Radfahrerinnen.

2665 Die Ausdehnung der Stadt ist zu begrenzen, es dürfen keine neuen Flächen am
2666 Rande versiegelt werden. Stattdessen sind Brachflächen wieder einer Nutzung
2667 zuzuführen. Behutsame Nachverdichtung in Stadtquartieren kann sowohl die
2668 Zersiedelung des Umlandes eindämmen als auch die städtische Qualität der
2669 Quartiere verbessern.

2670 Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig mit echten Gestaltungsmöglichkeiten
2671 beteiligt und ihre Ideen ernstgenommen werden. Das kann von Planungswerkstätten
2672 bis hin zu Gestaltungsbeiräten gehen. Die Erarbeitung ganzheitlicher
2673 Stadtumbaukonzepte im Dialog mit der Bevölkerung muss besser gefördert werden.

2674 Ökologisch bauen - kulturvoll, energie- und ressourcensparend

2675 Die Energiewende kann nur gelingen, wenn das Bauen einen entscheidenden Beitrag
2676 hierzu leistet. Sowohl bei Umbau und Sanierung als auch beim Neubau ist der
2677 Energieverbrauch für Errichtung und Nutzung der Gebäude drastisch zu
2678 reduzieren. Der Passivhausstandard ist anzustreben. Für die Energieerzeugung
2679 und -nutzung sind Quartierskonzepte zu entwickeln. Ressourcenschonendes Bauen
2680 heißt, dem Erhalt Vorrang vor dem Neubau zu geben, nachwachsende Rohstoffe zu
2681 verwenden und die Recycelbarkeit von Baustoffen und Bauteilen sicherzustellen.

2682 Bauen mit Holz als einem nachwachsenden Rohstoff muss sowohl gefördert als auch
2683 bauordnungsrechtlich erleichtert werden.

2684 In Sachsen-Anhalt besitzen wir ein reiches bauliches Erbe. Dies gilt es zu
2685 bewahren und weiterzuentwickeln. Für größere Bauvorhaben des Landes muss es
2686 Standard werden, dass die beste Lösung durch Architekturwettbewerbe ermittelt
2687 wird. Ebenso ist bis zu einem Prozent der Investitionssumme für baugebundene
2688 Kunst einzusetzen.

2689 **Bezahlbares und gesundes Wohnen für Alle**

2690 Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle in Sachsen-Anhalt Lebenden
2691 gesichert sein. Bei der Entwicklung des Wohnungsbestandes ist dem
2692 demografischen Wandel Rechnung zu tragen, das heißt auch, dass
2693 Barrierefreiheit größere Bedeutung erhält. Der Umbau von Wohnungen für die
2694 Anpassung an Mobilitätseinschränkungen und besondere Lebenssituationen muss
2695 verstärkt gefördert werden, um eine echte Wahlfreiheit zwischen Verbleib in
2696 der eigenen Wohnung und Pflege im Heim zu gewährleisten. Gefördert werden
2697 müssen ebenso generationenübergreifendes Wohnen und Wohngemeinschaften.

2698 Bei der Reduzierung von Schadstoffen in unserem Wohnalltag setzen wir auf
2699 Verbraucherinformation, Vorbildwirkung, Förderung und eine Überprüfung der
2700 Zulassung von Baustoffen auf gesundheitsbeeinträchtigende Wirkungen sowie eine
2701 Zertifizierung wohngesunder Baustoffe. In den Wohngebieten sind Modellprojekte
2702 für autofreies Wohnen zu fördern. Hierzu müssen auch Ausnahmen von der
2703 Stellplatzpflicht geschaffen werden. Eine kinderfreundliche
2704 Wohnumfeldgestaltung kann Voraussetzung für Förderungen werden.

2705 Wohnen muss bezahlbar bleiben. Für jeden Geldbeutel müssen auch künftig
2706 Wohnungen in unseren Innenstädten verfügbar sein. Beginnenden Tendenzen zur
2707 Gentrifizierung in unseren großen Städten ist entgegenzuwirken und die
2708 Instrumente Mietspiegel und gegebenenfalls Mietpreisbremse sind zu nutzen. Die
2709 Situation in der Wohnungswirtschaft differenziert sich zunehmend aus. Deswegen
2710 müssen die Schwerpunkte im Stadtumbau auf den Prüfstand. Die Förderung ist von
2711 der Abrissförderung mehr zur Umbauförderung zu entwickeln. Dies betrifft
2712 insbesondere die Städte, in denen eine stabile bis steigende Haushaltszahl
2713 erwartet wird.

2714 **Wer Grün wählt, ...**

2715 ... stimmt für nachhaltige Stadtentwicklung;
2716 ... will bezahlbares und gesundes Wohnen für alle;
2717 ... fördert ressourcensparendes Bauen.

Kapitel 15: Für freies Netz und unabhängige Medien

2718 **15. Für freies Netz und unabhängige Medien**

2719 Die digitale Gesellschaft ist Realität und kein Neuland. Wir gestalten sie
2720 gemeinsam und wollen Sachsen-Anhalt aus dem digitalen Winterschlaf wecken.
2721 Kommunikation und Information finden immer stärker im Netz statt.
2722 Telemedizin oder die digitale Verwaltung sind große Potenziale für unser
2723 Land. Sachsen-Anhalt muss sich diesem andauernden Transformationsprozess
2724 gegenüber offen zeigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Wandel gestalten
2725 und mit unseren Ideen vorweg gehen. Alle Menschen in Sachsen-Anhalt sollen
2726 von den Chancen profitieren können, die das Internet ihnen bietet.

2727 **Landesweite Breitband-Garantie**

2728 Sachsen-Anhalt steht mit dem Breitbandausbau immer noch am Anfang und die
2729 schwarz-rote Landesregierung hat dafür die Verantwortung. Sie koppelt
2730 unser Land von der Digitalisierung ab und verpasst den Anschluss ans
2731 schnelle Internet. Wir wollen diesen Rückstand aufholen und in Sachsen
2732 Anhalt schnellstmöglich flächendeckend leitungsgebundene Anschlüsse mit
2733 Mindestens 100 Mbit/s. Außerdem wollen wir die Lücken im Mobilfunknetz
2734 endlich schließen.

2735 Netzpolitik ist Wirtschaftspolitik für den Standort Sachsen-Anhalt und
2736 schafft gute zukunfts feste Arbeitsplätze. Die Verfügbarkeit breitbandiger
2737 Netzanschlüsse ist ein entscheidender Standortfaktor und die zukünftige
2738 wirtschaftliche Entwicklung und Forschung wird maßgeblich davon abhängen,
2739 online zu sein. Die Offenheit gegenüber der IT-Wirtschaft muss durch die
2740 Politik gelebt werden, zum Beispiel indem sachsen-anhaltische Unternehmen
2741 durch gute vorbereitete Ausschreibungen und Losgrößen Chancen haben,
2742 öffentliche Aufträge zu erhalten.

2743 **Digitale Demokratie und E-Government für alle**

2744 Freiheit und Bürgerrechte leben auch im Netz. Freier Zugang zu Informationen
2745 und freie Meinungsäußerung finden sich gerade im Internet. Wir wollen, dass
2746 Verwaltung und Politik die Transparenz des Netzes stärker nutzen. Hierzu
2747 gehört, dass Gutachten, Studien, etc., die im Auftrag von Ministerien,
2748 Landesbehörden oder Landtagsfraktionen angefertigt wurden, frei zur Verfügung
2749 gestellt werden. Denn was mit öffentlichem Geld bezahlt wird, muss auch der
2750 Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dazu gehören auch Gremiendatenbanken und
2751 Liveübertragungen ins Internet.

2752 Behördliche Dienstleistungen sind allumfassend auch online und
2753 bürgerfreundlich anzubieten (z. B. App-Angebote, Online-
2754 Konsultationsverfahren, E-Petitionen). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein IT-
2755 Konzept für Sachsen-Anhalt auf den Weg bringen, welches alle Maßnahmen
2756 bündelt, die digitale Sicherheit gewährleistet und den Kontakt zu Behörden
2757 unter anderem durch eine Social-Media-Strategie vereinfacht.

2758 **Freien Zugang zum Internet schaffen**

2759 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen freien Internetzugang für alle Einwohnerinnen
2760 und Einwohner Sachsen-Anhalts. Frei heißt für uns nicht ohne Regeln, aber
2761 Netzsperrern lehnen wir ab, weil sie der Einstieg in die Zensur des Internets
2762 sind.

2763 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle das Internet gleichberechtigt nutzen
2764 können. Das private Video muss genauso schnell übertragen werden wie der
2765 kommerzielle Stream eines Spielfilms. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es
2766 deswegen für nötig, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern und als eine
2767 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe zu begreifen.

2768 Wir wollen darüber hinaus auch den freien Netzzugang über WLAN fördern, im
2769 öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr. Der Ausbau
2770 öffentlicher und öffentlich geteilter WLAN-Netze gemeinsam mit Initiativen
2771 und privaten Partnern sowie der entschlossene Einsatz zur Abschaffung der
2772 Störerhaftung ist unser Ziel.

2773 **Datenschutz und Informationsfreiheit stärken**

2774 Über persönliche Daten muss jede und jeder selbst bestimmen! Wir setzen uns
2775 für den Grundsatz des Schutzes und der Sparsamkeit im Umgang mit Daten ein.
2776 Vorratsdatenspeicherung lehnen wir als krassen Verstoß gegen die
2777 Rechtsstaatlichkeit ab. Die informationelle Selbstbestimmung muss aber auch
2778 gegen die ungerechtfertigte staatliche Überwachung und ausufernde Verwertung
2779 durch kommerzielle Interessen verteidigt werden. Eine erste Möglichkeit dazu
2780 ist, den Landesdatenschutzbeauftragten weiter zu stärken und entsprechend
2781 personell auszustatten. Außerdem muss seine Aufgabe als Beauftragter für die
2782 Informationsfreiheit gestärkt und personell unteretzt werden. Wir wollen das
2783 Informationszugangsgesetz des Landes deutlich verbessern und die
2784 Zugangshürden senken.

2785 Open Government zu erreichen bedeutet, grundsätzlich die Kostenfreiheit
2786 einzuführen sowie den Begründungsvorbehalt auf die Behörden zu verlagern.

2787 Es muss möglich sein, privat, geschäftlich und mit Behörden zu kommunizieren,
2788 ohne dass Dritte mithören können. Darum setzen wir uns für sichere
2789 Verschlüsselungsmethoden ein und lehnen deswegen jede Bestrebung, den
2790 privaten und wirtschaftlichen Gebrauch von Verschlüsselungen einzuschränken,
2791 ab.

2792 Auf Missstände öffentlich hinzuweisen, ist wichtig für die Demokratie.
2793 Deswegen wollen wir Whistleblower durch eine landesgesetzliche Regelung
2794 besser schützen.

2795 **Freie und offene Software fördern - Selbstbestimmung stärken**

2796 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Förderung von freier und offener
2797 Software sowohl in der Verwaltung, den Bildungseinrichtungen als auch im
2798 privaten Bereich ein. Sie ermöglicht die uneingeschränkte Teilhabe aller
2799 Bürgerinnen und Bürger und fördert Innovationen in Sachsen-Anhalt. Bei der
2800 Entwicklung von Software aus staatlichen Mitteln sind deshalb offene
2801 Lösungen erste Wahl. Nicht zuletzt lassen sich durch die Verwendung von
2802 offener Software auch Lizenzgebühren senken und langfristig staatliche
2803 Ausgaben einsparen.

2804 Gleichzeitig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Nutzung offener Software auch
2805 im privaten Bereich fördern. Wir wollen deshalb eine Informationsoffensive zu
2806 offener Software, um die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu steigern.

2807 **Moderne Medienvielfalt ist Meinungsvielfalt**

2808 Freie Medien leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung und
2809 kritischen Berichterstattung. Wir treten konsequent für die Unabhängigkeit
2810 des Journalismus und der Medienanstalt Sachsen-Anhalt ein. Eine politische
2811 Einflussnahme auf die Medien darf es nicht geben - die notwendigen Reformen
2812 im neuen Medienstaatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk dürfen nicht
2813 weiter aufgeschoben werden. Mit einer Reform der Aufsichtsstrukturen für mehr
2814 Staatsferne und Diversität wollen wir dies zügig umsetzen. Dazu gehört auch,
2815 die Vielfalt der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen vor und hinter der
2816 Kamera sowie im Programm stärker abzubilden. Im MDR-Rundfunkrat ist zum
2817 Beispiel künftig ein Sitz für eine Repräsentantin oder einen Repräsentanten
2818 einer Migrationsorganisation zu vergeben.

2819 Ebenso setzen wir uns dafür ein, den MDR modern und multimedial
2820 aufzustellen. Hierzu gehört auch, dass alle Inhalte im Netz abrufbar bleiben
2821 und nicht nach sieben Tagen verschwinden. Durch verdichtete Medienhäuser und
2822 Kostendruck in den Redaktionen sehen wir eine Gefahr für die Qualität und
2823 Vielfalt der Medienberichterstattung in Sachsen-Anhalt. Gerade Bürgermedien
2824 und neue Netzformate bedürfen unserer Unterstützung, um ihre
2825 Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Insbesondere die Offenen Kanäle sowie die
2826 nichtkommerziellen Lokalradios in Sachsen-Anhalt leisten einen wesentlichen
2827 Beitrag zur Medienvielfalt und müssen daher langfristig finanziell
2828 abgesichert sein. Bei Medien und Jugend setzen wir auf Kompetenzvermittlung
2829 statt Zensureinrichtungen und die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen
2830 Jugendsenders.

2831 **Medienkompetenz stärken**

2832 Moderne Realitäten von Social Networking bis zum Schutz persönlicher Daten
2833 gilt es mit steigender Medienkompetenz gerecht zu werden. Dazu gehören auch
2834 Präventions- und Interventionsprogramme gegen Cybermobbing. Diesen
2835 Herausforderungen wollen wir mit Medienerziehung gerecht werden. Dafür
2836 braucht es kein eigenes Schulfach, denn Medienkompetenz muss als
2837 Querschnittsaufgabe in allen Fächern vermittelt werden. Die Schulen,
2838 Universitäten und Hochschulen wollen wir bei der Entwicklung von digitalen
2839 Lehrinhalten und deren Vermittlung sowie der Reform des Urheberrechts
2840 unterstützen.

2841 **Wer GRÜN wählt, ...**

2842 ... stimmt für eine Breitbandgarantie in Sachsen-Anhalt;
2843 ... sorgt für uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Daten und Informationen;
2844 ... lehnt jede Datenschnüffelei und Zensur ab;
2845 ... fördert freie und offene Software;
2846 ... will ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot und
2847 keine Medienkartelle.

Kapitel 16: Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten

2848 16. Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten

2849 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger a
2850 der Demokratie teilhaben – und zwar in einer offenen, pluralistischen
2851 Gesellschaft. Eine starke Demokratie lebt von der beständigen Einmischung
2852 aller Menschen in die öffentlichen Belange. Daher fordern wir die
2853 Abschaffung des Tanzverbotes, sowie das Verbot von öffentlichen
2854 Sportveranstaltungen an stillen Feiertagen. Demokratie darf nicht nur auf
2855 dem Papier stehen, sie muss von den Bürgerinnen und Bürgern auch
2856 wahrgenommen werden können. Wir brauchen einen gelebten demokratischen
2857 Rechtsstaat, der ein Garant für Freiheit, Gleichheit und soziale
2858 Gerechtigkeit ist und so als beste Abwehr gegen Demokratie- und
2859 Menschenfeindlichkeit funktioniert.

2860 Demokratie stärken

2861 Viele Menschen in Sachsen-Anhalt sind von der Demokratie und ihren
2862 Repräsentantinnen und Repräsentanten enttäuscht. Sie beklagen
2863 unfruchtbaren politischen Streit und zeigen eine grundsätzliche Skepsis
2864 gegenüber dem repräsentativen politischen System.

2865 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine produktive Streitkultur. Aber
2866 ernsthafter politischer Streit, nicht nur Rechthaberei, ist produktiv und
2867 nötig. Die besten Lösungen für eine Gesellschaft können nicht durch
2868 Harmonie und Vermeidung von Auseinandersetzung gefunden werden. Im
2869 konstruktiven Streit, in der Belebung der Demokratie, im Miteinander eines
2870 lebendigen Parlamentarismus mit gestärkten direktdemokratischen Elementen
2871 liegt für uns die Chance, Menschen wieder für Politik und Demokratie zu
2872 begeistern. Um die Arbeit der Abgeordneten transparenter zu machen, haben
2873 wir durchgesetzt, dass Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten offenlegen und
2874 Interessenvertreterinnen und -vertreter sich in ein Lobbyregister eintragen
2875 müssen. Diese ersten Schritte auf einem langen Weg hin zu einem offeneren
2876 und transparenteren Landtag werden wir weitergehen. Diese Offenheit wollen
2877 wir auch durch grundsätzlich öffentliche Ausschusssitzungen umsetzen.
2878 Wir wollen, dass die Landtagsabgeordneten bei ihren Pensionsansprüchen nicht
2879 länger bevorzugt werden. Deswegen wollen wir diese Ansprüche in die
2880 gesetzliche Rentenversicherung integrieren.

2881 Gewaltenteilung ist ein Grundwert unserer Demokratie. Indem Minister und
2882 Ministerinnen gleichzeitig noch Abgeordnete sind, wird die Kontrolle der
2883 Regierung durch das Parlament erschwert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb
2884 eine strikte Trennung von Regierung und Parlament. Um das Parlament zu
2885 stärken, wollen wir außerdem die Landesbeauftragten direkt beim Landtag
2886 ansiedeln und die ungünstige Angliederung an die Landesverwaltung beenden.

2887 Menschen- und Demokratiefeindlichkeit bekämpfen

2888 In den vergangenen 25 Jahren wurden mindestens 13 Menschen in unserem

2889 Bundesland von rechten Gewalttätern umgebracht. Antisemitismus, Rassismus und
2890 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene an
2891 den Rändern unserer Gesellschaft. Vielmehr sind sie auch in der sachsen-
2892 anhaltischen Bevölkerung verbreitet. Deshalb treten wir jeder Form von
2893 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit aller
2894 Entschiedenheit entgegen.

2895 Die Kriminalisierung von Protest und Engagement gegen Neonazis als
2896 „Linksextremismus“ weisen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden zurück.
2897 Antifaschistisches Engagement ist und bleibt notwendig in einem Land, in dem
2898 ein rechtes Terrornetzwerk wie der NSU mehr als zehn Jahre lang unerkannt
2899 Morde und Sprengstoffanschläge begehen konnte.

2900 Ebenso schwer wie rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bedroht eine um sich
2901 greifende neonazistische Jugend- und Alltagskultur das demokratische
2902 Gemeinwesen. Neonazis versuchen, gesellschaftliche Strukturen wie Elternräte zu
2903 unterwandern. Notwendig ist darum eine stabile Jugendarbeit in den Kommunen und
2904 professionelle Unterstützung für alle, die sich gegen Neonazis und für die
2905 Demokratie engagieren.

2906 Staatliches und insbesondere polizeiliches Handeln gegen Neonazis muss
2907 schnell, konsequent und mit dem Blick für (potenzielle) Opfer rechter Gewalt
2908 erfolgen.

2909 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen lokale Bürgerbündnisse und Initiativen gegen
2910 Rechts und arbeiten in ihnen aktiv mit. Das Landesprogramm für Demokratie,
2911 Vielfalt und Weltoffenheit wollen wir verstetigen und ausbauen. Hierzu gehören
2912 für uns eine Eltern- und Angehörigenberatung sowie ein unabhängig von Polizei
2913 und Verfassungsschutz arbeitendes Aussteigerprogramm zu etablieren.

2914 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch die erfolgreichen Förderprogramme für
2915 Demokratie und Toleranz in geteilter Verantwortung von Bund und Land
2916 fortführen. Sie sind als kontinuierliche Programme auszugestalten. Die
2917 Antragsbürokratie wollen wir vereinfachen.

2918 **Hürden an demokratischer Teilhabe abbauen - Teilhabe ermöglichen**

2919 Eine lebendige Demokratie hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch
2920 davon, wie offen und beteiligungswillig sie gestaltet ist. BÜNDNIS 90/DIE
2921 GRÜNEN wollen die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen über wichtige
2922 politische Fragen entscheiden lassen. Denn Bürgerbeteiligung ist kein
2923 Gnadenakt.

2924 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zahl der notwendigen Stimmen zur
2925 Herbeiführung von Volksinitiativen, Einwohner- oder Bürgerinitiativen ebenso
2926 senken wie bei den entsprechenden Begehren und Entscheiden. Die
2927 direktdemokratischen Instrumente sollen so bürgerfreundlich gestaltet sein,
2928 dass es zu einer lebendigen demokratischen Praxis kommt, die die Gesellschaft
2929 stärkt und künstliche technokratische Hürden beseitigt.

2930 Um das Wissen um die Wege der Mitbestimmung besser zu den Bürgerinnen und
2931 Bürgern zu bringen, wollen wir die Möglichkeiten der Landeszentrale für
2932 politische Bildung ausweiten und neue Schwerpunkte dort setzen, wo Demokratie
2933 erfahrbar wird. Dazu gehört für uns auch ein ausreichendes Angebot von

2934 Materialien und Formaten in einfacher und verständlicher Sprache.

2935 Wir begreifen die Zivilgesellschaft mit ihrem reichen Spektrum an Initiativen,
2936 Vereinen und Verbänden als Motor einer lebendigen Demokratie. Deswegen werden
2937 wir ihre Bedeutung stärken, indem Anhörungen und Stellungnahmen verbindlicher
2938 gestaltet werden. Wo Bürgerinitiativen in Kommunen eigene Ideen und Vorschläge
2939 entwickeln, muss es das Recht geben, diese den kommunalen Parlamenten als
2940 Vorlage zu unterbreiten. Die Einführung von Sperrklauseln auf kommunaler Ebene
2941 lehnen wir ab.

2942 Wir wollen alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts an
2943 gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Wir glauben daran,
2944 dass sich Jugendliche, Flüchtlinge, EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer und
2945 Migrantinnen und Migranten aktiv einbringen wollen und werden darum das
2946 Wahlalter auf 14 Jahre senken und das Wahlrecht für die genannten Gruppen
2947 öffnen.

2948 **Bürgerfreundliche, transparente und effiziente Verwaltungsstrukturen schaffen**
2949 Wir wollen eine effiziente, transparente und bürgernahe Verwaltung. Die
2950 Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu zu regeln.
2951 Es kann nicht sein, dass nach der umstrittenen Kreisgebiets- und
2952 Gemeindegebietsreform die Aufgabenverteilung (Funktionalreform) nach wie vor
2953 unerledigt bleibt. Die Entscheidungsbefugnis auf kommunaler Ebene muss erhöht
2954 werden. Auch die Kontrolle kommunaler Zweckverbände wollen wir verbessern.
2955 Zusätzlich muss in der Kommunalverfassung den Einwohnerinnen und Einwohnern
2956 sowie Vertreterinnen und Vertretern von Bürgerinitiativen die Möglichkeit
2957 eingeräumt werden, Fragen zur Angelegenheit der Kommune zu stellen oder
2958 Anregungen und Vorschläge auch in nicht beschließenden Ausschüssen zu
2959 unterbreiten (Fragestunde).

2960 Die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes gehören auf den Prüfstand. So sie in
2961 den Gemeinden und Landkreisen besser erledigt werden können, sollen sie dort
2962 angesiedelt werden. Zudem können Aufgaben der bestehenden Landesämter in das
2963 Landesverwaltungsamt überführt werden.

2964 Sachsen-Anhalt als kleines Bundesland sollte, wo immer möglich, die
2965 Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern suchen, insbesondere mit Sachsen und
2966 Thüringen. Gerade bei Fachbehörden kann eine Bündelung des Sachverstands in
2967 länderübergreifenden Ämtern die Effizienz verbessern.

2968 **Ehrenamtliches Engagement stärken**

2969 Eine lebendige und verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft stärkt das Rückgrat
2970 unserer Demokratie. Um einer breiten Masse der Bevölkerung Möglichkeiten zur
2971 Beteiligung nahezubringen, sind die freiwillig und ehrenamtlich Tätigen und
2972 deren persönlich erbrachten Leistungen öffentlich und in einem besonderen Maße
2973 zu würdigen und wertzuschätzen. Eine Engagement fördernde Infrastruktur wie
2974 Freiwilligenagenturen sind finanziell zu stabilisieren und rechtlich
2975 abzusichern.

2976 **Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten**

2977 Wer Bürgerrechte beschränkt, beschneidet die Freiheit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2978 tun alles, um die Freiheit in Sachsen-Anhalt zu schützen und auch
2979 rechtsstaatlich legitimierte Eingriffe auf ein Minimum zu beschränken.

2980 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteidigen die Freiheit gegen einen Sicherheits- und
2981 Schnüffelstaat. Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit. Das
2982 vermeintliche Streben nach Sicherheit ist zum Feigenblatt der Überwacher
2983 geworden. Der demokratische Rechtsstaat aber bewahrt und schützt die Grund- und
2984 Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger und beschränkt Eingriffe auf ein
2985 Minimum. Im Zweifel für die Freiheit ist unser Credo. Terrorismus und
2986 Kriminalität wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekämpfen, ohne Freiheitsrechte
2987 unverhältnismäßig einzuschränken. Wir werden uns allen Bestrebungen
2988 entgegenstellen, die den Rechtsstaat unter dem Deckmantel der
2989 Terrorismusprävention auszuhöhlen versuchen.

2990 Das neue Sicherheits- und Ordnungsgesetz haben wir in weiten Teilen
2991 erfolgreich vor dem Landesverfassungsgericht zu Fall gebracht. BÜNDNIS 90/DIE
2992 GRÜNEN wollen das Gesetz vollständig evaluieren und reformieren. Den
2993 Grundrechten soll umfassend zur Geltung verholfen werden, diskriminierende
2994 Bestimmungen wie Zwangstests sind aus dem Gesetz zu streichen. Computer und
2995 Telekommunikationsgeräte müssen stärker als bislang vor staatlicher
2996 Schnüffelei geschützt werden.

2997 **Verfassungsschutz mittelfristig abschaffen**

2998 Die Selbstaufdeckung des Terrornetzwerks des NSU lehrt uns: Der
2999 Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst ist demokratisch kaum kontrollierbar.
3000 Als ein Relikt des Kalten Krieges wollen wir ihn mittelfristig abschaffen. Die
3001 frei werdenden Stellen wollen wir nutzen, um mehr Polizistinnen und Polizisten
3002 einstellen zu können und den Landesbeauftragten für Datenschutz zu stärken.
3003 Damit stärken wir ernsthaft Sicherheit und Demokratie im Land.

3004 Solange der Verfassungsschutz nicht abgeschafft ist, muss er besser
3005 (parlamentarisch) kontrolliert werden. Die Arbeit der Parlamentarischen
3006 Kontrollkommission (PKK) ist mit einer Novelle des Verfassungsschutzgesetzes
3007 transparenter zu gestalten. Ihre Rolle gegenüber der Landesregierung ist zu
3008 stärken, denn ansonsten läuft demokratische Kontrolle ins Leere.

3009 Statt Aufklärung zu bekommen, wird mit dem Einsatz von V-Leuten kriminelles
3010 Handeln belohnt und werden hunderttausende Euro in die Szenen transferiert.
3011 Diese Praxis wollen wir beenden.

3012 **Für eine bürgernahe, demokratisch kontrollierte und gut ausgestattete Polizei**
3013 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Arbeit der Polizei eine zentrale Stütze des
3014 demokratischen Rechtsstaats. Bürgerinnen und Bürger wünschen sich gefühlte und
3015 tatsächliche Sicherheit. Wir werden deshalb die notwendigen Reformen der
3016 sachsen-anhaltischen Polizei konsequent weiterführen. Zur weiteren Verbesserung
3017 der Polizeiarbeit im Land erarbeiten wir gemeinsam mit Polizistinnen und
3018 Polizisten sowie unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ein Leitbild
3019 Polizei.

3020 Auch bei der Polizei gilt für uns, dass die Zahl der dafür notwendigen
3021 Beamtinnen und Beamten sich nicht nach Haushaltslage, sondern nach den ihnen
3022 zugewiesenen Aufgaben und der zu erreichenden Qualität bestimmt wird. Wir
3023 wollen, dass in allen Regionen des Landes bei Gefahr für Leib und Leben die
3024 Polizei spätestens nach 20 Minuten vor Ort ist. Unser Ziel ist, mehr
3025 Beamtinnen und Beamte vor Ort mit dem Fahrrad und zu Fuß auf Streife zu

3026 schicken, um so den Kontakt von Polizei und Bevölkerung zu verbessern.
3027 Angesichts der zu erwartenden Altersabgänge in den kommenden Jahren müssen mehr
3028 Polizistinnen und Polizisten ausgebildet und eingestellt werden. Zudem muss die
3029 Ausstattung der Polizei verbessert werden. Das gilt besonders für die
3030 notwendige technische Aufrüstung im Bereich der Vorgangsbearbeitung vor Ort.

3031 Die Polizei ist als Teil des demokratischen Rechtsstaats selbstverständlich
3032 auch Gegenstand von Kontrolle, Kritik und gesellschaftlicher
3033 Auseinandersetzung. Wir wollen die Hinterfragung der Polizei verbessern und
3034 transparenter machen, indem die auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim
3035 Innenministerium eingerichtete Polizeibeswerdestelle zu einer unabhängigen
3036 Behörde mit umfassenden Untersuchungsrechten umgebaut wird. Dabei muss es für
3037 Polizistinnen und Polizisten auch möglich sein, sich anonym an die
3038 Beschwerdestelle zu wenden.

3039 Polizeibeamtinnen und -beamte in Uniform müssen für Bürgerinnen und Bürger
3040 ansprechbar sein. Deshalb setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine eindeutige
3041 Kennzeichnung durch Namensschilder bzw. eine individuelle
3042 Nummernkennzeichnung. Wir werden dies gesetzlich regeln. Insbesondere bei
3043 Demonstrationen würde dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erheblich
3044 stärken.

3045 **Eigenständigkeit der Justiz stärken**

3046 Eine unabhängige und effizient arbeitende Justiz ist ein Fundament unseres
3047 Rechtsstaates. Sie muss als dritte Gewalt einer Demokratie autonom tätig sein
3048 können und jedweder Einmischung widerstehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die
3049 Eigenständigkeit der Justiz stärken, indem wir die Aufgabenbereiche und
3050 Verantwortlichkeiten der Justizbehörden und sonstigen Einrichtungen klarer
3051 trennen und parteipolitische Einflussnahme auf die Besetzung von Richterämtern
3052 verhindern.

3053 **Justiz besser ausstatten**

3054 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Gerichte und Staatsanwaltschaften besser
3055 ausstatten, damit sie ihre Aufgaben effizient, bürgernah und in angemessener
3056 Zeit erledigen können. Zahlreiche qualitative Probleme im Betrieb der
3057 Haftanstalt Burg-Madel haben gezeigt, dass Public-Private-Partnership-Modelle
3058 (PPP) im Bereich der Justiz nichts zu suchen haben. Der Strafvollzug als
3059 hoheitliche Aufgabe gehört nicht in private Hand. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
3060 die aktuellen PPP-Modelle konsequent überprüfen und keine neuen PPP-Projekte
3061 eingehen.

3062 Die Resozialisierung straffällig gewordener Personen ist eine der zentralen
3063 Aufgaben des Strafvollzugs. Dafür sind kleinere Anstalten besser geeignet als
3064 teure Großgefängnisse. Eine Schließung von Justizvollzugsanstalten halten wir
3065 daher für den falschen Weg und setzen auf einen umfassenden
3066 Variantenvergleich, bei dem die Standorte unabhängig geprüft werden. Die
3067 Justizvollzugsanstalten im Land müssen zudem auch personell so ausgestattet
3068 sein, dass sie in der Lage sind ihre Aufgaben vollumfänglich wahrzunehmen.
3069 Besonders im Jugendvollzug müssen dafür Therapiemöglichkeiten für die
3070 Insassinnen und Insassen ausgeweitet werden.

3071 **Für eine an den Menschen orientierte Justiz**

3072 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen außergerichtliche Mittel der Streitbeilegung, wie

3073 Schlichtung und Mediation, ausbauen und stärken. Richterinnen und Richter
3074 sollen dazu ermutigt werden, sich auf diesen Gebieten weiterzubilden und dort
3075 tätig zu werden. Zeugenschutz, Opferschutz und Opferhilfe sind uns zentrale
3076 Anliegen. Wir stehen für die Ausweitung von Opferschutzprogrammen und den
3077 Ausbau des Netzes von Opferhilfeeinrichtungen. Für Zeuginnen und Zeugen muss
3078 der wirksame Schutz ihrer persönlichen Daten vereinfacht und praxisnäher
3079 gestaltet werden. Gerade im Bereich der politisch motivierten Kriminalität
3080 stellen sich viele Menschen aus Angst nicht als Zeuginnen und Zeugen zur
3081 Verfügung.

3082 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch für aktuelle und
3083 ehemalige Strafgefangene und Sicherungsverwahrte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten
3084 für die unbedingte Wahrung der Menschenrechte und das Recht auf
3085 Resozialisierung für alle ehemaligen Gefangenen ein.

3086 **Elektronik ersetzt keine Resozialisierung**

3087 Im Jahr 2012 hat Sachsen-Anhalt die Elektronische Aufenthaltsüberwachung
3088 (EAÜ), die „Elektronische Fußfessel“, eingeführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen
3089 diese Maßnahmen sehr kritisch und halten sie nur in absoluten Ausnahmefällen
3090 für gerechtfertigt. Einer Ausweitung der Anwendungsbereiche stehen wir
3091 entgegen. Die „Fußfessel“ verhindert weder Straftaten, noch beugt sie diesen
3092 vor. Die Technik ist darüber hinaus ungenau und nicht abschließend
3093 manipulationssicher, wie Fälle aus der Praxis zeigen. Statt elektronischer
3094 Maßnahmen setzen wir auf gut ausgebildetes Personal, mehr Prävention, eine
3095 engmaschige Führungsaufsicht und gute Angebote der Bewährungshilfe.

3096 **Schulschwänzer gehören in die Schule, nicht in den Knast**

3097 Mehr als die Hälfte aller Jugendlichen, die im Jugendarrest landen, sind
3098 Schulschwänzerinnen und Schulschwänzer. Oft liegt das Schulschwänzen, eine
3099 Ordnungswidrigkeit, bereits Jahre zurück, wenn die Jugendlichen den Arrest
3100 antreten müssen. Dies macht weder pädagogisch noch aus Sicht der Prävention
3101 Sinn. Im Gegenteil, durch den Jugendarrest kommen nicht straffällige
3102 Jugendliche oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben in Kontakt mit haftähnlichen
3103 Bedingungen und möglicherweise auch mit echten Kriminellen. BÜNDNIS 90/DIE
3104 GRÜNEN werden Schulschwänzen als Ordnungswidrigkeit abschaffen und somit den
3105 unsinnigen Jugendarrest als Sanktionsmaßnahme ausschließen. Wir wollen die
3106 Ursachen für Schulschwänzen in den Familien und an der Schule durch mehr
3107 Prävention und eine Stärkung der Schulsozialarbeit bekämpfen.

3108 **Erinnerungskultur entwickeln**

3109 In Sachsen-Anhalt befinden sich zahlreiche Orte des Gedenkens an die
3110 beispiellosen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur. Außerdem
3111 finden sich Gedenkstätten an die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit
3112 der sowjetischen Besatzung sowie der SED-Diktatur in der DDR. Für BÜNDNIS
3113 90/DIE GRÜNEN sind Gedenkstätten Räume lebendiger Auseinandersetzung und Orte
3114 immer neuer Fragen an die Vergangenheit und des Handelns in der Gegenwart. Wir
3115 wollen die Erinnerungskultur entwickeln und unterstützen und insbesondere die
3116 Bildungsarbeit an den Gedenkstätten und Orten des Gedenkens fördern. Wir
3117 wollen, dass das Land zivilgesellschaftliche Gruppen und Kommunen bei ihrer
3118 wichtigen Arbeit unterstützt.

3119 **DDR-Vergangenheit aufarbeiten**

3120 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen insbesondere in der Tradition der
3121 Demokratie-, Bürgerrechts- und Umweltbewegung der DDR. Seit unserer Gründung

3122 haben wir einen wichtigen Beitrag für die demokratische Öffnung der
3123 Gesellschaft, für die Rechte von Minderheiten und die Selbstbestimmung der
3124 Menschen geleistet. Der Kampf der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zur
3125 Überwindung der Machtverhältnisse in der DDR und für Errichtung einer
3126 lebendigen Demokratie in unserem Land sind uns Verpflichtung für die Zukunft.

3127 Das Leben in der DDR ist differenziert zu betrachten. Einerseits muss
3128 geschehenes Unrecht konsequent aufgearbeitet und Verantwortung individuell
3129 benannt werden. Nötig ist eine langfristig gesicherte Erinnerungsarbeit in den
3130 Gedenkstätten des Landes, aber auch in den Schulen und gesellschaftlichen
3131 Einrichtungen. Dazu gehört auch, dass sich sowohl die Partei Die Linke als auch
3132 die ehemaligen Blockparteien ihrer eigenen Geschichte kritischer als bisher in
3133 Verantwortung für die gemeinsame Zukunft stellen. Andererseits ist die
3134 individuelle Lebensleistung vieler DDR-Bürgerinnen und - Bürger anzuerkennen.
3135 Schließlich geht es um die Würde der Menschen und ihre Selbstachtung sowie um
3136 Perspektiven in einem zusammenwachsenden Deutschland. Wir begrüßen es, wenn es
3137 möglich ist, dass sich Täterinnen und Täter und Opfer der DDR-Repression
3138 begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig aufarbeiten.
3139 Opferverbände haben weiterhin unsere Unterstützung. Unser Ziel ist, die
3140 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuelle Versöhnung
3141 ermöglichen. Zur Aufarbeitung gehört auch die Erweiterung des Arbeitsauftrages
3142 der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der
3143 ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (LStU) um zusätzliche Aspekte
3144 systematischen Unrechts in der DDR. Wir wollen für das Thema „DDR-Geschichte“
3145 in den Schulen einen festen Platz sichern und die wissenschaftliche
3146 Aufarbeitung der DDR weiter unterstützen.

3147 **Europäisch denken und handeln**

3148 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für ein stärkeres Gewicht der Europapolitik in
3149 Sachsen-Anhalt, denn wichtige Themen für das Land Sachsen-Anhalt wie
3150 Klimaschutz, Bildungs- und Hochschulpolitik, Struktur- und Agrarpolitik werden
3151 in Brüssel gestaltet. Wer heute Politik im Land wirksam gestalten will, muss
3152 die bestehenden Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene nutzen. Daher
3153 werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die organisatorischen, finanziellen und
3154 personellen Voraussetzungen schaffen, damit Sachsen-Anhalt im Konzert der
3155 Regionen wahrgenommen wird. Dazu wollen wir unter anderem die Europäischen
3156 Partnerschaften Sachsen-Anhalts stärken bzw. reaktivieren.

3157 Mit der Subsidiaritätsprüfung aus dem Lissabon-Vertrag kann das Land
3158 mitbestimmen, was Europa entscheiden soll und darf. Dies eröffnet auch die
3159 Möglichkeiten, europäischen Themen in der Landesverwaltung und im Landtag von
3160 Sachsen-Anhalt endlich die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt. Gerade im
3161 Umweltbereich werden EU-Richtlinien häufig mit großer Verspätung im Land
3162 umgesetzt. Eine solche Verwaltungspraxis bringt Sachsen-Anhalt nicht nur einen
3163 schlechten Ruf ein, sondern führt zudem noch zu lähmender Rechtsunsicherheit.
3164 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass europäisches Recht zeitnah
3165 umgesetzt wird. Mit der Europäischen Bürgerinitiative können Bürgerinnen und
3166 Bürger Themen in Brüssel direkt auf die Tagesordnung bringen. BÜNDNIS 90/DIE
3167 GRÜNEN werden dafür sorgen, dass hierüber umfangreich informiert wird, damit
3168 diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können. Auch die
3169 Arbeitsplatz- und Ausbildungsgarantie für junge Europäerinnen und Europäer ist
3170 ein wichtiger Impuls für Sachsen-Anhalt.
3171 Viele Kommunen haben europäische oder internationale Partner - seien es
3172 Schulen, Städtepartnerschaften oder wissenschaftliche Einrichtungen. Für das
3173 Land Sachsen-Anhalt soll diese sog. "kommunale Außenpolitik" vom Land aktiv

3174 unterstützt werden.

3175 **Wer GRÜN wählt, ...**

3176 ... stärkt den Kampf gegen Rechts;

3177 ... macht Mitmachen möglich;

3178 ... verbessert die demokratische Kontrolle der Polizeiarbeit;

3179 ... setzt sich für die Abschaffung des Verfassungsschutzes ein;

3180 ... sichert eine unabhängige Justiz.